

Heiko Biehl

Die neue Bundeswehr

Wege und Probleme der Anpassung der deutschen Streitkräfte an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges

Strausberg, August 1998

Vorwort des Herausgebers

Im vorliegenden Arbeitspapier analysiert der Autor den erforderlichen Anpassungsprozeß der Bundeswehr an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, setzt sich dabei kritisch mit den Planungen zur Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr auseinander und beleuchtet schließlich ausführlich die aus dem Anpassungsprozeß resultierenden Implikationen für die zukünftige Ausbildung der Soldaten und des Führerkorps der Bundeswehr sowie damit einhergehende Änderungen im soldatischen Selbstverständnis.

Insgesamt handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine gekürzte Fassung der Magisterarbeit des Autors an der Universität Potsdam, die in wesentlichen Teilen während eines Praktikums am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr entstanden ist.

Ich lege dabei allerdings Wert auf die Feststellung, daß die vorgenommenen Bewertungen und Schlußfolgerungen – insbesondere zur Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr – ausschließlich die Auffassung des Autors widerspiegeln und nicht mit einer wie auch immer gearteten Institutsmeinung gleichzusetzen sind.

Der Veröffentlichung dieser Arbeit in einer Publikationsreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr habe ich dennoch gern zugestimmt, da sie einerseits eine der ganz wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Forschungskomplex "Bundeswehr" ist, die aus der bundeswehrexternen wissenschaftlichen Öffentlichkeit stammt und zum anderen, da sie inhaltlich wertvolle und sehr hilfreiche Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Inneren Führung bzw. der Ausbildung und des beruflichen Selbstverständnisses von Soldaten und Führerkorps der Bundeswehr beinhaltet, die nicht nur für die Forschungsarbeit des Instituts, sondern für die Streitkräfte insgesamt von großem Interesse sein dürften.

Strausberg, August 1998

Geppert
Oberst i.G. und DirSWInstBw

0 Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	4
2	Die Zeitenwende von 1989/91 und die Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik	6
3	Deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges	10
4	Die neue Bundeswehr	14
4.1	Struktur	15
4.1.1	Die politischen Vorgaben	16
4.1.2	Die multinationale Einbindung	18
4.1.3	Die Differenzierung der militärischen Struktur	21
4.2	Ausrüstung	29
4.3	Ausbildung	37
4.4	Selbstverständnis und Traditionsbildung	47
4.4.1	Das Soldatenbild in den deutschen Streitkräften	47
4.4.2	Der Umgang mit der deutschen Militärgeschichte und die gebrochene Tradition	57
5	Situation und Zukunft der deutschen Streitkräfte	59
6	Literaturverzeichnis	68

1 Vorbemerkung

Verwunderung ist der Ursprung wissenschaftlichen Arbeitens. Verwunderung war auch der Antrieb für das Erstellen der vorliegenden Studie. Mit Erstaunen stellte ich bei Literaturrecherchen fest, daß es keine angemessene politikwissenschaftliche Analyse der gegenwärtigen Lage und der zukünftigen Probleme der deutschen Streitkräfte gibt. Dieser Umstand wog nach meiner Einschätzung deshalb so schwer, weil der Bundeswehr nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine zentrale Bedeutung bei der Definition deutscher Außenpolitik zukommt. Die Diskussion um die Neuausrichtung auswärtiger Politik läuft entlang der Positionen "Normalisierung" vs. "Militarisierung" und zeigt schon durch die Wortwahl den Stellenwert, den sicherheits- und militärpolitische Überlegungen in diesem Kontext spielen. Dennoch hat es die Politikwissenschaft bisher versäumt, sich dem Wandel in der Armee und den sich daraus ergebenden unmittelbaren Folgen für die Neuausrichtung deutscher Außenpolitik anzunehmen. Es ist die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit, auf dieses Manko aufmerksam zu machen und es teilweise zu beheben.

Die Entstehung dieses Papiers ist ohne die Hilfe und Unterstützung, die ich während des letzten Jahres erfahren durfte, schlicht nicht vorstellbar. Denjenigen, die somit Anteil am Gelingen der Studie haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Dieser Aufsatz ist das Resultat eines Aufenthalts am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Strausberg im Frühjahr 1997. Für die mir dort eingeräumten Möglichkeiten danke ich dem Institut - besonders dem Direktor Herrn Oberst i.G. Heinrich Geppert und Herrn Dr. Paul Klein - und den Kameraden des Transportbataillons 143.

Das vorliegende Papier ist eine gekürzte Version meiner an der Universität Potsdam eingereichten Masterarbeit. Mit seiner ruhigen und souveränen Art verstand es Herr Prof. Dr. Erwin Häckel, entscheidend auf den Arbeitsprozeß einzuwirken. Auf diesem Wege bedanke ich mich für seine Hilfe und seine wertvollen Anregungen.

Zudem möchte ich Per-Olof Busch, Carsten Ernst, Axel Gasteier, Ingo Sparmann und Stefanie Simon, die mit Rat und Tat an der Entstehung dieses Papiers mitwirkten, meinen Dank aussprechen.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, die mir meine Studien ermöglicht und mich in jeder denkbaren Form unterstützt hat. Ihr sei deshalb dieser Text auch gewidmet.

Trotz dieser vielzahligen Hilfe und Unterstützung übernimmt der Autor selbstverständlich die alleinige Verantwortung für den Inhalt seiner Arbeit.

2 Die Zeitenwende von 1989/91 und die Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik stand und steht nach den großen Veränderungen der Jahre von 1989 bis 1991 vor der Aufgabe, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Daß diese Anpassung nicht nur graduellen, sondern grundlegenden Charakter besitzen muß, ist mittlerweile ein Gemeinplatz. Politik, Publizistik und Wissenschaft betonen unaufhörlich das Ausmaß des Wandels im internationalen Umfeld und die damit erforderlich gewordenen Veränderungen. Die Diskussion um die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, die nun schon einige Jahre andauert, dreht sich dabei besonders um die Frage nach der neuen Rolle und den neuen Aufgaben der Bundeswehr. Es entsteht der Eindruck, daß Umorientierung in der Außenpolitik in erster Linie Umorientierung in der Sicherheits- und Militärpolitik bedeutet.

Die Debatte um die Ausweitung der Aufgaben und des Einsatzgebietes der Bundeswehr darf dabei als abgeschlossen gelten. Es gehört zum *common sense* der Parteien (und dies gilt von der CDU/CSU bis hin zu Teilen von Bündnis 90/Die Grünen), daß die Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen internationaler Aktionen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes teilnehmen kann. Die Aufregung um die Erweiterung des Auftrages an die Truppe hat sich mittlerweile gelegt. Betrachtet man nun diese Kontroverse im Nachgang, so fällt auf, daß die Frage nach dem „Wohin geht die Bundeswehr?“¹ zu meist mit normativen und juristischen Aspekten verbunden war: „Was darf die Bundeswehr?“ Dieser mittlerweile abgeschlossenen Diskussion müßte im Nachgang eigentlich die Frage nach der Umsetzung der erneuerten Vorgaben folgen: „Was kann die Bundeswehr?“² Doch dieser für die Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zentralen Problematik nimmt sich weder die Öffentlichkeit noch die Wissenschaft an. Die Feststellung von Hans Rühle aus dem Jahre 1994 gilt weiterhin:

„Die Frage dagegen, ob die Bundeswehr in ihrer geplanten Stärke und Struktur, mit der vorhandenen Ausrüstung, der praktizierten Ausbildung und mit welchem dauerhaft verfügbaren und entsprechend motiviertem Personal das leisten kann, was sich als

¹ So Stürmer 1995.

² Eine solche Debatte fordern etwa Fuchs 1993: 43; Brühne 1996: 1; Kühne 1996: 28.

Forderungen aus einer veränderten internationalen Lage abzeichnet, findet kaum Diskutanten.“³

Die bisherigen Versuche, sich dieses Themas anzunehmen, stellen allesamt keine wissenschaftlich befriedigenden Entwürfe dar. Es mangelte dabei im besonderen an einer Betrachtung der inneren Situation der Bundeswehr. Die Bewertung der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleibt unvollständig, wenn der Zustand der Streitkräfte außer Betracht gerät. Die Grundzüge und Umschwünge der letzten Zeit auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik werden nur verständlich, wenn armeeinterne Faktoren stärker berücksichtigt werden. Diese Perspektive stand in den bisherigen wissenschaftlichen Betrachtungen zu sehr hinter Erklärungsansätzen zurück, die die politische Debatte in der Bundesrepublik oder die Veränderungen auf internationaler Ebene in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses rückten.⁴ Diese Arbeit hat es sich somit zur Aufgabe gemacht, die von Hans Rühle angemahte Verbindung von strukturellen, ausrüstungs- und ausbildungstechnischen Fragen herzustellen und diese in Bezug zu den politisch definierten Vorgaben zu setzen. Damit soll jedoch nicht nur ein Beitrag zur Diskussion um die Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geleistet werden. Vielmehr gilt es auch, das wissenschaftliche Interesse stärker als bisher auf die Bundeswehr zu lenken. Denn dieser kommt seit dem Ende des Kalten Krieges eine gestiegene politische Bedeutung zu. Den Streitkräften gebührt zunehmende Aufmerksamkeit und kritische Begleitung durch Öffentlichkeit und Wissenschaft, da sie zu einem aktiven und zentralen Instrument deutscher Politik geworden sind.

Die bisherigen Analysen zur Lage und Zukunft der Streitkräfte sind im Hinblick auf die Bedeutung dieser Frage als eher rar zu bezeichnen. Ein Teil des Schrifttums konzentriert sich auf die politische Debatte um die Ausweitung des Auftrages an die Streitkräfte.⁵ Auch die Eingliederung der NVA-Soldaten wird von der Publizistik mit regem

³ Rühle 1994: 161. Ähnlich auch Kirchbach 1994: 40: „(Deshalb) werden wir ganz genau definieren müssen, was wir leisten können und was nicht. Allzu leicht passiert es ja immer wieder, daß Voraussetzungen und Begrenzungen vergessen werden, wenn es um die Leistungen der Streitkräfte unter veränderten Rahmenbedingungen geht.“

⁴ Dieses Manko zeigt sich auch in der eigentlich soliden und interessanten Studie von Nina Philippi 1997. Unbestritten zeichnet die Autorin auf hohem Niveau und äußerst ausführlich die Entscheidungsfindung um die Auftragsweiterung nach. Die Lage der Bundeswehr wird hingegen zu stark vernachlässigt. Die halbe Seite in ihrem Werk (ibid.: 200), die sich den Streitkräften widmet, weist die Autorin nicht gerade als Kennerin der inneren Verfaßtheit der Bundeswehr aus.

⁵ So die umfassenden Studien von Löwe 1994 und Philippi 1997.

Interesse verfolgt.⁶ Auseinandersetzungen mit der streitkraftinternen Situation sind dagegen selten. Die Studien, die sich bisher dieser Thematik angenommen haben, können dabei nicht zufriedenstellen. Der Aufsatz von Krause stammt aus dem Jahre 1994 und muß angesichts der Rasanz der politischen Ereignisse als überholt gelten.⁷ Die beiden Arbeiten, die noch am ehesten dem Anspruch einer empirischen Aufarbeitung der Lage (in) der Bundeswehr entsprechen, sind politisch motiviert und in ihrer Argumentation so einseitig, daß es geboten erscheint, ihre Ergebnisse und Aussagen zu relativieren: Die Publikation von Tobias Pflüger⁸ entstand als Studie für die PDS-Gruppe im Deutschen Bundestag und das Werk von Jürgen Grässlin⁹ stellt eine Mischung aus wissenschaftlicher Untersuchung und beißender Polemik dar. Es fehlt somit an einer empirisch fundierten, problemorientierten Bestandsaufnahme der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik, die den Zustand ihres wichtigsten Instruments - der Bundeswehr - in den Mittelpunkt ihres Erkenntnisinteresses rückt.

Eine entsprechende Analyse kann nicht nur auf der Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur fußen. Vielmehr müssen Dokumente aus den Streitkräften und aus ihrem unmittelbaren Umfeld Berücksichtigung finden. Die auszuwertenden Schriften kann man grob in folgende Kategorien unterteilen:

1. Offizielle Dokumente der Politik und der Bundeswehr zur Außen- und Sicherheitspolitik,¹⁰
2. Stellungnahmen (Interviews, Aufsätze, sonstige Äußerungen) zuständiger Politiker und Militärs,¹¹

⁶ Hierzu liegt schon eine erste Bibliographie vor: Voigt 1995.

⁷ Krause 1994, diese Feststellung gilt auch für von Bredow 1995.

⁸ Pflüger 1997, vgl. auch ders. 1996.

⁹ Grässlin 1997.

¹⁰ Hierzu zählen die Verteidigungspolitischen Richtlinien 1992, das Weißbuch 1994 und diverse Publikationen des Verteidigungsministeriums (BMVg: Ressortkonzept zur Materialplanung 1995, BMVg: Neues Heer für neue Aufgaben 1997).

¹¹ Hierbei fanden besonders die Aussagen des zuständigen Ministers (Rühe) und der Generalinspektoren (Naumann und Bagger) Beachtung.

3. Artikel aus Publikationen der Bundeswehr und aus ihrem unmittelbaren Umfeld,¹²
4. Schriften aus Publizistik und Wissenschaft.¹³

Aufgrund der Auswertung dieser Quellen und Literatur sollen folgende zentralen Fragestellungen beantwortet werden:

- *Mit welcher Struktur und Wehrform versucht die Bundeswehr, den neuen Aufgaben gerecht zu werden?*
- *Inwiefern genügt die bisher verfügbare Ausrüstung den neuen Ansprüchen und wo besteht Nachholbedarf?*
- *Welche soldatischen Fähigkeiten müssen zusätzlich ausgebildet werden?*
- *Wie verändert sich durch die neuen Einsatzarten das Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten und welchen Einfluß haben diese Änderungen auf seine Rolle in der Gesellschaft?*

Doch zunächst gilt es, die Grundzüge der deutschen Sicherheitspolitik nach dem Ende der Systemkonfrontation aufzuzeigen, um sich das Ausmaß des Wandels in der Rolle und der Aufgabe der Streitkräfte noch einmal bewußt zu machen. Denn nur durch Kenntnis der Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden die Situation der Bundeswehr und die damit einhergehenden Probleme offenbar und verständlich.

¹² Diese Art von Quellen wurde in der wissenschaftlichen Literatur nur sporadisch - etwa bei Grässlin 1997 - oder gar nicht berücksichtigt. Dabei sind die bundeswehreigenen (Wehrtechnik, Truppenpraxis/Wehrausbildung, Informationen für die Truppe, loyal) und die den Streitkräften verbundenen Zeitschriften (Mittlerbrief, Europäische Sicherheit, IAP-Dienst) durchaus dazu geeignet, um den internen Diskussionsprozeß und damit die eigentlichen Problemlagen in der Armee nachzuzeichnen.

¹³ Vgl. 6.

3 Deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges¹⁴

Mit der Zeitenwende von 1989/91 hat sich die Politik grundlegend verändert. Es ist nichts mehr so, wie es war. Einer Umgestaltung unterlag folglich auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und - dadurch bedingt - die Bundeswehr. Man muß sich stets von neuem bewußt machen, wie fundamental sich die Situation für die Bundesrepublik und ihre Streitkräfte geändert hat. Im Rückblick erscheinen die über vierzig Jahre des Kalten Krieges als eine Zeit der Stabilität und Konstanz, die allenfalls graduelle Veränderungen kannte und zuließ.¹⁵ Seit wenigen Jahre aber vollzieht sich ein Wandel, der bis in alle Einzelheiten der Politik bemerkbar ist und der noch andauert.

Ausgelöst wurden die Veränderungen durch das Ende des Ost-West-Konflikts, die Auflösung des Warschauer Paktes und den Zerfall der Sowjetunion. Mit dem Ende des Kalten Krieges verschwand auch die zentrale Bedeutung der sowjetischen Bedrohung für die sicherheitspolitischen Überlegungen. Eine akute Gefährdung der Bundesrepublik ist gegenwärtig nicht mehr gegeben. Vielmehr hat sich deren sicherheitspolitische Lage grundlegend verbessert. Deutschland ist zum jetzigen Zeitpunkt nur von Partnern und befreundeten Staaten umgeben.¹⁶ Durch die Osterweiterung des Atlantischen Bündnisses wird die Bundesrepublik in absehbarer Zeit nur noch an NATO-Mitgliedsstaaten, Österreich und die Schweiz grenzen. Damit nimmt die Landesverteidigung nicht mehr die zentrale Rolle wie noch zu Zeiten der Blockkonfrontation ein, auch wenn sowohl Militärs als auch Politiker diese immer noch als Kernfunktion deutscher Streitkräfte bezeichnen.

Tatsächlich aber entwickelt sich immer mehr die Krisenreaktion und Krisenbewältigung zum eigentlichen Einsatzgebiet der Bundeswehr. Dahinter steht die Überlegung, daß

¹⁴ Die Umorientierung der neuen deutschen Sicherheitspolitik kann hier nur grob nachgezeichnet werden. Der Verfasser hat an anderer Stelle ausführlich zu dieser Problematik Stellung bezogen, vgl. Biehl 1997, bes. Kap. B.1. und B.2.

Einen guten Überblick über die Veränderungen in der Sicherheitspolitik bieten die Arbeiten von Souchon 1994 und Clement 1997.

¹⁵ Zur Geschichte und Rolle der Bundeswehr im Kalten Krieg vgl. Bald 1994.

¹⁶ Diese Einschätzung wird von der Mehrheit der sicherheitspolitischen Praktiker und Beobachter geteilt. Bundeskanzler Kohl 1994: 133, betont gar, daß die Bundesrepublik am meisten von den weltpolitischen Veränderungen profitiert habe, ähnlich auch Feldmeyer 1995: 1.

Sicherheit sich nicht mehr nur auf die territoriale Integrität eines Staates bezieht. Vielmehr kann diese durch Entwicklungen gefährdet werden, die eigentlich nicht dem Aufgabenbereich der Sicherheitspolitik zugehörig sind. Sicherheitspolitik wird immer mehr zu einer Materie, die mehrere Politikfelder umschließt.¹⁷ Zur Bewältigung dieser neuen Herausforderungen ist dann die militärische Option nur eine unter mehreren. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben sich auch Außen- und Sicherheitspolitik neu einzustellen und ihre Ziele und Interessen der veränderten Situation anzupassen.

Die deutsche Außenpolitik hat nach nahezu einhelliger Meinung ihrer Beobachter in Wissenschaft und Publizistik diesen Anpassungsprozeß noch keineswegs (erfolgreich) vollzogen.¹⁸ Zu sehr fehlt es an einer Gesamtkonzeption, an einem Gesamtentwurf. Allzu häufig verbirgt die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ihre Absicht hinter altruistischen Bekundungen, verschweigt Zielkonflikte und beruft sich in ihrem Tun auf Notwendigkeiten des internationalen Umfelds oder Wünsche ihrer Partner und Verbündeten.¹⁹ Dagegen täte eine Formulierung außen- und sicherheitspolitischer Ziele not. Der Vorwurf, daß es in der deutschen Politik gegenwärtig an solchen Entwürfen mangelt, betrifft Regierung wie Opposition gleichermaßen. Dieses Manko schlägt sich auf die Streitkräfte in der Art und Weise nieder, daß der politische Wille zum Gebrauch militärischer Gewalt zwar vorhanden ist, es aber an einem klaren Auftrag fehlt. Somit kann in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung um eine Neudefinition der deutschen Außenpolitik eine Umkehrung der Reihenfolge von Zweck und Mitteln festgestellt werden. Während es an einer Benennung der Ziele deutscher Politik mangelt, herrscht Einigkeit, daß zu ihrer Durchsetzung die Anwendung militärischer Gewalt als eine Option in Betracht kommt.

Die Frage nach der Bestimmung und dem Auftrag der Bundeswehr nach Ende des Kalten Krieges beherrschte lange die Diskussion um die Neugestaltung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese vor allem mit juristischer Argumentation geführte

¹⁷ Mit den Worten Volker Rühes 1993a: 77: „Sicherheitspolitik ist heute eine Aufgabe der gesamten Politik geworden.“ Zum neuen Sicherheitsbegriff vgl. grundlegend Moniac 1994.

¹⁸ So trotz inhaltlich erheblicher Differenzen übereinstimmend: Buchholz 1994, Hacke 1997, Seifert 1996.

¹⁹ Dies mahnt auch Bundespräsident Herzog 1995: 164 an.

Debatte kann mittlerweile als abgeschlossen gelten. Im nachhinein muß deshalb die von der Bundesregierung angewandte „Salamitaktik“, der langsamen Gewöhnung der deutschen Politik und Öffentlichkeit an Auslandseinsätze der Bundeswehr, als erfolgreich bewertet werden. Denn seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 zeichnet sich ein politischer Konsens zwischen den Parteien hinsichtlich der Aufgaben der Streitkräfte ab. Diese sollen an Missionen im Rahmen der kollektiven Sicherheit teilnehmen. Bisher sind sämtliche Einsätze, an denen die deutsche Armee partizipierte, unter dem Kommando oder unter Mandatsvergabe durch die UNO oder die OSZE durchgeführt worden. Daß mit nationalen militärischen Alleingängen auch in Zukunft nicht zu rechnen ist, verdeutlicht auch die multinationale Einbindung deutscher Sicherheitspolitik.²⁰

Die weltpolitischen Änderungen seit Beginn der neunziger Jahre zeigen sich u. a. an den Aufgaben, die mittlerweile Systeme kollektiver Sicherheit in der internationalen Politik wahrnehmen. Doch diese Entwicklung verlief keineswegs linear und gleichmäßig. Anfang der neunziger Jahre richteten sich viele Hoffnungen auf die UNO, die als Weltpolizist in Konflikte intervenieren, den Frieden sichern und die Achtung der Menschenrechte durchsetzen sollte. Deshalb wurde die bundesdeutsche Debatte um die Erweiterung des Bundeswehrauftrags oftmals auf die Frage nach der Beteiligung an Missionen der Vereinten Nationen reduziert. Deren Abstufungen (Peacekeeping, Peacemaking, Peaceenforcement) wurden in dieser Kontroverse als Maßstäbe einer deutschen Beteiligung herangezogen, obwohl dies ihrer tatsächlichen Bedeutung überhaupt nicht entsprach. Doch die Vereinten Nationen konnten den in sie gesetzten Hoffnungen nicht gerecht werden. Seit der gescheiterten UNOSOM-Mission - und verstärkt seit der Einsetzung eines neuen Generalsekretärs - beschränkt sich diese Organisation wieder mehr auf ihre Kernfunktionen und erteilt für militärische Eingriffe in Konflikte Mandate an andere Bündnisse. Vornehmlich die NATO hat von diesem Bedeutungsverlust der Vereinten Nationen profitiert. Sie hat durch Veränderungen in ihrer Strategie und Struktur und durch die bevorstehende Aufnahme neuer Mitglieder die Voraussetzungen geschaffen, um sich von einem System kollektiver Verteidigung zu einem System kollek-

²⁰ Vgl. auch Clement 1997.

tiver Sicherheit zu entwickeln. Die NATO bleibt somit das für die Bundesrepublik und die Bundeswehr entscheidende Militärbündnis.²¹

Die Hoffnungen auf einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und auf die Eingliederung der WEU als militärischer Arm der Europäischen Union konnten ebenfalls nicht eingelöst werden. Auch die Schaffung gemeinsamer militärischer Strukturen (Eurokorps) kann nicht verdecken, daß die Interessen der (west)europäischen Staaten zu unterschiedlich sind, als daß eine tatsächliche Integration möglich wäre.²²

Das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität sollte allerdings nicht nur als Defizit wahrgenommen werden. Denn aufgrund dieser Entwicklung bleibt die Bundesrepublik sicherheitspolitisch in erster Linie mit den USA verbunden. Durch diese Allianz kann ein gewisser Ausgleich zu den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik geschaffen werden, die in erster Linie auf die europäische Region konzentriert sind. Darin liegt die Chance, das Verhältnis zwischen den atlantischen und europäischen Partnern, zwischen den USA und Frankreich, besser auszubalancieren als dies bisher häufig der Fall war.

Darüber hinaus kommt der Bundesrepublik eine besondere Rolle im Hinblick auf die Beziehungen des Westens (im besonderen der NATO) zu Rußland und die Heranführung der osteuropäischen Staaten an die westeuropäischen Strukturen und Organisationen zu.²³

Diese Veränderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur und der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik schlagen sich auch in der Neuformulierung des Auftrages an die deutschen Streitkräfte nieder.

Der neue Auftrag enthält zwei Kernfunktionen: die Landes- und Bündnisverteidigung und die Fähigkeit zur Krisenreaktion im Rahmen internationaler Aktionen. Wie oben

²¹ So auch die Einschätzung von Generalinspekteur Bagger 1997: 4: „Die nach den historischen Veränderungen teilweise vernommene Meinung, Bündnisse wie die NATO und die WEU seien überholt, wurde durch die Entwicklung der letzten Jahre widerlegt. Gerade angesichts der Erkenntnis, daß die Vereinten Nationen noch weit davon entfernt sind, über ein Gewaltmonopol zu verfügen, sind sie wichtiger denn je.“

²² Entsprechend argumentieren auch Funke 1992: 20, und Krause 1996: 89.

schon festgehalten, ergibt sich aus der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage keine Bedrohung der territorialen Integrität der Bundesrepublik oder anderer NATO-Mitgliedsstaaten. Daran ändert auch die immer wieder anzutreffende Titulierung der Landesverteidigung als „primäre Aufgabe“ der deutschen Armee nichts. Vielmehr sind es die Einsätze zur Krisenreaktion, die gegenwärtig und für die absehbare Zukunft die Bundeswehr beanspruchen. Dabei fehlt es an genaueren politischen Kriterien für eine Beteiligung der deutschen Streitkräfte.²⁴ Die Ursachen hierfür sind einerseits in der momentanen Konstitution des internationalen Umfelds zu suchen, die kurzfristige und überraschende Entwicklungen scheinbar zur Regel gemacht hat. Andererseits rührt das Fehlen politischer Vorgaben wohl aus der Abwesenheit einer Gesamtkonzeption deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und der Definition der von ihr verfolgten Ziele und Interessen. Damit wird die Bundeswehr bereit gehalten für alle Eventualitäten, in denen die Anwendung militärischer Gewalt in Betracht kommt. Daß ein solches Vorgehen jedoch für die Streitkräfte nicht dienlich ist, zeigt ein Blick in das innere Gefüge der Bundeswehr. Betrachtet man die Struktur, Ausrüstung, Ausbildung und das Selbstbild der deutschen Armee, so wird schnell bewußt, daß eine Gesamtkonzeption deutscher Sicherheits- und Militärpolitik noch nicht zu erkennen ist und die Veränderungen gegenwärtig andauern und noch einige Zeit andauern werden.

4 Die neue Bundeswehr

Die Bundeswehr als Armee eines demokratisch verfaßten Staates unterliegt dem Primat der Politik. Entsprechend dieser Maxime kontrolliert die Politik nicht nur ihre Streitkräfte, sondern steuert und formt diese nach ihren Vorstellungen. Die Armee hat sich den politischen Vorgaben anzupassen. Deshalb steht die Analyse der Umorientierung der Sicherheitspolitik auch vor der Betrachtung der Veränderungen in den Streitkräften. Dennoch gilt es, Faktoren zu berücksichtigen, die den politischen Gestaltungsraum beengen. Dieser Umstand darf allerdings nicht als Verstoß gegen den Primat der Politik verstanden werden. Vielmehr spiegeln diese Einschränkungen den Unterschied zwi-

²³ Grundlegend hierzu Gareis 1996a und ders. 1996b.

²⁴ Zu diesem Urteil gelangt auch Nina Philippi 1997: 179, die Kriterienkataloge von Politikern (Rühe, Lamers und zwei *äußerst unterschiedliche* von Kinkel) präsentiert. Trotz der zusammengestellten

schen theoretischen Überlegungen und der Wirklichkeit in der Armee wider. Eine solch große und umfangreiche Organisation wie die Bundeswehr läßt sich nicht innerhalb kürzester Zeit vollkommen neugestalten. Gerade angesichts des Umfangs der zu erbringenden Anpassungsleistungen kommt dem Faktor Zeit in diesem Prozeß eine gestiegene Bedeutung zu.

Mittlerweile lassen sich erste Wege und damit einhergehende Probleme des Wandels in den Streitkräften ausmachen. Vornehmlich sind von dem Anpassungsprozeß vier Bereiche betroffen: die Struktur, die Ausrüstung, die Ausbildung und das Selbstbild der Soldaten. Diese Gebiete gilt es, im folgenden zu untersuchen.

4.1 Struktur

Wer sich mit der Struktur der Bundeswehr beschäftigt, wird rasch geneigt sein, dem Urteil von Dietger Lather zuzustimmen, die Bundeswehr verfüge über keine einfachen Organisationsformen.²⁵ Für den militärischen Laien ist das Geflecht aus horizontal und vertikal verbundenen Institutionen und Entscheidungsebenen schier undurchdringlich. Dennoch ist die Kenntnis des Aufbaus einer Armee unerlässlich, wenn es darum geht, deren militärische und politische Prioritätensetzung richtig einzuschätzen. Auch lassen sich aus der militärischen Gliederung Rückschlüsse auf künftige Entwicklungen und Einsatzmöglichkeiten ziehen.²⁶

Prüflisten, muß die Autorin (ibid.) konstatieren, „daß weder Regierungs- noch Oppositionsparteien ein stringentes Konzept zur Entscheidung über Bundeswehr-Auslandseinsätze entwickelt“ haben.

²⁵ Vgl. Lather 1996: 172.

²⁶ Es kann im Rahmen dieser Darstellung nicht darum gehen, den Aufbau der Bundeswehr bis ins kleinste Detail nachzuzeichnen. Vielmehr sind besonders neuere Entwicklungen und herausragende Merkmale der Struktur von Interesse. Dadurch ergibt sich eine Konzentration auf die Heeresstruktur, weil einerseits in dieser Teilstreitkraft die größten Umstellungen stattgefunden haben und andererseits die damit verbundenen Probleme (v. a. diejenigen der sog. Zwei-Klassen-Armee) am ausgeprägtesten sind. Zudem sind im besonderen die Verbände des Heeres in multinationale Strukturen integriert.

4.1.1 Die politischen Vorgaben

Die Struktur einer Armee richtet sich idealerweise nach ihrem Auftrag.²⁷ In der Praxis spielen jedoch eine Vielzahl nichtmilitärischer Komponenten und politischer Vorgaben in ihren Aufbau hinein, die den militärischen Planungen teilweise enge Grenzen setzen.

In Bezug auf die Bundeswehr sind folgende politische Auflagen von Belang:

- Die Bundesrepublik ist Mitglied des Atlantischen Bündnisses. Die strukturellen Veränderungen in der Bundeswehr werden nur verständlich, wenn man sich den Wandel in der militärischen Organisation der NATO bewußt macht.²⁸ Dieses für die Sicherheit der Bundesrepublik entscheidende Militärbündnis hat schon in den Jahren 1990 und 1991 wesentliche Modifikationen in Auftrag und Gefüge vorgenommen.²⁹ Auf dem Gipfeltreffen von Rom im November 1991 wurde ein neues Strategiekonzept beschlossen, das in der NATO-Weisung MC 317 konkretisiert wurde: Die militärischen Kräfte werden in die Kategorien Eingreiftruppe (Rapid Reaction Forces), Hauptverteidigungskräfte (Main Defence Forces) und Verstärkungskräfte (Augmentation Forces) unterteilt.³⁰ Mit dieser Gliederung will man sich einerseits den neuen Aufgaben und verminderten finanziellen Möglichkeiten anpassen und andererseits die Aufnahme neuer Mitglieder vorbereiten. Im offiziellen Jargon verwenden sowohl Politiker als auch Militärs die Vokabel „Neue NATO“, um die Radikalität der Veränderungen und die neuartige Qualität des Bündnisses zu verdeutlichen.³¹
- Die Bundeswehr ist innerhalb des erweiterten Aufgabenspektrums angehalten, neben der Fähigkeit zur Bündnis- und Landesverteidigung eine Komponente einzurichten, die zu Einsätzen im Rahmen der Krisenreaktion qualifiziert ist.
- Durch die Abrüstungsverträge und Abmachungen im Gefolge der deutschen Einheit unterliegt die Bundeswehr gewissen Restriktionen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag legt

²⁷ Diesen Anspruch formuliert auch Verteidigungsminister Rühle 1997c: 502: „Die Struktur der Bundeswehr leitet sich vom Auftrag ab.“

²⁸ Diese Einschätzung teilt auch Pflüger 1996: 14 und ders. 1997: 19.

²⁹ Vgl. BReg: Alliierte Truppen und multinationale Streitkräftestrukturen in Deutschland 1996: 2 - 5.

³⁰ Vgl. Tuschhoff 1993: 30f. und Millotat 1996: 58.

eine Höchstgrenze von 370 000 aktiven Soldaten fest und untersagt die Stationierung von nichtdeutschen Truppen, Nuklearwaffen und Nuklearwaffenträgern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Ferner verzichtet die Bundesrepublik weiterhin auf die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen.³²

- Die für die Bundeswehrplanung relevanten politischen Entscheidungsträger plädieren geschlossen für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Bundesminister der Verteidigung Rühle hat gar sein weiteres politisches Wirken mit dieser Frage verknüpft.³³ Zumindest bis zu den Bundestagswahlen 1998 ist deshalb nicht mit einer Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen.
- Angesichts der zunehmend angespannten finanzpolitischen und der entspannten sicherheitspolitischen Lage ist der Verteidigungshaushalt von überproportionalen Sparmaßnahmen betroffen. Dieser wurde seit Anfang der neunziger Jahre permanent reduziert und wird auch in den kommenden Jahren nur leicht ansteigen. Durch die andauernden finanziellen Spannungen im Bundeshaushalt und durch das vorrangige Ziel der Bundesregierung, die Kriterien zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung zu erfüllen, steht der Verteidigungshaushalt trotz anderslautender Bekundungen von Finanz- und Verteidigungsminister auch zukünftig zur Disposition.³⁴

Die Bundeswehr versteht sich seit ihrer Aufstellung vor über 40 Jahren als eine in die westliche Gemeinschaft eingebundene Armee. Nach dem Wegfall der gemeinsamen

³¹ So übereinstimmend George Joulwan 1995, zu diesem Zeitpunkt SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) und Oberbefehlshaber des US-Oberkommandos in Europa und der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle 1996b.

³² Vgl. Weißbuch 1994: 13.

³³ Mit Blick auf die Forderung des FDP-Sicherheitsexperten Jürgen Koppelin 1997 zur Aufstellung einer Berufsarmee und auf die Entscheidung des FDP-Parteitages, eine Mitgliederbefragung über die weitere Beibehaltung der Wehrpflicht abzuhalten, erklärte der Verteidigungsminister folgendes: „Unsere jungen Wehrpflichtigen sind bei allem ein entscheidender Faktor. Sie kommen in der Regel mit guter Ausbildung zum Militär und können vielfach Beiträge leisten, die in Berufsarmeen auch für hohen Sold unerreichbar bleiben. Für die Offiziere der Bundeswehr macht sich daran fest, warum und wozu sie militärische Führer geworden sind. Der Trend zur Wehrdienstverweigerung ist gebrochen. Die Zahl der jungen Männer, die ihren Wehrdienst leisten, übersteigt alle skeptischen Prognosen Um so unverständlicher ist es, daß aus der FDP der Ruf kommt, all dies in Frage zu stellen. Mit mir nicht!“, Rühle 1997c: 502.

³⁴ Wie dramatisch sich die finanziellen Einschränkungen auch auf die Struktur der Bundeswehr auswirken können, zeigen die Ausführungen von Gerster 1994. Trotz der proklamierten Friedensstärke von 370 000 Soldaten, verfügte die Armee tatsächlich nur über etwa 350 000 Mann. Diese Zahl wurde dann durch den Beschluß zur weiteren Reduzierung auf 340 000 (als Nominalstärke) gesenkt.

Bedrohung demonstrieren die neuen Strukturen diese Verbundenheit und wirken einer möglichen Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegen.

4.1.2 Die multinationale Einbindung

Die multinationale Einbindung der Korpsstrukturen des Heeres versinnbildlicht, daß die Bundeswehr zuvörderst eine Bündnisarmee ist. Die Korps sind Träger der Multinationalität. Als einzige Ausnahme verbleibt das IV. Korps in Potsdam durch vertragliche Einschränkungen national organisiert.³⁵ Die restlichen Korps werden zusammen mit den Verbänden anderer NATO-Staaten gebildet: das I. Deutsch-Niederländische Korps in Münster und das II. Deutsch-Amerikanische Korps in Ulm.³⁶ Darüber hinaus beteiligt sich die Bundeswehr zusammen mit dänischen Soldaten am Stab des Korps „Landjut“. Sie stellt Teile des V. US-German Korps in Frankfurt. Am prestigeträchtigsten und politisch bedeutendsten ist die Teilnahme am Eurokorps.³⁷

Die durch Helmut Kohl und François Mitterand initiierte Bildung des Eurokorps im Jahre 1991 war als Anstoß zur Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gedacht. Die Aufstellung eines gemeinsamen Korps war die konsequente Weiterentwicklung der symbolträchtigen deutsch-französischen Brigade. Bis heute haben sich neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, Luxemburg und Spanien mit Truppenteilen am Eurokorps beteiligt. Die sicherheitspolitischen Beweggründe liegen dabei nicht nur in der Bestärkung der militärischen Integration der europäischen Staaten. Zusätzlich lassen sich zwei weitere Motive ausmachen: Für die kleineren Länder (Belgien, Luxemburg) ging es vornehmlich darum, eigene sicherheitspolitische Kompetenz zu behalten bzw. hinzuzugewinnen. Diese war durch massive Reduzierungs-

³⁵ Aber auch die Einheiten der Bundeswehr, die in den neuen Bundesländern stationiert sind, sind seit 1995 der NATO zugeordnet. Vgl. BT: Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1996: 7.

³⁶ Die Umfrage von Frantz u. a. 1996 bei Angehörigen des Deutsch-Niederländischen Korps zeigt, daß das Stimmungsbild in der Truppe selbst nicht mit den hohen Erwartungen übereinstimmt, die viele Sicherheitspolitiker an die Bildung gemeinsamer Korpsstrukturen geknüpft haben. Das Meinungsbild der Soldaten ist von Gleichgültigkeit geprägt: „Das Interesse, zukünftig im Deutsch-Niederländischen Korps Dienst zu tun, ist auf beiden Seiten wenig ausgeprägt. Weit über die Hälfte der Soldaten würde lieber einem anderen multi- oder binationalen Großverband oder einem nationalen Korps angehören.“ (ibid.: 23)

maßnahmen in den jeweiligen Staaten gefährdet. Die integrierten Strukturen sind folglich den Reduzierungs- und Sparmaßnahmen im militärischen Bereich seit Ende des Kalten Krieges geschuldet. Für Spanien und Frankreich stellt das Eurokorps eine Möglichkeit dar, ihre Streitkräfte an die der NATO-Staaten anzunähern. Beide Länder sind bisher nur dem politischen Teil des Atlantischen Bündnisses zugehörig und haben die Absicht, sich zukünftig auch in die militärische Struktur einzubringen.³⁸ Dabei gab es Anfang der neunziger Jahre Auseinandersetzungen um die Frage, in welchem Unterstellungsverhältnis die Soldaten des Eurokorps zur NATO stehen sollten. Die politische und militärische Führung der USA argwöhnte, daß aus der Bildung des Eurokorps eine selbständige militärische Komponente der WEU erwachsen sollte. Dies wurde als Einflußverlust der Amerikaner auf die europäische Sicherheitspolitik verstanden. Diese Absicht war einigen französischen Initiatoren des Korps wohl nicht ganz fremd.³⁹ Das Eurokorps steht außerhalb der Militärintegration des Bündnisses, kann aber im Einsatzfall der NATO unterstellt werden.⁴⁰ Die politische Entscheidung in Bonn fiel letztendlich eindeutig zugunsten der amerikanischen Option, zugunsten der NATO aus: „... mit der Aufstellung des Eurokorps (werden) der NATO keine deutschen Soldaten entzogen.“⁴¹

Dennoch bleibt ein grundlegendes Dilemma, das international integrierte Streitkräfte genauso trifft, wie internationale Organisationen insgesamt. Die Befehlsgewalt über die Streitkräfte des Eurokorps bleibt - im Gegensatz zu NATO-Einsätzen - letztlich in nationaler Souveränität. Die Forderung nach Abtretung der nationalen Einsatzbefugnis an

³⁷ Zur genaueren Aufgliederung der Korpsstrukturen mit Aufgaben und Stationierung vgl. BMVg: Neues Heer für neue Aufgaben 1997: 7.

³⁸ Vgl. Fechner 1993 und Clement 1995. Durch die neuere politische Entwicklung in Frankreich ist dessen Annäherung an die NATO wieder fraglicher geworden. Diese Entwicklung setzte schon lange vor dem Wahlsieg der französischen Linke ein. Bereits die konservative Regierung unter Führung von Alain Juppé ging in sicherheitspolitischen Fragen auf direkten Konfrontationskurs zu den USA. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Streit um die Besetzung des Oberkommandierenden Süd der NATO in Neapel, der sowohl von Paris als auch von Washington beansprucht wird, und die Frage nach den Kandidaten für die erste Runde der NATO-Osterweiterung. Während Frankreich neben den Beitrittskandidaten Polen, Ungarn und Tschechien auch gerne Slowenien und besonders Rumänien als zukünftige Mitgliedsstaaten gesehen hätte, plädierten die USA nur für die Aufnahme der drei Erstgenannten. Letztendlich setzten sich die USA mit ihren Vorstellungen durch, was den Wiedereintritt Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO weiter verzögern dürfte.

³⁹ Eine ähnliche Interessenlage herrschte bereits bei der Einsetzung der Deutsch-Französischen Brigade, vgl. hierzu Feld 1990: bes. 5ff.

⁴⁰ Vgl. BReg: Alliierte Truppen und multinationale Streitkräftestrukturen in Deutschland 1996: 16.

⁴¹ BMVg: Stichwort Multinationalität 1995: 14.

integrierte Strukturen mag zwar aus sicherheitspolitischer Sicht sinnvoll erscheinen,⁴² ist aber aus (innen)politischen Überlegungen nicht gewollt und würde das ohnehin diffizile Verhältnis Eurokorps - NATO weiter komplizieren. Auch im täglichen Dienstbetrieb der multinationalen Verbände tun sich Probleme auf, die durch Unterschiede in der inneren Organisation der Streitkräfte, in der Rechtsstellung der Soldaten, in den operativen Vorstellungen und in den Mentalitäten bedingt sind.⁴³ Das Eurokorps ist dennoch keineswegs nur als Akt sicherheitspolitischer Symbolik abzutun, wenn seine Fortentwicklung zu einem Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union wohl auch zukünftig nicht nur am Widerspruch Großbritanniens scheitern wird.

Während im westeuropäischen und transatlantischen Verhältnis schon Organisationen bestehen, die trotz aller Probleme und trotz innerer Auseinandersetzungen eine enge sicherheitspolitische Kooperation garantieren, steht die Ausweitung dieser Strukturen auf Osteuropa erst noch bevor. Der Bundesrepublik kommt in diesem Zusammenhang nicht nur aufgrund ihrer geographischen Lage eine Vorreiterrolle zu. Im Rahmen der Initiative *Partnerschaft für den Frieden (PfP)*⁴⁴ intensiviert die Bundeswehr ihre militärische Zusammenarbeit mit den Armeen osteuropäischer Staaten, besonders mit denen Polens, Tschechiens und Ungarns.⁴⁵ Die Bundeswehr nimmt hierbei eine Mittlerrolle ein, um die Armeen dieser Länder auf die Standards des Atlantischen Bündnisses vorzubereiten und sie in der dafür notwendigen Transformation zu unterstützen.

⁴² So argumentiert Clement 1995: 44.

⁴³ Vgl. Klein/Lippert 1991: 6. Zweifelsohne ist das Festhalten an den jeweiligen nationalen Unterstellungsverhältnissen wenig förderlich für den reibungslosen Ablauf im Dienstalltag dieser Verbände. Vgl. Klein 1993: 6, der weitere Unterschiede anführt und die Frage stellt, ob eine Integration unterhalb der Divisionsebene militärisch überhaupt sinnvoll erscheint. Vgl. *ibid.*: 16, Klein 1995, ähnlich auch Fechner 1993: 2.

⁴⁴ Auch in der deutschen Literatur hat sich die Abkürzung PfP (Partnership for Peace) etabliert. Vgl. zur Thematik BMVg: Partnerschaft für den Frieden 1994.

⁴⁵ Diese Reihenfolge entspricht der Anzahl der gemeinsam durchgeführten Maßnahmen. Vgl. die Angaben in BMVg: Deutsch-polnische Militärbeziehungen 1995 und *dass.*: deutsch-ungarische Militärbeziehungen 1995.

Eine besondere Stellung nimmt das Verhältnis zu Polen ein. Die polnische Seite drängte nicht nur aus historischen, sondern auch aus militärtechnischen Gründen auf eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen, so daß vornehmlich Frankreich - aber auch Dänemark - in die gemeinsamen Aktivitäten eingebunden wurden.

Das Hauptinteresse der osteuropäischen Armeen richtet sich dabei auf die Ausbildungsprinzipien der Bundeswehr und auf das Konzept der Inneren Führung.⁴⁶

Die tiefere Integration militärischer Strukturen läßt sich als ein bestimmendes Merkmal der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation ausmachen. Ähnlich signifikant und für die Streitkräfte selbst noch weitreichender ist jedoch die Abstufung innerhalb der Bundeswehr.

4.1.3 Die Differenzierung der militärischen Struktur

Die Bundeswehr hat ihre Streitkräfte in drei Kategorien unterteilt: Die Militärische Grundorganisation (MGO), die Hauptverteidigungskräfte (HVK) und die Krisenreaktionskräfte (KRK). Diese Gliederung ist nicht nur von Belang für die Struktur der Armee, sondern betrifft auch Auftrag, Ausrüstung, personelle Zusammensetzung und Ausbildung.

1. Die Militärische Grundorganisation (MGO)

Laut Weißbuch 1994 ist die Militärische Grundorganisation primär für die Ausbildung und Versorgung der Truppe zuständig. Zur MGO gehören etwa die Truppschulen, die Universitäten der Bundeswehr, ihre Forschungseinrichtungen, der Militärische Abschirmdienst und das Personalstammamt.⁴⁷

2. Die Hauptverteidigungskräfte (HVK)

Sie stellen das Gros der deutschen Streitkräfte. Ihre vornehmliche Aufgabe ist der Einsatz im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung. Durch diese Kontinuität des Auftrages erinnern sie noch am ehesten an die alte Bundeswehr. Allerdings mit dem entscheidenden Unterschied, daß diese Kräfte in Umfang, Präsenz und Einsatzgrad enorm reduziert wurden. Generell leisten Grundwehrdienstleistende in den Einheiten der Hauptverteidigungskräfte Dienst. Gemäß den gegenwärtigen Strukturvorgaben setzen sich diese Verbände zu 54,5 % aus Grundwehrdienstleistenden und zu 45,5 % aus Zeit-

⁴⁶ Vgl. Gareis 1996b: besonders 11f.

⁴⁷ Vgl. Weißbuch 1994: 93.

und Berufssoldaten zusammen.⁴⁸ Im Fall der Landes- oder Bündnisverteidigung werden sie durch die Mobilmachung von Reservisten anwachsen. Aufgrund der günstigen sicherheitspolitischen Lage in Mitteleuropa ist dabei von einer Vorwarnzeit von etwa einem Jahr auszugehen.

3. *Die Krisenreaktionskräfte (KRK)*

Die etwa 50 000 Mann starken Krisenreaktionskräfte sind im Gegensatz zu den Hauptverteidigungskräften hoch präsent und sollen innerhalb weniger Tage verlegt und eingesetzt werden können. Sie haben nicht nur den Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung, sondern nehmen auch an Einsätzen im Rahmen der UNO oder anderer internationaler Organisationen teil. Allerdings stellt die Bundeswehr keine Kontingente - trotz zeitweilig anderslautender Bekundungen aus dem Auswärtigen Amt - unter die Befehlsgewalt der Vereinten Nationen. Vielmehr wird je nach Einzelfall über eine deutsche Beteiligung entschieden und die notwendigen Truppen werden nach dem Task-Force-Prinzip zusammengestellt.⁴⁹

Die Krisenreaktionskräfte bestehen nahezu nur aus Freiwilligen, d. h. aus Zeit- und Berufssoldaten sowie aus längerdienenden Wehrdienstleistenden.⁵⁰

Die starke Differenzierung der deutschen Streitkräfte, wie sie mit der Unterteilung KRK - HVK vorgenommen wurde, war von Beginn an sowohl in der Truppe als auch bei vielen Beobachtern umstritten. Das Wort von der Zwei-Klassen-Armee macht seit

⁴⁸ Vgl. Stratenschulte 1996: 383.

⁴⁹ Vgl. Hauke 1995: 368; Hoffmann 1995: 103, und die Äußerungen von Volker Rühle 1994a: 22: „Wir liefern keine deutschen Soldaten einfach bei der UNO ab.“

Das Task-Force-Prinzip besteht darin, Verbände für Aufgaben zusammenzustellen und dabei Einheiten oder gar einzelne Soldaten aus ihrer eigentlichen Struktur herauszulösen und zu einem Einsatzkontingent zusammenzufügen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, daß die Verbände genau auf den jeweils zu erfüllenden Auftrag hin angepaßt werden können. Der entscheidende Nachteil ist in der fehlenden Einheitlichkeit und der nicht vorhandenen Erfahrung im Umgang miteinander zu finden. Dieses Manko kann sich in Kompetenzstreitigkeiten und fehlender Abstimmung niederschlagen. Allerdings scheint die Realität eines Einsatzes, oftmals dazu zu führen, daß sich auch äußerst unterschiedliche Komponenten recht schnell zu einem leistungsfähigen Verband zusammenfügen lassen.

Auf jeden Fall verdeutlicht auch dieses Prinzip das Verschwinden von Eindeutigkeit und Planbarkeit. Immer mehr sind ad-hoc-Entscheidungen gefragt und immer mehr muß sich auch eine eher schwerfällige Organisation, wie es eine Armee gemeinhin ist, als flexibel erweisen. Diese Anpassungsfähigkeit ist heutzutage in allen Bereichen gefordert, sogar im scheinbar statischsten, dem der Struktur.

⁵⁰ Vgl. Stratenschulte 1996: 383. Die Bundeswehr hat 1996 diesen neuen Soldatenstatus eingeführt. Dabei haben Wehrpflichtige die Möglichkeit, sich für eine Dauer von 12 bis 23 Monaten zu verpflichten. Die Stellen für diese längerdienenden Mannschaftssoldaten sind ausschließlich in den KRK vorgesehen. Die Maßnahme war notwendig geworden, um diesen Einheiten einen ausreichenden Bestand an Mannschaftsdienstgraden zu sichern. Dabei gelten jene Soldaten zwar weiterhin als Wehrdienstleistende, aber dies hat eigentlich nur versorgungstechnische Ursachen. Denn de facto handelt es sich hierbei um Freiwillige.

einigen Jahren die Runde⁵¹ und ist auch in der gegenwärtigen Debatte um den Zustand der Bundeswehr immer wieder zu vernehmen.⁵² Die Bedeutung dieses Problems ist mittlerweile auch von der militärischen und politischen Führung der Bundeswehr erkannt worden.

In öffentlichen Bekundungen fehlt nie der Hinweis auf die Einheit der Bundeswehr. Dieses Bekenntnis geht allerdings häufig mit der Betonung der Priorität der KRK einher.⁵³ Um den Tendenzen hin zu einer Zwei-Klassen-Armee entgegenzuwirken, wurden v. a. drei Maßnahmen ergriffen:

1. die strukturelle Vermaschung bis auf Bataillonsebene,
2. die Einheitlichkeit der Führerausbildung, um die Austauschbarkeit des Führerpersonals zu gewährleisten,
3. die einheitliche persönliche Ausrüstung, die nur im Falle eines Einsatzes ergänzt wird.⁵⁴

Dennoch sind aus den Hauptverteidigungskräften zunehmend Klagen, über die Herabsetzung hinsichtlich Ausrüstung, Präsenz und Ausbildung zu vernehmen. Der Einwand von Ulf von Krause, bei der Diskussion um die Zwei-Klassen-Armee handle es sich größtenteils um ein Perzeptions- und Mentalitätsproblem,⁵⁵ bringt zwar ein bedenkenswertes und relativierendes Argument in die Debatte, wird aber insgesamt der Angelegenheit nicht gerecht. Die Gefahr einer Auseinanderentwicklung von HVK und KRK ist angesichts der verschiedenen Aufträge und Präsenzgrade weiterhin gegeben. Zwar sind die eingeleiteten Maßnahmen durchaus geeignet, diesem Trend entgegenzuwirken, aber die durch den engen finanziellen Rahmen bedingten Absenkungen der Einsatzbereitschaft mancher Einheiten wirken diesen Bemühungen entgegen. Die Grenze dessen, was eine Armee hinsichtlich quantitativer und qualitativer Unterschiede verträgt, ist in

⁵¹ So etwa Rühle 1994: 167.

⁵² Der Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften widmete seine Jahressitzung 1995 dieser Problematik und der Tagungsband trägt den Titel „Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee?“ (Klein/Zimmermann 1997).

⁵³ So z.B. Willmann 1997a: 8.

⁵⁴ Das Gesamtkonzept wird in BMVg: Neues Heer für neue Aufgaben 1997: 5, erläutert.

einigen Bereichen sicherlich erreicht. Eine weitere Entwicklung hin zu einer Zweiklassen-Armee würde irreparablen Schaden für den inneren Zusammenhalt der Bundeswehr mit sich bringen.

Doch nicht nur die Kohärenz der Armee ist durch die Zweiteilung der Struktur in Frage gestellt, auch auf die Wehrform⁵⁶ bleibt die Aufteilung in HVK und KRK nicht ohne Wirkung.

Die Frage nach der Beibehaltung der Wehrpflicht wird nicht erst seit Ende des Kalten Krieges öffentlich diskutiert. Dabei stand sie nie im Vordergrund der Debatte, verschwand andererseits auch nie ganz von der Bildfläche. Eigentlich sind die Positionen zur Wehrpflicht fest abgesteckt. Die Regierungsparteien halten an ihr fest, ebenso die SPD als größte Oppositionspartei, abweichende Stimmen sind eher die Ausnahme.⁵⁷

Die Argumentationsmuster, derer man sich hierbei bedient, gleichen einander und reichen von demokratietheoretischen und sozialpolitischen bis hin zu militärtechnischen Überlegungen.⁵⁸ Sicherheitspolitische Argumentationen und einsatzorientierte Rechtfertigungen der Wehrstruktur bleiben allerdings allzu häufig außen vor. Dabei könnte eine solche Sicht den Stellenwert der Wehrpflicht relativieren. Aufgrund der sicherheitspolitischen Lage ist die wahrscheinlichste Art des Einsatzes der Auslandseinsatz. Dieser wird von den Krisenreaktionskräften durchgeführt. In diesen Einheiten tun allerdings nur Freiwillige, d. h. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und längerdienende

⁵⁵ Vgl. Krause 1997: 26.

⁵⁶ Hierunter wird die Art und Weise verstanden, wie eine Armee ihr Personal rekrutiert. Die Wehrpflicht ist neben Berufs- und Freiwilligenarmee eine der möglichen Formen. Die älteren Begrifflichkeiten Wehrstruktur und Wehrverfassung besitzen die gleiche Bedeutung.

⁵⁷ Vgl. das Plädoyer für die Einführung einer Freiwilligenarmee von dem Wehrexperthen der FDP Koppelin 1997.

⁵⁸ Vgl. König 1997, der eine Typologie der Begründungen und Beschreibungen zur allgemeinen Wehrpflicht aufstellt. Nach Abwägung der von ihm zusammengetragenen Argumente gelangt König zu dem Schluß, daß ein Festhalten an der derzeitigen Wehrstruktur aufgrund der sicherheitspolitischen Lage nicht länger plausibel ist (ibid.: 56f.).

Grundwehrdienstleistende, Dienst. Für laufende Einsätze werden nur wenige Grundwehrdienstleistende (W 10) herangezogen.⁵⁹ Denn diese sind aufgrund ihrer kurzen Ausbildungszeit nur selten in der Lage, an Maßnahmen im Rahmen der Krisenreaktion teilzunehmen. Somit wird die Wehrpflicht nur durch eine etwaige Landes- und Bündnisverteidigung legitimiert. Dieser Einsatzfall ist jedoch selbst nach dem Dafürhalten der Bundeswehrführung äußerst unwahrscheinlich. Aus der Praxis der laufenden Einsätze leitet sich somit keineswegs ein Festhalten an der Wehrpflicht ab.

Da diese jedoch einen erheblichen Eingriff in die Rechte und Freiheit der Staatsbürger darstellt, erscheint eine Überprüfung der Wehrform erforderlich.⁶⁰ Auch innerhalb der Armee finden sich nicht nur Befürworter der Wehrpflicht.⁶¹ Die Wehrpflicht bleibt also weiterhin umstritten, ihre Zukunft ungewiß und abhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen 1998.⁶²

Die neue sicherheitspolitische Lage und die damit einhergehende Erweiterung der Einsatzarten haben erhebliche Veränderungen in der Gewichtung und Bedeutung der einzelnen Streitkraftkategorien mit sich gebracht.

⁵⁹ Die Bundeswehr hält weiterhin an der Praxis fest, Wehrdienstleistende nur aufgrund freiwilliger Meldung im Rahmen internationaler Missionen einzusetzen. Diese Regelung ist auch durch die unsichere Rechtslage bedingt, vgl. hierzu Baldus 1995.

Der Anteil der Wehrdienstleistenden (W 10), die an Auslandseinsätzen teilnehmen, ist verschwindend gering. Klein 1997: 63, nennt für den Somaliaeinsatz die Zahl von 30 Soldaten (damals noch W 12) und im 4. Kontingent SFOR, das Anfang 1998 im ehemaligen Jugoslawien eingesetzt war, dienten 13 Grundwehrdienstleistende (schriftliche Mitteilung der 14. Panzergrenadierdivision).

⁶⁰ Vgl. König 1997: 56.

Heydrich 1996: 29, streicht heraus, daß das Insistieren auf der Wehrpflicht und die Hervorhebung der Landesverteidigung als Kernaufgabe der Bundeswehr vorwiegend legitimatorischen Charakter besitzt: „Anders als bei den konzeptionellen und strukturellen Überlegungen müssen jedoch bei der innerstaatlichen Legitimation deutscher Streitkräfte die Aufgaben der Landesverteidigung weiterhin im Vordergrund stehen. Insbesondere in Anbetracht historischer Erfahrungen wird es in Deutschland kaum möglich sein, Art und Umfang der Streitkräfte vorrangig auf der Basis externer Aufgabenstellungen zu begründen. Ein eventueller Widerspruch zwischen der Priorität internationaler Aufgaben einerseits und nationalen Legitimationsforderungen andererseits könnte dadurch verringert werden, daß Landesverteidigung in Anbetracht der veränderten Konfliktkonstellationen und sicherheitspolitischen Anforderungen inhaltlich und geographisch weiter als bisher gefaßt wird.“

⁶¹ So zeigt Major Kieschowitz 1992 drei Handlungsmöglichkeiten auf:

1. Festhalten an der Wehrpflicht wie bisher,
2. Berufs- bzw. Freiwilligenarmee,
3. allgemeiner Gesellschaftsdienst mit der Option Bundeswehr.

Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß der Autor die dritte Alternative präferiert.

⁶² So auch Körner 1996: 23.

Die traditionell in der deutschen Armee favorisierten mechanisierten, schweren Verbände haben einen substantiellen Bedeutungsverlust erlitten. Die Stärke der Panzertruppe wurde entscheidend gesenkt.⁶³ Diese quantitative Zurückstufung korrespondiert mit einer Aufwertung anderer Truppenarten.

Hierzu gehören:

- *der Sanitätsdienst*: Es gibt keine Einsatzart im neuen Aufgabenspektrum, die ohne die massive Aufbietung von Sanitätskräften denkbar wäre. Das Ziel der medizinischen Versorgung im Einsatzgebiet ist es, ein der Behandlung in Deutschland entsprechendes Niveau zu erreichen.
- *die Logistik*: Der Transport und die Versorgung der Truppe mit Gütern gewinnt durch die zunehmende Entfernung der eingesetzten Teile vom Territorium der Bundesrepublik kontinuierlich an Bedeutung. Dabei wird die streitkraft-übergreifende Zusammenarbeit in Zukunft einen höheren Stellenwert einnehmen.⁶⁴
- *Aufklärung und Informationsgewinnung*: Alle Autoren, die sich mit künftigen Einsatzszenarien beschäftigen, betonen die zunehmende Relevanz der Informationsgewinnung. Gero Koch geht sogar soweit, von einer eigenen Streitkraft Aufklärung zu sprechen.⁶⁵ In den operativen Überlegungen etabliert sich Information neben Kräften, Raum und Zeit als vierte Größe.⁶⁶
- *Führung*: Die Führung der Truppe gewinnt schon deshalb an Bedeutung, da sich die zukünftigen Einsatzgebiete fernab der Bundesrepublik befinden. Deshalb erscheint es um so dringlicher, die Verbindung zwischen eingesetzter Truppe und militärischer und politischer Führung möglichst eng zu halten. Die technologische Entwicklung bietet hier umfangreiche Möglichkeiten. Jedoch genügen ausrüstungstechnische Verbesserungen nicht, um den neuen Anforderungen an die Führung gerecht zu werden. Deshalb versucht die Bundeswehr, mit einer institutionellen Neuerung Abhilfe zu leisten.

Das Führungszentrum der Bundeswehr (FüZBw)

⁶³ Vgl. Gerner 1994: 52. Schon 1993 formuliert der damalige Inspekteur des Heeres Helge Hansen deutlich die Prioritäten: „Vorrang hat das leichte Heer“, vgl. Hansen 1993.

⁶⁴ Zur neuen Konzeption der Logistik im Heer vgl. Diefenbach/Schmidtchen 1996, zu bisher aufgetretenen Transportproblemen vgl. Hoffmann 1995: 102.

⁶⁵ Vgl. Koch 1994.

⁶⁶ Vgl. für viele Meyer 1996.

Die Einrichtung des FüZBw ist eine Konsequenz aus den Problemen, die im Somaliaeinsatz der Bundeswehr deutlich wurden.⁶⁷ Es ermöglicht dem Verteidigungsminister als Inhaber der Kommando- und Befehlsgewalt, sich zentral über laufende Einsätze zu informieren und in ihren Ablauf einzugreifen. Über ein solches Instrumentarium verfügte das BMVg bisher nicht. Das FüZBw ist in die Arbeitsbereiche Einsatzplanung, Einsatzführung und Lageführung unterteilt und steht mit dem Nationalen Befehlshaber im Einsatzland im ständigen Kontakt.⁶⁸ Allerdings stellt die Einrichtung des FüZBw keine verdeckte Wiedereinführung eines deutschen Generalstabs dar. Vielmehr ist gerade durch diese Institution eine stärkere politische Kontrolle militärischer Aktionen gewährleistet.⁶⁹ Die anfängliche Kritik an der Einrichtung des FüZBw ist mittlerweile auch verklungen. Diese Feststellung trifft hingegen nicht mit Blick auf die Aufstellung des Kommandos Spezialkräfte zu.

Das Kommando Spezialkräfte (KSK)

Aus den Erfahrungen mit der Evakuierung deutscher Botschaftsangehöriger durch belgische Fallschirmjäger in Kigali im April 1994, die für die militärische Führung der Bundeswehr zu einem regelrechten Trauma wurden, entstand das Kommando Spezialkräfte.⁷⁰ Diese etwa tausend Mann starke Truppe, die in Calw stationiert ist, geht aus der Auflösung der Fallschirmjägerbrigade 25 („Schwarzwaldbrigade“) hervor. Sie trägt alle Merkmale einer Eliteeinheit: Das Personal (nur Feldwebel und Offiziere) unterliegt einem fordernden Einstellungstest, die Soldaten verfügen über eine spezielle Ausrüstung und breit angelegte Ausbildung. Das entscheidende Merkmal dieses Kommandos ist

allerdings sein Auftrag. Dieser reicht von traditionellen militärischen Aufgaben (Auf-

⁶⁷ Vgl. etwa IAP-Dienst Nr. 5/1994: 2.

⁶⁸ Vgl. Führungszentrum 1996.

⁶⁹ Vgl. Weidemaier 1995.

⁷⁰ Es gibt verschiedene Äußerungen hoher Militärs, die die psychologischen Auswirkungen der Befreiungsaktion durch Soldaten eines anderen Staates erahnen lassen. Werner Baach 1996: 741, zitiert den Inspektors des Heeres Willmann mit den Worten, Kigali solle sich nicht wiederholen und vom jetzigen Generalinspekteur Hartmut Bagger stammt die Aussage: „Was in Ruanda passiert ist, möchte ich nicht wieder erleben“, zit. nach: Grässlin 1997: 196.

Ähnlich deutlich ist die Einschätzung von Schreiber 1995: 40, der sogar die staatliche Souveränität zur Legitimierung des KSK heranzieht: „Es war klar geworden, daß das wiedervereinigte Deutschland mit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung Kapazitäten benötigt, um für die Sicherheit seiner Staatsbürger im Ausland sorgen zu können. Wenn man sich in Zukunft weiterhin auf die militärische Hilfe anderer Staaten verlassen müßte, würde dies auch der wiedererlangten vollen deutschen Souveränität widersprechen.“

klärung, Einsatz im Hinterland) bis zu Evakuierungsmaßnahmen und Geiselfreiungen. Mögliche Einsätze dieser Einheit besitzen stets höchste politische Brisanz.

Auf einen inneren Widerspruch bei der Entstehung und Aufstellung dieses Kommandos macht Jürgen Grässlin aufmerksam.⁷¹ Einerseits betont die politische und militärische Führung der Bundeswehr stets die multinationale Einbindung der deutschen Streitkräfte. Andererseits wird ein Einsatz, wie der von belgischen Fallschirmjägern zur Rettung deutscher Staatsangehöriger, als nationale Schmach verstanden und nicht als Zeichen der Bündnissolidarität.⁷² In dem Kommando eine Tendenz zur Renationalisierung der Sicherheitspolitik zu sehen, wie Tobias Pflüger dies als Option zumindest offen läßt, ist jedoch schon aufgrund des Umfangs dieser Einheit abwegig.⁷³ Vielmehr zeigt das Kommando Spezialkräfte, welche Bedeutung der politischen Symbolik gerade im Bereich der Militärpolitik zukommt. Die Bestrebungen der Bundeswehr sind darauf gerichtet, daß sich die Vorkommnisse von Kigali nicht in ähnlicher Form wiederholen.⁷⁴

Gerade die Einrichtung des KSK zeigt die Ambivalenz militärischer Strukturen nach dem Ende des Kalten Krieges. Einerseits sind diese im westeuropäischen und atlantischen Kontext so tief integriert wie nie zuvor, andererseits gilt die Verfügungsgewalt über ein breites Spektrum militärischer Möglichkeiten als Ausdruck nationaler Souveränität. Diesen Widerspruch spiegelt die neue Struktur der Bundeswehr wider.

Die Einnahme der neuen Strukturen ist noch im vollem Gange und keineswegs abgeschlossen.⁷⁵ Seit dem Ende des Kalten Krieges kam es zu einer Vielzahl von Änderun-

⁷¹ Vgl. Grässlin 1997: 197.

⁷² Auf diesen Widerspruch weist auch General a.D. Bernhard 1996b: 18, hin.

⁷³ Pflüger 1997: 38, nennt neben der Renationalisierung, die Atlantisierung, die Westeuropäisierung und die Osteuropäisierung als zukünftige Tendenzen deutscher Militärpolitik. Für Pflüger - wie auch für Grässlin - ist das KSK ein Hauptziel der Kritik. Pflüger 1997: 99, bezeichnet diese Einheit als „verfassungswidrige Truppe“ und Grässlin 1997: 196, fragt gar, ob es sich hierbei um „Elitekiller im Schwarzwaldidyll“ handle und kommt zu dem Schluß, das KSK bilde die „Speerspitze deutscher Interventionspolitik“ (ibid.: 201).

⁷⁴ Eine solche Einschätzung wird auch durch die Stellungnahme von Rühle 1997d: 3, vor dem Deutschen Bundestag nach dem Albanieneinsatz der Bundeswehr untermauert: „Die Schwierigkeit (d. h. die Fähigkeit, d. Verf.), im Notfall eigene Staatsbürger im Ausland aus Gefahr für Leib und Leben retten zu können, gehört nach unserer Überzeugung zur grundlegenden Verantwortung eines jeden Staates. Das gilt auch für Deutschland. Wir können uns in Notlagen nicht immer auf Freunde und Partner abstützen. Wo immer das möglich ist, gehört natürlich dazu, daß man so etwas auch gemeinsam macht. Aber dazu muß man auch selbst etwas einzubringen haben, man kann nicht erwarten, daß das immer andere für einen machen...Wir haben das als Bundeswehr gemacht...Das ist ganz wichtig für die weitere Entwicklung der Bundeswehr.“

⁷⁵ Die Umgliederung des Heeres hat am 01.01.1996 begonnen und wird in einigen Bereichen (z. B. Depotorganisation) bis ins nächste Jahrzehnt andauern. Die Einsatzbereitschaft der Krisenreaktionskräfte wird bis 1999 angestrebt. Vgl. BMVg: Neues Heer für neue Aufgaben 1997: 10.

gen im Aufbau der Bundeswehr. Zudem belasteten kurzfristige Eingriffe - wie die Herabsetzung der Dauer des Wehrdienstes und die Reduzierung der Streitkräfte um 30 000 Soldaten - das innere Gefüge der Truppe.

Von Soldaten und Verteidigungsexperten wird folglich angemahnt, die Bundeswehr brauche Planungssicherheit, Kontinuität und feste politische Eckwerte.⁷⁶

Diese Forderung ist alleine schon angesichts der personellen Besetzung für Auslandseinsätze sinnvoll. Denn die Zusammensetzung der Kontingente für laufende Einsätze wird auch in nächster Zeit häufig Produkt der Improvisation sein und zeitlich parallel zur Einnahme der neuen Strukturen verlaufen. Dieser Umstand ist hinsichtlich der Einsatzbereitschaft jedoch weniger gravierend als das Defizit im Ausrüstungsbereich.

4.2 Ausrüstung⁷⁷

Das Material, über das eine Armee verfügt, entscheidet mit über ihre Verwendungsmöglichkeiten und begrenzt die von ihr zu realisierenden Einsatzarten. Die Ausrüstung der Bundeswehr während des Kalten Krieges war auf die Landesverteidigung hin ausgelegt. Eine solche Ausrichtung genügt nicht mehr den Anforderungen des neuen Aufgabenspektrums. Dadurch besteht ein verstärkter Beschaffungsbedarf.⁷⁸

⁷⁶ So etwa Bagger 1997: 12; Clement 1996: 7f., und Rühle 1997a: 5f.

⁷⁷ Bei der Bewertung öffentlicher Verlautbarungen des Verteidigungsministers, führender Militärs und von Papieren und Konzepten einzelner Dienststellen mit Bezug auf die materielle Ausstattung der Armee ist besondere Vorsicht geboten. Das Interesse der Militärs richtet sich gegenüber der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern auf die Durchsetzung möglichst umfassender Rüstungsvorhaben. Deshalb sind die Darstellung der materiellen Lage und des notwendigen Nachsteuerungsbedarfs oftmals überzeichnet. Andererseits haben die militärisch Verantwortlichen kein Interesse daran, die Situation als so ungünstig darzustellen, daß ein Vertrauensverlust der Streitkräfte in ihre materielle Ausstattung entsteht. Bei der Interpretation der diversen Schriften und Verlautbarungen müssen diese beiden Aspekte Berücksichtigung finden und gegeneinander abgewogen werden. Allerdings wird dadurch das Unterfangen, eine realistische Einschätzung der Ausrüstungslage der Armee zu bieten, keineswegs unmöglich. Dafür sind die Defizite in diesem Bereich auch viel zu offensichtlich.

⁷⁸ An diesem Nachholbedarf und den damit einhergehenden Rüstungsvorhaben machen viele Autoren ihre Kritik der neuen Bundeswehr fest. Vgl. hierzu Martin/Schäfer 1994: 48 - 55 und Grässlin 1997: Kap. 5.

Am deutlichsten wird diese Kritik jedoch in dem Werk von Pflüger 1997. Auf 51 von insgesamt 119 Seiten widmet Pflüger sich ausschließlich den Beschaffungsplänen der Streitkräfte. Gerade die Ausführungen des Autors zu den Ausrüstungsvorhaben sind ein beeindruckender Beleg für die von Nau-

Vor allem im Heer sind größere Umstellungen vonnöten, was eine Konzentration der Betrachtungen auf diese Teilstreitkraft rechtfertigt.⁷⁹

Es war gerade der Einsatz in Somalia, der deutliche Defizite in der materiellen Ausstattung der Bundeswehr offenlegte. Material und Personal mußten aus 380 verschiedenen Depots und Einheiten zusammengestellt und zu einem einheitlichen, leistungsfähigen Verband geformt werden.⁸⁰ Die kurzfristig getätigten Anschaffungen aus der Industrie beliefen sich auf einen Gesamtwert von 60 Millionen DM, nicht eingerechnet die Ausgaben für geleaste Ausrüstung von verbündeten Streitkräften.⁸¹ Diese Zahlen illustrieren eindringlich, in welchem Ausmaß eine Umorientierung in der materiellen Ausstattung angesichts der neuen Aufgaben geboten ist.

mann 1997 konstatierte affektive Haltung vieler Kritiker zu militärpolitischen Fragen. Pflüger 1997: 40, dokumentiert „215 (!) neue Beschaffungsprojekte“ (Hervorhebung im Original), ohne nach deren Zusammenhang mit dem neuen Auftrag auch nur zu fragen.

⁷⁹ Vgl. zusammenfassend Quast 1996.

⁸⁰ Vgl. IAP-Dienst Nr. 5/1994: 1f., außerdem Schütze 1995: 142 und Barandat 1994. Burggraf 1993: 533, sieht die „enorme Beschaffungsleistung“, die die Bundeswehr zur Durchführung des Somaliaeinsatzes erbrachte und die er selbst als „Crash-Programm“ (ibid.: 535) bezeichnet, in Öffentlichkeit und Politik nicht genügend gewürdigt. Dieser Aufsatz vermittelt einen Eindruck von dem unglaublichen logistischen Aufwand, der notwendig war, um die materielle Ausstattung des Einsatzverbandes sicherzustellen.

Dieser Thematik widmet sich auch Schmidtchen 1994. Der Titel „Welches Material auf welchem Container auf welchem Schiff?“ weist auf die Koordinierungsprobleme in der Versorgung hin. Im Somaliaeinsatz erwies sich die bisherige Ausstattung der Bundeswehr als nur bedingt wüstentauglich. Dies konnte angesichts der Kriterien, entsprechend denen das Material nahezu vierzig Jahre lang beschafft wurde, auch kaum verwundern. Besonders problematisch gestaltete sich neben der Wasseraufbereitung und dem Wassertransport die fehlende Koordinierung der Versorgung zwischen dem Einsatzverband und den diversen Stellen in der Bundesrepublik.

Schmidtchen 1994: 212, führt weiter aus, daß die militärische Planung für den Einsatz in Somalia schon 1992 anliefe, also lange vor der politischen Entscheidung. Dies ist nach seinem Dafürhalten auch notwendig, denn „wäre mit den umfangreichen materiellen Einsatzvorbereitungen erst begonnen worden, nachdem der Minister die Truppeneinteilung und Ausrüstung genehmigt hatte, hätte Anfang Juli 1993 vermutlich nur ein Bruchteil des benötigten Materials in Emden für den Seetransport nach Somalia verladen werden können. Logistik braucht Zeit, ein Umstand, der unter dem im wesentlichen durch politische Vorgaben verursachten Zeitdruck zu wenig berücksichtigt werden konnte.“ So sehr diese Einschätzung aus Sicht der für die Versorgung zuständigen Soldaten auch richtig und konsequent sein mag, wirft sie doch die Frage auf, inwieweit die politische Entscheidung zu Einsätzen durch militärisch vorweggenommene Maßnahmen zu beeinflussen ist. Dahinter steht letztlich die Frage nach der Praxis des Primats der Politik. Mit diesen Überlegungen soll allerdings keineswegs suggeriert werden, daß sich dieses Problem im Verlaufe des Somaliaeinsatzes oder anderer bisher durchgeführter Einsätze der Bundeswehr tatsächlich gestellt habe. Der Wille der Bundesregierung zum Einsatz der Soldaten war eindeutig gegeben.

⁸¹ Vgl. Naß 1994: 458.

Pflüger 1997: 77, verweist auf die entsprechenden Zahlen bezüglich des IFOR-Einsatzes. Es wurden 164 Beschaffungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von über 200 Millionen DM realisiert. Diese Zahl wird von Generalinspekteur Bagger 1997: 8, bestätigt.

Mit der Differenzierung des Auftrags und der Struktur der Bundeswehr korrespondiert die Differenzierung ihrer Ausrüstung. Der materielle Nachholbedarf ist nicht in allen Teilen der Bundeswehr gleichmäßig gegeben. Der Schwerpunkt der Beschaffungsvorhaben liegt bei den Krisenreaktionskräften. Im Vergleich zu diesen sind die Hauptverteidigungskräfte besser auf ihren Auftrag hin ausgerüstet. Deshalb legitimiert die politische Führung die Priorität der Beschaffungsprojekte für die Krisenreaktionskräfte mit dem Verweis auf die entspannte sicherheitspolitische Lage, die einen Einsatz im Rahmen der Landesverteidigung für die nächsten Jahre als unwahrscheinlich erscheinen läßt.⁸² Innerhalb der KRK-Einheiten lassen sich wiederum Defizite hinsichtlich der Ausrüstung festmachen, die mit Vorrang behoben werden müssen. Der Schwerpunkt in der Beschaffungsplanung liegt dabei auf folgenden Teilbereichen.⁸³

Führung und Aufklärung:

Durch die gewachsene räumliche Distanz zwischen politischer und militärischer Führung und eingesetzter Truppe gewinnen Kommunikationstechnologien zunehmend an Bedeutung. Der Nachsteuerungsbedarf auf diesem Gebiet wird forciert durch die rasante technologische Entwicklung der Kommunikationsmittel und durch die - im Vergleich zur Bundesrepublik - schlechteren infrastrukturellen Voraussetzungen in den möglichen Einsatzgebieten.

Die zunehmende Relevanz der Informationsgewinnung und -vermittlung ist spätestens seit dem Zweiten Golfkrieg auch für den militärischen Laien signifikant.⁸⁴ Zur Verbesserung ihrer Führungsfähigkeit hat die Bundeswehr im Verbund mit ihren europäischen

⁸² In BMVg: Ressortkonzept zur Materialplanung Bundeswehr 1995: 2, heißt es dazu: „Für die Landesverteidigung ist die Bundeswehr derzeit im wesentlichen ausreichend ausgerüstet. Die Hauptverteidigungskräfte verfügen noch über modernes Großgerät, das in Verbindung mit erforderlichen Maßnahmen bei Peripherie und allgemeiner Ausrüstung für die Auftrags Erfüllung in den neunziger Jahren noch hinreichend ist.“ Ferner wird „der Erhalt und die unabdingbare Erneuerung der Fähigkeiten der Hauptverteidigungskräfte“ mit der niedrigsten Dringlichkeitsstufe („mittel- bis langfristig“) versehen. Vgl. *ibid.*: 5. Was dies in der Umsetzung konkret bedeutet, zeigt der Umstand, „daß die Modernisierung der Hauptverteidigungskräfte erst nach dem Jahr 2010 realisiert wird.“ (*ibid.*: 9)

⁸³ Vgl. Krause 1994: 39 und IAP-Dienst Nr. 12/1995, S. 4f.

Die Schwerpunktsetzung in den Beschaffungsmaßnahmen der Armee erfolgt neuerdings streitkraftübergreifend. Mit dieser Zentralisierungsmaßnahme rückt man von der bisherigen Praxis ab, den Teilstreitkräften feste Finanzquoten über fünfzehn Jahre hinweg zuzugestehen. Damit sollen die einzelnen Projekte besser aufeinander abgestimmt und die planerischen Schwerpunkte schneller umgesetzt werden. Vgl. Quast 1996: 173.

⁸⁴ Becher/Kaiser 1992: 100, weisen aufgrund ihrer Analyse des Golfkrieges auf die Bedeutung der Aufklärung und den enormen Vorsprung der US-Armee auf diesem Gebiet hin. Dieser hat sich bis heute eher noch vergrößert als verkleinert. Vgl. Thelen 1997: 4.

Partnern ein gemeinsames Satellitenprojekt (SATCOM Bw) initiiert, dessen Verwirklichung angesichts knapper werdender finanzieller Rahmenbedingungen zur Disposition steht. Die Bedeutung dieses Sektors wird auch daran sichtbar, daß z. Z. lediglich ein Drittel der Forschungs- und Entwicklungsgelder für diesen Bereich aufgebracht wird.⁸⁵

Transport und Logistik:

Die Verlegung von Soldaten und von Material in die Einsatzgebiete stellte die Bundeswehr bei ihren bisherigen Einsätzen vor größere Probleme. Erhöhter Nachholbedarf besteht auf dem Gebiet des Lufttransports. Neben dem Ausbau der Transportfähigkeit der Luftwaffe, liegt in Zukunft ein Hauptaugenmerk auf der Luftverladefähigkeit des angeschafften Materials.

Sanitätswesen:

Um eine unter Einsatzbedingungen optimale Versorgung für die Soldaten zu erreichen, beschafft die Bundeswehr zwei Feldlazarette mit jeweils 100 Betten. Diese entsprechen in der Ausstattung Kreiskrankenhäusern. Die Feldlazarette sind den Bundeswehrkrankenhäusern Koblenz und Ulm zugeordnet. Ferner soll im Einsatzfall der Verwundetentransport mit Hubschraubern zur Regel werden.⁸⁶

⁸⁵ Vgl. zu diesen Angaben und zur gesteigerten Bedeutung der Aufklärung und Führung Beenders 1994: 26.

⁸⁶ Vgl. den umfassenden Aufsatz zur Neuordnung des Sanitätswesens von Schoeps 1996: bes. 243 und 245.

Weiterer Nachsteuerungsbedarf:

Die persönliche Ausstattung des Soldaten wird im konkreten Einsatzfall den gegebenen Klimabedingungen angepaßt. So mußten im Einsatz in Somalia erst Tropenuniformen bei den französischen Streitkräften erworben werden. Zusätzlicher Nachholbedarf besteht im Bereich Feldlager. Ferner ist bei jedem Einsatz mit kurzfristigen, spezifischen Anschaffungen zu rechnen, die die Ausrüstung ergänzen.

Durch die Prioritätensetzung im Bereich der Beschaffung und Forschung ist es zwangsläufig so, daß Bereiche, die einen Bedeutungsverlust durch die neue sicherheitspolitische Lage erlitten haben, Abstriche bei ihren Rüstungsvorhaben hinnehmen müssen. Hier sind in erster Linie die schweren mechanisierten Verbände zu nennen. Diese Entwicklung korrespondiert mit den Veränderungen in der Struktur der Bundeswehr. Auch hier waren besonders die bisher so herausragenden und favorisierten Panzerverbände von Kürzungen betroffen. Dieser Trend spiegelt sich in den materiellen Planungen verstärkt wider.

Der Prozeß der materiellen Neuausrichtung der Bundeswehr verläuft insgesamt recht schleppend und ist von erheblichen Friktionen begleitet. Deren Ursache liegt in den sich ständig verschlechternden finanziellen Ressourcen. Es sind im besonderen zwei Entwicklungen, die die Realisierung der Beschaffungsvorhaben erschweren und zu Problemen in den Streitkräften führen:

Die unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen:

Nicht nur in der Struktur der Bundeswehr macht sich der Sparzwang bemerkbar. In weit höherem Maße ist die Ausrüstung der Truppe von finanziellen Restriktionen betroffen. Die Einsparmöglichkeiten sind auch in diesem Sektor nahezu vollständig ausgeschöpft. Dabei läßt schon das Weißbuch 1994 verlauten: „Die Bundeswehr verzichtet ... auf wichtige Planungsvorhaben.“⁸⁷

⁸⁷ Weißbuch 1994: 98.

Der Rückgang des investiven Anteils am Verteidigungshaushalt:

Durch die stärkere Belastung des Verteidigungshaushalts, die teilweise auf die Besonderheiten der deutschen Vereinigung zurückzuführen ist, sank dessen investiver Anteil auf unter 30 %. Die Führung der Bundeswehr versucht, durch Senkung der Betriebskosten diesen Anteil wieder zu erhöhen.⁸⁸ Dieses Unterfangen war bisher jedoch erfolglos.

Dieses Manko wird durch die Tatsache verschärft, daß die europäische Rüstungs-kooperation, die nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen verbal von Sicherheitspolitikern gefordert wird, in ihrer tatsächlichen Entwicklung bisher weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.⁸⁹ Die europäische Rüstungsindustrie verharrt im Gegensatz zur amerikanischen, die durch Konzentrationsprozesse ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat, auf dem Entwicklungsstand des Kalten Krieges.⁹⁰

Die Probleme, die die europäische Kooperation auf dem Gebiet der Rüstung begleiten, zeigen sich auch deutlich in den Auseinandersetzungen um die Anschaffung eines neuen Jagdflugzeuges. Hierbei geht es einerseits um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen

⁸⁸ Zielvorgabe ist laut Staatssekretär Gunnar Simon 1996: 275, eine Steigerung des investiven Anteils bis zum Jahr 2000 auf über 30 %. Allerdings ist eine solche Steigerung angesichts der aktuelleren Entwicklung kaum zu verwirklichen. Hierzu wiederum Simon 1997: 7: „Bei realistischer Betrachtung ist eine Verbesserung der haushaltmäßigen Perspektiven kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten. Alle Hoffnungen auf das Erreichen einer gesunden Investitionsquote sind durch die drastischen Einschnitte im 30. Finanzplan deutlich gesenkt worden... Die Streitkräfte müssen sich darauf einrichten, mit weniger Geld auszukommen - auch auf weitere Sicht. Der finanzierbare Bedarf reicht für den Erhalt der sicherheitspolitisch begründeten wehrtechnischen Mindestkapazitäten nicht mehr aus.“ Bei der Diskussion um Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr spielen oftmals nicht nur militärische und sicherheitspolitische Überlegungen eine Rolle. Allzu häufig sind es wirtschafts- und regionalpolitische Kriterien, die bei der Realisierung von Rüstungsprojekten den Ausschlag geben. Diese Praxis, die während der Zeit des Kalten Krieges angesichts der im Vergleich zu heute großzügigen finanziellen Ausstattung noch möglich war, wird in Zukunft einer Beschaffungspolitik weichen müssen, die die knappen Ressourcen nach den gegebenen Notwendigkeiten ausrichtet. Diese Absicht bekundet auch die politische Führung der Armee: „Es ist nicht die Aufgabe des BMVg, Wirtschaftspolitik zu betreiben“, so Schönbohm 1994: 251.

⁸⁹ Vgl. Simon 1996 und Thelen 1997: 4.

⁹⁰ Diese Einschätzung verläuft parallel zu den gescheiterten Versuchen der Etablierung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine europäische Integration auf militärpolitischem Sektor bedarf zwangsläufig einer Kooperation der Rüstungsindustrien. Da aber die gegenwärtigen Aussichten auf ein engeres Zusammenwirken auf sicherheitspolitischem Gebiet eher trüb sind und das Atlantische Bündnis wieder mehr zur allein entscheidenden militärischen Organisation auch in Europa wird, ist auf absehbare Zeit nicht mit einer intensiveren Zusammenarbeit zu rechnen. Es steht zu befürchten, daß die europäische Rüstungsindustrie noch weiter hinter den von den USA gesetzten Weltstandard zurückfällt.

bei den Partnern, andererseits ist aber auch die Finanzierbarkeit und militärische Notwendigkeit des Eurofighters Gegenstand der Diskussion. Unabhängig vom Ausgang dieser Auseinandersetzung zeigt der Streit um das Flugzeug sowohl wie eng die finanziellen Spielräume im Verteidigungsetat sind als auch wie schwierig eine Gesamtkonzeption der Sicherheitspolitik zu finden ist, die Lage, Auftrag und Ausrüstung sinnvoll miteinander verknüpft und aufeinander abstimmt. Die Beschaffung des Eurofighters findet auch innerhalb der Streitkräfte keineswegs ungeteilte Zustimmung. Zu sehr liegen andere Bereiche der Ausrüstung im argen, als daß sich Ausgaben in Milliardenhöhe für die Anschaffung eines neuen Flugzeugtyps ohne Widerspruch rechtfertigen ließen.

So nimmt die ungenügende Versorgung der Truppe mit Material, in erster Linie mit Ersatzteilen, teilweise erschreckende Ausmaße an. Vor allem die Hauptverteidigungskräfte, aber nicht nur sie, sind von diesem Mißstand betroffen. Die dadurch verursachten materiellen Ausfälle haben die Einsatzbereitschaft einiger Truppenteile bis auf 50 % gesenkt.⁹¹ Dieser unhaltbare Zustand wird auch von der politischen und militärischen Führung mit dem gleichzeitigen Versprechen auf Nachbesserungen eingestanden. Minister Rühle und der Inspekteur des Heeres Willmann gestehen in diesem Bereich „Engpässe“⁹² und „Probleme“⁹³ zu und kündigen eine Besserung der momentanen Situation an.

Darüber hinaus sind die Ausrüstungsvorhaben insgesamt weit hinter dem eigentlichen Beschaffungsplan zurück. Teile der Armee haben schon die neue Struktur angenommen, ohne mit dem dafür vorgesehenen Material ausgestattet zu sein.⁹⁴ Diese Entwicklung stellt zwar an sich keine Besonderheit dar, alle Umstrukturierungen waren mit Friktionen und einer verzögerten Ausstattung verbunden, aber der Grad dieser

Probleme erstaunt doch.⁹⁵ Selbst die mit Priorität behandelten Krisenreaktionskräfte

⁹¹ So der IAP-Dienst Nr. 12/1996: 1.

⁹² Rühle 1997a: 4f.

⁹³ Willmann 1997a: 14 und ders. 1997b: 9.

⁹⁴ So wird die Einführung des neuen Transportsystems MULTI seit Jahren angekündigt, ohne daß diese Fahrzeuge tatsächlich der Truppe zugeführt werden. In BMVg: Ressortkonzept zur Materialplanung 1995: 7, wird nun von einer Einführung im Jahre 1998 ausgegangen.

⁹⁵ In den Jahresberichten des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages findet sich in immer gleichlautenden Formulierungen der Hinweis auf „die Diskrepanz zwischen Auftrag und Mitteln“ (Jahresbericht des Wehrbeauftragten 1993: 27; ders. 1994: 24; ders. 1995: 154). Der Jahresbericht

werden in absehbarer Zukunft keine einheitliche Ausstattung erhalten. Da die politische Führung dennoch gewillt ist, weitere Auslandseinsätze durchzuführen, wird die Ausrüstung oft ad hoc beschafft. Diese Art der Nachbesserung ist jedoch zweifelhafter Natur. Der Soldat ist darauf angewiesen, mit vertrautem Material in Einsätze zu gehen. Dies ist nicht nur aus Überlegungen zur Handhabung des Gerätes unablässig, sondern auch aus psychologischen Motiven.⁹⁶

Dennoch bekräftigt Minister Rühle den politischen Willen zum Einsatz der Bundeswehr auch ohne komplette Umstrukturierung und Ausrüstung: „Es kann deshalb auch bei künftigen Aufgaben im internationalen Einsatz in den vor uns liegenden Jahren nur auf die Streitkräfte zurückgegriffen werden, die wir jetzt haben und nicht auf die, die erst entstehen. Die Bundeswehr muß eingesetzt werden können.“⁹⁷ Trotz dieser Bekundung lassen sich Zurückhaltungen bei vergangenen und zukünftigen Einsätzen der deutschen Streitkräfte aus der fehlenden Ausstattung erklären. Die Bundeswehr ist im gegenwärtigen Stadium noch nicht dafür ausgerüstet, sämtliche Aufgaben im Bereich der Krisenreaktion wahrzunehmen.⁹⁸

1996 setzte sich gar schwerpunktmäßig mit den Defiziten in der materiellen Ausstattung auseinander. Die Wehrbeauftragte stellte zum ersten Mal öffentlich die Einsatzfähigkeit von Teilen der Bundeswehr in Frage und wies nachdrücklich auf die Auswirkungen hinsichtlich der Motivation der Soldaten hin: „Meine Befürchtung, daß weitere Kürzungen im Haushalt den inneren Zustand der Bundeswehr beeinträchtigen könnten, hat sich in Gesprächen mit den Soldaten bestätigt. Der schlechte Zustand vieler Fahrzeuge und Geräte sowie das Fehlen selbst geringwertiger Ersatzteile werfen auch die Frage auf, ob unsere Soldaten mangels geeigneten Materials immer auftragsgerecht ausgebildet werden können.“ In: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte 1996: 5, und weiter heißt es (ibid.: 16): „Bei einer längeren Mangelsituation ergeben sich negative Auswirkungen auf die Motivation aller unmittelbar oder mittelbar Betroffenen. Dies ist für den inneren Zustand der Bundeswehr schädlich.“

⁹⁶ Vgl. Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1994: 15f. Das Papier kommt zu einem negativen Gesamturteil hinsichtlich der Ausrüstung der Bundeswehr angesichts der Erfahrungen aus den ersten internationalen Einsätzen: „Die Ausrüstung der deutschen Streitkräfte...war für UN-Einsätze unter tropischen Bedingungen nur eingeschränkt tauglich. Daraus ergaben sich für Vorgesetzte und Untergebene zusätzliche Erschwernisse bei der Durchführung des Auftrages, die nur teilweise durch hohe Erstmotivation und Improvisationsvermögen aufgefangen werden konnten. Mängel in der Ausrüstung führen leicht zu Vertrauensverlust!

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß bei zukünftigen Einsätzen Gerät und Ausrüstung den Anforderungen weitgehend entsprechen. Dies schließt rechtzeitige Verfügbarkeit sowie reichliche Anzahl und Tauglichkeit für die jeweilige Region ein. Motto: Das Beste und genug!“ (ibid.)

⁹⁷ Rühle 1996a: 15

⁹⁸ So ist nach dem Dafürhalten von Clement 1996, 7, „die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr durchaus beeinträchtigt“.

Der Abschluß der hierfür notwendigen Beschaffungsmaßnahmen ist wohl erst im Laufe des nächsten Jahrzehnts zu erwarten.⁹⁹

4.3 Ausbildung

Neben der Anpassungen hinsichtlich Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte bedarf es einer maßgeblichen Erneuerung der Ausbildung der Soldaten, um deren Fähigkeiten an das Anforderungsprofil der neuen Einsatzarten anzugleichen.

Das grundlegende Problem für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ausbildung in der Bundeswehr - und diese Einschränkung gilt im gleichen Maße für die Analyse des Selbst- und Berufsbildes ihrer Soldaten - ist die fehlende empirische Basis.

Es ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich, nachzuvollziehen, inwiefern die Ausbildung tatsächlich den Maßgaben der militärischen Führung entspricht und vorhandene Ausbildungskonzepte umgesetzt werden. Zudem kann kaum überprüft werden, in welchem Maße sich die Ausbildung in den bisherigen Einsätzen bewährt hat und erst recht

⁹⁹ Das BMVg: Ressortkonzept zur Materialplanung 1995: 9, weist auf einen solchen Zeitraum hin: „Die *vordringlichen* Fähigkeiten zur Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der internationalen *Krisenbewältigung* werden *grundsätzlich bis zum Jahr 2000* erreicht“ (Hervorhebung im Original).

Rohde 1996: 159, plädiert offen für eine Zurückhaltung des Engagements der Bundeswehr, um die materielle Basis für solche Einsätze zu schaffen. Er empfiehlt den politischen Entscheidungsträgern, daß „die Übernahme neuer Aufgaben im Rahmen eines internationalen Krisenmanagements zeitlich stärker gestreckt und damit langfristiger angelegt“ sein sollte.

Sehr dramatisch stellt auch der Referent für Rüstung im Führungsstab des Heeres Oberstleutnant Sollorz 1996: 73f., die Ausrüstungssituation im Heer dar: „Die Krisenreaktionsfähigkeit des Heeres soll in drei Schritten erreicht werden, nämlich durch

- Ausstattungs-Grundvoraussetzungen für ein Mindestkontingent
- materielle Voraussetzungen für eine ausgewogene Befähigung zur Aufgabenwahrnehmung dieses Mindestkontingents und
- materielle Voraussetzungen für eine integrierte Krisenreaktion der dafür vorgesehenen Teile des Heeres.

Die angestrebte materielle Grundfähigkeit des Mindestkontingents kann kurzfristig nicht erreicht werden. Dies gilt u. a. auch für die aufgabengerechte persönliche Ausrüstung der Soldaten...Erst bis zum Jahr 2000 werden die dringlichsten Ausrüstungsforderungen erfüllt werden können. Damit verzögert sich zwangsläufig auch die ausgewogene Krisenreaktionsfähigkeit. Wesentliche Ausrüstungsdefizite bleiben selbst bis in die Jahre weit nach 2000 bestehen...Auch mit der eindeutigen Schwerpunktfestlegung (auf die Krisenreaktion, d. Verf.) innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre ist die aufgabengerechte, alle Ausstattungsbereiche betreffende, ausgewogene Ausrüstung des Heeres nicht zu erreichen...Diese Entwicklung gefährdet den Bestand des Heeres als Gesamtsystem.“

nicht, ob sie den kommenden Herausforderungen gerecht wird.¹⁰⁰ Dennoch können die Änderungen in der Ausbildung im Rahmen dieser Arbeit keineswegs außen vor bleiben. Diese Feststellung gilt auch uneingeschränkt hinsichtlich der Modifikationen im Soldatenbild der Armee. Deshalb stützt sich dieser Teil der Studie eher auf theoretische Entwürfe, wie sie von der Wissenschaft und von den Streitkräften selbst vorgelegt wurden. Eine Bestandsaufnahme ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur mit Einschränkungen möglich, aber hinsichtlich künftiger Einsätze trotzdem unablässig.

Von den Veränderungen in der Ausbildung sind sowohl die Hauptverteidigungskräfte als auch die Krisenreaktionskräfte betroffen, wobei bei letzteren der größere Umstellungsbedarf besteht.¹⁰¹

Die Verkürzung der Grundwehrdienstdauer auf 10 Monate verlangt aber auch Umstellungen in den Truppenteilen, die primär zur Landes- und Bündnisverteidigung vorgesehen sind: den Hauptverteidigungskräften. Deren Hauptaufgabe liegt in Friedenszeiten in der Ausbildung von Wehrpflichtigen, die generell in diesen Einheiten ihren Wehrdienst ableisten. Dabei sieht die Bundeswehrkonzeption vor, daß die Soldaten bei ihrer Entlassung einen Ausbildungsstand erreichen, der es im Falle einer Mobilmachung erlaubt, sie innerhalb weniger Wochen durch Auffrischung ihrer Kenntnisse zur Landes- und Bündnisverteidigung zu befähigen. Der Grundwehrdienstleistende erwirbt in seiner aktiven Dienstzeit nicht mehr alle soldatischen Fertigkeiten, sondern nur ein Mindestmaß an militärisch notwendigem Rüstzeug. Die Ergänzung und Vertiefung dieser Fertigkeiten ist erst für den Spannungsfall vorgesehen. Die damit einhergehende Senkung des Ausbildungsniveaus wird mit der verbesserten sicherheitspolitischen Lage gerechtfertigt. Daß eine solche Maßnahme nicht ohne Kritik aus den Reihen der Militärs bleiben kann, ist offenkundig. Truppenführer aus den Hauptverteidigungskräften bemängeln

¹⁰⁰ Mit dieser Problematik sieht sich auch die Arbeit von Busch 1997 konfrontiert. Deshalb können in diesem Kontext nur Schilderungen der Ausbildungskonzepte der Bundeswehr (Hausbeck 1995; Morack 1993; Möller 1995; Rieger 1996) und Erfahrungsberichte über bisher absolvierte Einsätze (Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1994; Fraps/Fritz 1995; Harff/Seidenspinner 1995) herangezogen werden. Bei diesen Texten ist daher im besonderen Maße mit zu beachten, daß sie entweder die Idealvorstellungen der militärischen Führung widerspiegeln oder für eine größere Öffentlichkeit bestimmte Mängelberichte sind.

¹⁰¹ Ein schematischer Überblick über die Ausbildung in den HVK und KRK findet sich in Möller 1995. Der Autor legt die Ausbildungsziele und -inhalte detailliert dar und macht die Unterschiede zwischen diesen Verbänden deutlich. Die Gesamtproblematik, die mit der Umstellung der Ausbildung in den Streitkräften verbunden ist, zeigt Kirchbach 1994 auf.

den durch die Verkürzung der Wehrdienstzeit viel zu knapp bemessenen Ausbildungszeitraum, der durch andere Faktoren noch weiter beschränkt werde. Der sich daraus ergebende Ausbildungsmangel der Soldaten störe den geregelten Ablauf in der Truppe, argumentieren diese Kritiker und führe zu einer Demotivierung der für die Ausbildung zuständigen Vorgesetzten.¹⁰² Neben den als Zurückstufung empfundenen Einschnitten in der Struktur und der Ausrüstung ihrer Einheiten, kann gerade die nur noch unvollständige Ausbildung in den Hauptverteidigungskräften als Beleg für die These von der Zwei-Klassen-Armee gelten. Einigkeit herrscht in der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr darüber, daß eine weitere Reduzierung der Wehrdienstzeit, wie sie zur Einhaltung der Wehrgerechtigkeit durchaus angedacht wird, nicht mehr möglich ist. Eine nochmalige Verkürzung der Dienstzeit stellt die Wehrpflicht selbst in Frage.¹⁰³

Während die Hauptverteidigungskräfte die Ausbildung der Wehrpflichtigen für den Fall der Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten haben, sind die Krisenreaktionskräfte angehalten, ihre Soldaten auf das gesamte Aufgabenspektrum der Bundeswehr vorzubereiten. Dieses schließt selbstverständlich die Fähigkeiten zur Verteidigung mit ein. Aber gerade die neuen Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder einer anderen internationalen Organisation erfordern Kenntnisse, die weit über das bisher notwendige soldatische Rüstzeug hinaus gehen.

Da der neue Bundeswehrauftrag eine Spannweite von Einsatzoptionen vorsieht und nicht mehr den einen, einzig denkbaren Ernstfall, muß auch die Ausbildung flexibler und breiter gestaltet werden. Es gibt nicht mehr die *eine* Rolle, der der Soldat im Einsatz gerecht werden muß. Neben seinem klassischen Auftrag als Kämpfer in der Landes- und Bündnisverteidigung treten andere Pflichten als Helfer, Retter und Beschützer.¹⁰⁴

¹⁰² In dem Jahresbericht der Wehrbeauftragten 1996: 13f., sind die diesbezüglichen Klagen aus der Armee dokumentiert.

¹⁰³ Solche Bedenken äußern etwa Bagger 1997: 15, und Willmann 1997b: 8.

¹⁰⁴ Auf die damit einhergehenden Ambivalenzen und mögliche Wege, mit den sich ergebenden Spannungen umzugehen, verweist Roysl 1997: bes. 81 - 89.

Daß diese Funktionen nur in der Theorie klar voneinander zu unterscheiden sind, zeigt die Praxis der UN-Einsätze, in denen es oftmals zu einer Involvierung der eigentlich unparteiischen UN-Truppen in das Kampfgeschehen kommt. Durch diese gewissen Situationen inhärenten Unübersichtlichkeiten muß Flexibilität von Denken und Handeln und die Fähigkeit, sich auch in unerwarteten Lagen zurechtzufinden, an erster Stelle der Ausbildung stehen. Aber auch die Ausbildung selbst muß flexibel angelegt sein, da teilweise auch kurzfristig nicht abzusehen ist, in welcher Region und unter welchen Rahmenbedingungen ein Soldat zum Einsatz kommt. Denn dieses ist ein kennzeichnendes Merkmal der Krisenreaktion.¹⁰⁵

Dennoch gibt es einen Katalog von standardisierbaren Fähigkeiten, die den Bundeswehrsoldaten zu vermitteln sind. Die bisher erfolgten Einsätze verdeutlichten überdies vorhandene Defizite und führten zu Nachbesserungen in der Ausbildung.

An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang die physische Verfassung zu nennen. Da die Einsätze neuer Art unter teilweise ungewohnten und strapaziösen klimatischen Bedingungen stattfinden und die erhöhte psychische Spannung zusätzlich belastend auf den Organismus wirkt, ist es unabdingbar, daß der Soldat seine körperliche Leistungsfähigkeit optimiert. Immer neue Erlasse der militärischen Führung zeigen einerseits die anhaltenden Defizite auf diesem Gebiet und andererseits das Unvermögen der dafür Verantwortlichen, diese zu beseitigen.¹⁰⁶ Die Herstellung der für die voraussehbaren Einsätze notwendigen körperlichen Fitneß bleibt jedoch unabdingbar.

¹⁰⁵ Die UN-Lehrgänge an der Infanterieschule in Hammelburg widmen sich diesem Gesichtspunkt. Harald Morack 1993, stellt den Verlauf der ersten dort abgehaltenen Lehrgänge dar. Des weiteren verweist der Verfasser auf grundlegende Fähigkeiten, die im Rahmen der Krisenreaktion gefordert sind. Vgl. zu diesem Aspekt und anderen grundlegenden Eigenheiten der Krisenreaktion die Ausführungen von Bernhardt 1995.

¹⁰⁶ Der Aufsatz von Rieger 1996 stellt das Ausbildungsprogramm (AMILA = Allgemeines Militärisches Ausdauertraining) im Heer zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit vor. Dieser Befehl sieht sowohl tägliche Ausdauerläufe als auch mehrere Märsche innerhalb eines Jahres vor. Zur Kontrolle des Leistungsstandes sind mehrere Tests vorgesehen (u. a. Deutsches Sportabzeichen und Physical Fitness Test). Das Ziel dieser Anweisung ist es, die Ausdauer der Soldaten zu erhöhen. Als Beleg für die körperlichen Unzulänglichkeiten vieler Soldaten führt Rieger 1996: 540, die Tatsache an, daß Anfang der neunziger Jahre die Hälfte aller Berufs- und Zeitsoldaten des Heeres die Bedingungen des Deutschen Sportabzeichens nicht erfüllten.

In mehreren Berichten über die ersten Bundeswehreinsätze seit Anbeginn der neunziger Jahre betonen die dafür verantwortlichen militärischen Führer stets die herausragende Bedeutung der Beherrschung des soldatischen Handwerks. Hierunter fallen für eine Armee nicht nur typische, sondern eigentlich auch selbstverständliche Dinge wie die Handhabung der Waffen, die Fähigkeit zum gekonnten Gebrauch derselben, die Einhaltung von Ordnung und Disziplin und des Prinzips von Befehl und Gehorsam.¹⁰⁷ Harff und Seidenspinner wollen die soldatischen Fähigkeiten der militärisch Untergebenen geradezu auf diese Eigenschaften begrenzen. Der Rest liege in der Verantwortung der politischen und militärischen Führung, der ein Höchstmaß an Vertrauen entgegenzubringen sei, so die beiden Offiziere.¹⁰⁸ Diese Auffassung mag zwar für die Praxis in einigen Kampftruppen - v. a. in den leichten - genügen, reicht in komplexer strukturierten und funktionierenden Truppenteilen jedoch nicht aus. Dort sind die Fähigkeiten von Spezialisten für einen geregelten Ablauf fast ebenso wichtig wie das Können der Vorgesetzten.¹⁰⁹

¹⁰⁷ In diesem Sinne äußert sich auch Naumann 1994: 191: „Was den neuen Auftrag angeht, einen Beitrag zu UN-Einsätzen zu leisten, zeigen die Erfahrungen unserer Verbündeten, daß eine auf den klassischen Verteidigungsauftrag ausgerichtete Ausbildung selbst für Blauhelmeinsätze die beste Vorbereitung darstellt.“

¹⁰⁸ Vgl. Harff/Seidenspinner 1995. Die beiden Autoren waren verantwortliche militärische Führer während des Einsatzes in Belet Huen. Sie entstammen beide der Fallschirmjägertruppe. Im Gegensatz zu Harff und Seidenspinner betont Hausbeck 1995, daß die neuen Einsatzarten keine Reduzierung, sondern eine enorme Ausweitung der soldatischen Fähigkeiten verlangen. Vgl. auch die Schlußfolgerungen von Busch 1997.

¹⁰⁹ Auch nach Auffassung des Generalinspektors Bagger 1996: 14, muß sich die Ausbildung auf neue Herausforderungen einstellen. Es genüge heute nicht mehr, das soldatische Handwerk zu vermitteln und an Befehl und Gehorsam zu appellieren: „Auch wenn ich grundsätzlich mit der Ansicht übereinstimme, daß eine Ausbildung für den Krieg eine gute und ausreichende Grundlage für die Krise ist, sehe ich doch das Erfordernis, daß wir Soldaten uns innerlich auf qualitativ neue Herausforderungen einzustellen haben:

- gilt im Krieg der Grundsatz, an entscheidender Stelle größtmögliche Überlegenheit zu erzielen und den Gegner zu schlagen, wäre dies im Bereich der Krisenbewältigung kontraproduktiv, - ist hier eher zu „deeskalieren“ und als „Berater“ aufzutreten;
- standen wir früher als NATO-Partner Seite an Seite gegen einen gemeinsamen Gegner, ist heute in der Krisenbewältigung die Lage viel komplexer. Einsatzräume in und Verbündete aus den verschiedensten Kulturen oder unterschiedliche nationale Interessen verlangen ein grundlegend anderes Konzept;
- Gegnerschaft weicht Unparteilichkeit, Abschreckung der Vertrauensbildung und Überraschung der Transparenz.

Damit ergibt sich ein anderes Anforderungsprofil der Bundeswehr als früher; es ist breiter, vielfältiger und abgestufter als unter den Bedingungen der eindimensionalen Bedrohung in der Zeit der Ost-West-Konfrontation.“

Einen Schwerpunkt legt die Bundeswehr in der einsatzvorbereitenden Ausbildung auf die Auffrischung und Vertiefung sanitätsdienstlicher Kenntnisse.

Da in den Einsatzgebieten nicht immer mit unmittelbarer fachmedizinischer Versorgung - etwa auf Transportfahrten - gerechnet werden kann, gewinnt die Selbst- und Kameradenhilfe an Bedeutung. Die Gewißheit, im Falle von Verletzungen entsprechend versorgt zu werden, ist unabdingbare Voraussetzung für die Motivation der eingesetzten Soldaten.¹¹⁰

Die benannten Fähigkeiten werden zumeist in der Stammeinheit der Soldaten ausgebildet und vor einem bevorstehenden Einsatz nochmals intensiviert. Die Vermittlung der darüber hinaus notwendigen Kenntnisse findet schwerpunktmäßig im Ausbildungszentrum der Bundeswehr in Hammelburg statt. Dieses ist der Infanterieschule angeschlossen und wurde 1993 mit der Unterstützung von Soldaten anderer Streitkräfte, die schon Erfahrungen mit UN-Einsätzen hatten, aufgebaut. Am Ausbildungszentrum werden sowohl Lehrgänge mit allgemeinerem Inhalt als auch eine vorbereitende Ausbildung für konkrete Einsätze durchgeführt.¹¹¹ Mittlerweile bieten auch die Truppenschulen und andere Einrichtungen der Militärischen Grundorganisation Lehrgänge an, die sich den neuen Einsätzen widmen.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die psychischen Belastungen der Soldaten gelegt. Die Einsätze erfolgen in einem unbekanntem Land, mit einer häufig unbekanntem Kultur und anderen Religionen und Sitten. Es muß deshalb integraler Bestandteil jeder vorbereitenden Ausbildung sein, dem Soldaten einen ersten Einblick in die Gewohnheiten und Eigenheiten des Einsatzlandes zu bieten. Zumindest über die Grundkenntnisse der Landessprache sollte er verfügen können. Dennoch werden sich im Einsatz immer wieder Situationen auftun, in denen es zu Verständigungsschwierigkeiten kommt, die die Durchführung von Aufträgen enorm erschweren. Kommunikationsprobleme ergeben sich jedoch nicht nur mit den Einheimischen, sondern oftmals auch mit den Angehörigen anderer Streitkräfte. Daher strebt die Bundeswehr sowohl für Offiziere als auch für Unteroffiziere eine Vertiefung der englischen Sprachkenntnisse an.

¹¹⁰ Vgl. hierzu die Ausführungen von Oberfeldarzt Schoeps 1996.

¹¹¹ Bucher 1995 legt in seinem Aufsatz detailliert die Struktur, Aufgaben und Geschichte dieses Ausbildungszentrums dar. Ferner werden einzelne UN-Lehrgänge vorgestellt.

Aber nicht nur über den kulturellen Hintergrund und die Sprache des Einsatzlandes muß der Soldat Informationen erhalten, sondern besonders über die politischen Rahmenbedingungen seines Einsatzes. Hierzu gehört das Wissen um die Entwicklung des Konflikts, die Aufgaben des eingesetzten Verbandes und der Bundeswehr im speziellen. Nur wenn sich der Soldat über seinen Auftrag bewußt ist und die Konsequenzen seines Verhaltens und besonders die eines eventuellen Fehlverhaltens abzuschätzen weiß, ist er fähig, lagegerecht zu handeln.¹¹² Die oftmals komplexe Stellung des Soldaten als unabhängiger Schiedsrichter und Puffer in einer Konfliktsituation verlangt nicht nur den perfekt ausgerüsteten und ausgebildeten Kämpfer, sondern im viel höheren Maße den politisch denkenden Soldaten, der mit seinem Verhalten einer Eskalation entgegenwirkt. Er muß in der Lage sein zu entscheiden, wann er seine militärischen Mittel einsetzt und wann es geeigneter erscheint, durch Verständigung und Kooperation zum gewünschten Ergebnis zu gelangen. Die bisherigen Einsätze zeigen, daß zumeist die Verbindung von beidem notwendig ist, um den vorgegebenen Auftrag zu erfüllen. In der Ausbildung muß folglich neben die Vermittlung klassischer soldatischer Kenntnisse auch die von nichtmilitärischen Fähigkeiten treten, als da wären soziale Kompetenz, Dialogbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick u. ä.¹¹³

Da es vermessen wäre, solche Eignungen von jedem Soldaten zu erwarten, liegt die Verantwortung im noch stärkeren Maße als früher bei der militärischen Führung. Folglich muß die Ausbildung des Führungspersonals den Schwerpunkt bilden. In etlichen Äußerungen haben sich sowohl der Bundesminister der Verteidigung als auch die zuständigen Generale zur besonderen Verantwortung der Vorgesetzten bekannt und diese eingefordert.¹¹⁴

¹¹² Auf die Rolle von UN-Soldaten in Konflikten und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die Bundeswehr hebt die Studie von Busch 1997 ab. Der Autor betont ebenfalls die Notwendigkeit, daß zumindest Grundkenntnisse der jeweiligen Landessprache vorhanden sein sollten. Gerade zur Deeskalation von Konfliktsituationen sei Kommunikationsfähigkeit unablässig.

¹¹³ Diese Aufzählung ließe sich hier noch erweitern. Die konkret verlangten Fähigkeiten sind einsatzspezifisch. Daß aber die Verbindung von traditionellem soldatischem Können und nicht-militärischen Qualifikationen unabdingbar ist, betont bes. Busch 1997: 13 - 17. In diesen Passagen finden sich auch Bekenntnisse führender Militärs zu dieser Notwendigkeit. Vgl. auch Royl 1997.

¹¹⁴ Sich ähnelnde oder teilweise identische Bemerkungen hierzu finden sich in Harff/Seidenspinner 1995; Kirchbach 1994; Möller 1995; Naumann 1995; Rühle 1997a; Willmann 1997b.

Gerade die Notwendigkeit, im Rahmen der neuen Einsatzarten mit einer größeren Ungewißheit umzugehen und hohe Flexibilität zu zeigen, rechtfertigt diese Konzentration auf die Führeraus- und Führerweiterbildung.¹¹⁵

Die militärischen Vorgesetzten sind auch besonders in die Verantwortung genommen, wenn es um die psychischen Belastungen im Gefolge eines Einsatzes geht. Nicht nur die lange Abwesenheit des Soldaten von seiner angestammten Umgebung, die fehlende Nähe seiner Familie und das unbekannte Umfeld können sich negativ auf seine Motivation auswirken, sondern auch die aus Ungewißheit hervorgehende Furcht, die prägend ist für den Verlauf militärischer Aktionen. Am Zentrum Innere Führung finden deshalb spezielle Lehrgänge statt, die sich mit möglichen Extremsituationen eines Einsatzes auseinandersetzen. In diversen Publikationen dieser Einrichtung werden Thematiken wie Tod, Verwundung, Geiselhaft und Gefangenschaft problematisiert.¹¹⁶ Ziel einer solchen Ausbildung muß es sein, den Soldaten in mögliche Szenarien einzuweisen. Die Wahrscheinlichkeit, daß der einzelne in einer bestimmten Situation die richtige Entscheidung trifft, steigt mit dem Grad der Vertrautheit im Umgang mit den Gegebenheiten. Da jedoch eine umfassende, alle Eventualfälle umschließende Ausbildung nicht nur aus Zeitgründen undenkbar ist, gilt es um so mehr, die Flexibilität und Improvisationsfähigkeit der militärischen Führung zu schulen. Diese ist auch verantwortlich für die Motivation der Soldaten.

Die Durchführung eines Auftrages ohne entsprechende Motivation der betroffenen Soldaten ist schlicht nicht denkbar. Ein Schwerpunkt der Ausbildung und Vorbereitung hat sich also der Aufgabe zu widmen, den Soldaten die Sinnhaftigkeit ihrer Mission bewußt zu machen. Diesem Gebiet kommt heutzutage erhöhte Bedeutung zu, da im Gegensatz

¹¹⁵ Daß mit den neuen Einsatzarten besonders die militärischen Führer in die Verantwortung gerufen sind, betont auch das Weißbuch 1994: 140: „Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, vor allem der Einsatz im Rahmen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen, erfordert eine neuartige Ausbildung. Diese Einsätze stellen größte Anforderungen an die körperliche Belastbarkeit, an die geistig-seelische Durchhaltefähigkeit in extremen Situationen und an die diplomatisch-sozialen Fähigkeiten der Soldaten, besonders des Führungspersonals.“

¹¹⁶ So die beiden Schriften des Instituts: Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1996b und dass. 1996c. Im Vorwort zur Broschüre „Umgang mit Verwundung und Tod im Einsatz“ heißt es: „Innere Führung im Einsatz erfordert die geistige Vorbereitung auf bisher eher ungewohnte Themen.“ Diese Aussage legt die Vermutung nahe, daß durch die lange Friedenszeit und den Nichteinsatz deutscher Streitkräfte gewisse Wirklichkeiten, die essentiell mit dem Soldatenberuf verbunden sind, verdrängt wurden. Erst die Möglichkeit, tatsächlich als Soldat in Kampfhandlungen verwickelt zu werden, veranlaßt viele Bundeswehrangehörige, sich mit den spezifischen Risiken ihres Berufs auseinanderzusetzen.

zur Situation im Kalten Krieg der Legitimationsdruck für Militäreinsätze gestiegen ist. Zur Zeit der Bedrohung durch das Militärbündnis des Warschauer Paktes genügte häufig ein Verweis auf das allgemein anerkannte Kriterium der Selbstverteidigung, um die notwendige Überzeugung in die Richtigkeit des Bundeswehrauftrages zu gewährleisten.

Da die politischen Rahmenbedingungen bei den kommenden Einsätzen nicht mehr so simpel strukturiert und zu vermitteln sind, kommt auch unter diesem Gesichtspunkt der politischen Aufklärung über die Hintergründe einer Bundeswehrmission erhöhte Relevanz zu. Dabei gilt es, das Wissen in der Truppe durch politische Bildung zu fundieren. Da die Soldaten letztlich mit ihrem Leben für die Durchsetzung eines politischen Mandats einstehen, ist die Führung der Bundeswehr ihnen gegenüber in der Pflicht, darzulegen, warum sie in einen möglichen Konflikt involviert werden sollen. Eine Praxis, die kritische Anmerkungen von Soldaten mit dem Hinweis auf den Gehorsam und die Pflicht zum treuen Dienen abtut, erweist sich in diesem Zusammenhang sicherlich als unangebracht und kontraproduktiv. Vielmehr steht die militärische und politische Führung ihren Untergebenen gegenüber immer wieder vor der Aufgabe, den Zweck ihres Einsatzes zu überprüfen und zu belegen.¹¹⁷ Nur so kann die Motivation der Soldaten aufrechterhalten werden.

Zum andern ist für diese Motivation auch das Meinungsbild in der bundesdeutschen Öffentlichkeit entscheidend. Nur wenn der Soldat sicher sein kann, daß der Großteil der Bevölkerung seinen Einsatz für gerechtfertigt hält, kann er auch selbst Vertrauen in die Richtigkeit seines Auftrages entwickeln. Deshalb betont die politische Führung der

Bundeswehr auch unentwegt die Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Kon-

¹¹⁷ Diese Notwendigkeit betont auch das Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1994b: 18:

„Die politische und militärische Führung kann sich zwar auf Befehl und Gehorsam berufen, steht aber vor jedem Einsatz in der Pflicht, dessen Sinnhaftigkeit zu vermitteln. Die nachgeordneten Vorgesetzten sind in die Lage zu versetzen, in ihrem Bereich Überzeugungsarbeit zu leisten. In der politischen Bildung ist deutlich zu machen, daß derartige Einsätze auch zukünftig zu Kontroversen in Politik und Gesellschaft führen können.“ Im Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1996a: 15, heißt es ebenso eindeutig: „Vielmehr hat der Soldat einen moralischen Anspruch auf Kenntnis der politischen Argumente, die der Einsatzentscheidung zugrunde liegen. Hier liegt der eigentliche Sinn der politischen Legitimation: Der Zweck des Einsatzes ist offenzulegen, die Einsatzziele sind verständlich zu machen. Die öffentlich vorgetragenen Rechtfertigungsargumente mögen nicht jeden überzeugen. Jedoch muß der Soldat, mehr noch als jeder andere Staatsbürger, die Möglichkeit haben, sich mit dem Sinn des Einsatzes auseinanderzusetzen.“

senses über die deutsche Sicherheitspolitik. Darum sucht sie auch die Zustimmung möglichst aller politisch relevanten Parteien im Bundestag.

Mindestens so entscheidend wie der politische Rückhalt ist jedoch die Zustimmung in der Allgemeinheit. Wie oben dargelegt, ist das Meinungsbild in der deutschen Öffentlichkeit zu sicherheitspolitischen Fragen wenig gefestigt.

Deshalb ist die allgemeine Einschätzung zu Einsätzen der Bundeswehr in hohem Maße abhängig von dem Meinungsbild, das über die Medien verbreitet wird. Die Bundeswehr hat diese Konstellation rasch erkannt und legt in ihrer Ausbildung einen Schwerpunkt auf den geübten Umgang mit den Medienvertretern. Aber nicht nur in der Ausbildung auch im Einsatz ist die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit von höchster Priorität.¹¹⁸ Dies erscheint aus Sicht der Streitkräfte als gerechtfertigt, da sie in politisch sehr sensitiven Konflikten zum Einsatz kommen.¹¹⁹ Schon kleinste Verfehlungen einzelner und die sich anschließende Aufbereitung in den Medien können die Gesamtkonzeption eines Einsatzes in Frage stellen. Daß dies bisher nicht der Fall war, ist sicherlich einerseits der militärischen Führung vor Ort zu verdanken und andererseits der erfolgreichen Medienarbeit der Bundeswehr. Die Schlußfolgerung, daß die deutschen Medien die neuen Bundeswehreinätze eher wohlgewogen begleiten, legt auch eine Äußerung des Verteidigungsministers nahe: „Die Bundeswehr ist ein unersetzlicher Faktor der Stabilität und Sicherheit in Europa. Ihr Ansehen ist hoch. Daran haben auch die Medien wichtigen Anteil. Wenn viele im In- und Ausland die Bundeswehr heute mit neuen und freundlichen Augen sehen, dann ist das auch ihr Verdienst.“¹²⁰

¹¹⁸ Oberstleutnant Saul 1994 zieht in seinem Bericht eine positive Bilanz der Pressearbeit während des Einsatzes in Somalia. Er streicht die „vertrauensbildende Funktion“ (ibid.: 53) der Medienarbeit heraus und weist auf den inneren Zusammenhang von Öffentlichkeitswirkung und soldatischer Motivation hin: „Hinzu kam zunächst überraschend, dann selbstverständlich die erheblichen und ohne Umschweife vorgebrachten Wünsche der in Somalia eingesetzten Einheiten. Sie erwarteten, daß ihre Leistungen über die regionalen Medien ihrer Gemeinde zur Kenntnis gelangten. Zu diesem natürlichen und deshalb sympathischen Selbstdarstellungsdrang der Soldaten kam der wohlbegründete Führungswille der zuständigen Vorgesetzten hinzu, die den besonderen Einsatz ihrer Soldaten durch Presseveröffentlichungen gebührend gewürdigt wissen wollten. Tatsächlich bedeutete dann ein Artikel in der Heimatzeitung einen Motivationsschub“, ibid.

¹¹⁹ Auf den engen Zusammenhang von soldatischer Motivation, politischem Konsens über Bundeswehreinätze, öffentlichem Meinungsbild und Pressearbeit der Streitkräfte macht in einem durchdachten Aufsatz Hausbeck 1995 aufmerksam. Dieser Text trägt den programmatischen Titel „Soldat, Botschafter, Öffentlichkeitsarbeiter“.

¹²⁰ Rühle 1997c: 504. Dieses Zitat stammt aus einer Rede des Verteidigungsministers auf dem Forum „Bundeswehr und Gesellschaft“, das von der Zeitung „Welt am Sonntag“ veranstaltet wurde.

Diese Zufriedenheit des Verteidigungsministers scheint angesichts des gegenwärtigen Bildes der Bundeswehr gerechtfertigt, aber die Probe aufs Exempel steht den Streitkräfte und der Politik noch bevor. Es bleibt abzuwarten, ob die Berichterstattung der Medien positiv bleibt, wenn die deutschen Streitkräfte in einen robusteren,¹²¹ mit Opfern verbundenen Einsatz ziehen. Auch die Reaktion der bundesdeutschen Bevölkerung angesichts einer solchen Entwicklung wird wohl nicht mehr von dem gleichen Maß an Gleichgültigkeit geprägt sein, das sie gegenwärtig der Armee und ihren Aktivitäten entgegenbringt. In einem solchen Fall wird auch das Selbstbild der Soldaten auf eine erste, ernsthafte Probe gestellt.

4.4 Selbstverständnis und Traditionsbildung

4.4.1 Das Soldatenbild in den deutschen Streitkräften

Das Berufsbild des Soldaten und sein Selbstverständnis bedürfen durch die neuen Aufgaben und die ersten Einsätze der Bundeswehr einer Umgestaltung. Diese Notwendigkeit skizzieren schon die Verteidigungspolitischen Richtlinien. Unter der Überschrift „Leitbild und Selbstverständnis des Soldaten“ ist dort zu lesen:

„Die Soldaten der Bundeswehr müssen in ein neues Selbstverständnis hineinwachsen, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. Im Zentrum des soldatischen Leitbildes steht weiterhin der Wille, Deutschland zu schützen und dazu notfalls auch sein Leben einzusetzen. Unsere Soldaten müssen künftig aber auch bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen. Sie sollen mit derselben Tatkraft und Tüchtigkeit, mit der sie ihre Kampfaufträge durchführen, zur internationalen Kooperation, zur Hilfe und zur Rettung fähig sein. Soldatische Professionalität muß sich dazu an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren, unter denen Soldaten künftig ihren Dienst leisten werden. Dieser notwendige Anpassungsprozeß stellt eine erhebliche Herausforderung dar - mit Blick auf Führung, Ausbildung und Erziehung. Unter allen Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, ist die geistige Auseinandersetzung mit den revolutionär veränderten Bedingungen für unsere Sicherheit von besonderem Gewicht.“¹²²

¹²¹ Diesen Ausdruck wählen Militärs häufig, wenn sie verdeutlichen möchten, daß bei militärischen Aktionen Soldaten ihr Leben lassen.

¹²² Verteidigungspolitische Richtlinien 1992: 33f., vgl. auch Weißbuch 1994: 137. Oskar Hoffmann 1993: 106, spricht gar von einem neuen Typ von Soldaten, ähnlich auch Hundt 1994: 122.

Diese Einschätzung läßt bewußt werden, wie grundsätzlich sich die Aufgabe und Rolle der bundesdeutschen Soldaten innerhalb kürzester Zeit verändert haben. Die Legitimationsbasis und der Bezugsrahmen für den Gebrauch militärischer Gewalt sind nicht mehr dieselben. Im Kalten Krieg konnte auf die Bedrohung der Heimat durch ausländische Armeen verwiesen werden. Die Verteidigung der Bundesrepublik als Notwehrreaktion auf einen Angriff war Begründung für die Existenz der Bundeswehr. Dieses Selbstverständnis reicht heute nicht mehr aus. Zwar wird weiterhin von der Bundeswehrführung die Landesverteidigung als Kernaufgabe bezeichnet. Tatsächlich sind aber andere Einsatzarten aufgrund der sicherheitspolitischen Lage wahrscheinlicher. Da diese Einsätze nicht mehr der Abwehr eines Angriffes auf die Bundesrepublik dienen, braucht es eine andere Form der Rechtfertigung militärischer Aktionen. Führende Politiker und Militärs verweisen darauf, daß durch den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Krisenbewältigung nicht mehr nur deutsche Interessen vertreten werden.¹²³ Damit wird der Soldatenberuf auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Es ist fraglich, ob die Logik, daß bundesdeutsche Soldaten mit ihrem Leben für das Wohl anderer Völker eintreten, tatsächlich schon in letzter Konsequenz in das Bewußtsein von Politik, Öffentlichkeit und Truppe gelangt ist. Auf jeden Fall erhöht sich mit den neuen Aufgaben der Legitimationsdruck auf die politische Führung. Die Soldaten haben ein Recht darauf zu

¹²³ So formuliert Verteidigungsminister Rühle 1993b: 6, in Anlehnung an die Verteidigungspolitischen Richtlinien: „Unsere Soldaten müssen künftig aber auch bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen.“ Ebenso wie dieses Zitat ist der Aufsatz von Arentz/Westphal 1994 deutlich von der Debatte um die Teilnahme der Bundeswehr an UN-Missionen geprägt. In ihren Ausführungen klagt das Autorenpaar den „Weltbürger in Uniform“ als Weiterentwicklung des „Staatsbürgers in Uniform“ (ibid., passim) ein. Diese Charakterisierung korrespondiert mit der vermeintlichen Rolle der Vereinten Nationen als Weltpolizist. In der Rückschau wird deutlich, daß sich diese Hoffnungen nicht realisiert haben: Die Armeen bleiben trotz zunehmender Zusammenarbeit und Integration weiterhin Symbol nationalstaatlicher Souveränität. Die Soldaten der Bundeswehr dienen zuvörderst der Durchsetzung nationaler Interessen und sind nicht „Inkarnation bundesdeutscher Verantwortung in der internationalen Politik“ (ibid.: 44) und erst recht nicht „bewaffnete Sozialarbeiter in globaler Mission“, so von Bredow 1995: 21.

erfahren, weshalb und zu welchem Zweck sie mit ihrem Leben für ein bestimmtes politisches Konzept eintreten sollen.

In diesen Kontext gehört auch die Auseinandersetzung um die Frage nach der weiteren Gültigkeit des Dienstestes. Diese verdeutlicht, daß es anfangs auch innerhalb der Streitkräfte durchaus einen Dissens um eine Erweiterung der Streitkräfteaufgaben gab.

Hierbei ging es um die Frage, ob die Eidesformel den geänderten Rahmenbedingungen noch Rechnung trage.¹²⁴ Diejenigen, die diese Frage verneinten, verlangten nach einer neuen Formel. Nach ihrer Auffassung habe sich die Geschäftsgrundlage für das soldatische Tun geändert. Zum Zeitpunkt ihrer Verpflichtung als Zeit- oder Berufssoldat wäre lediglich von Landes- und Bündnisverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr die Rede gewesen. Da sich der Auftrag massiv geändert habe, bedürfe es einer modifizierten Eidesformel, so die Kritiker.¹²⁵ Die Bundeswehrführung hat sich dazu entschlossen, diese Änderung nicht vorzunehmen, sondern hat sich auf die Pflicht des Soldaten zur Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn berufen.¹²⁶ Die Tatsache, daß bisher nur wenige Soldaten die Verwendung in einem Einsatz außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung verweigert haben, unterstützt die Position der Bundeswehrführung.¹²⁷ Tatsächlich handelte es sich bei der Auseinandersetzung um die Erweiterung der Eidesformel um eine Scheindiskussion. Dahinter stand die tieferliegende Frage nach der Akzeptanz des neuen Auftrages. Als Beleg für diese These kann gelten, daß die Diskussion um die Änderung der Eidesformel in dem Moment abbrach, als durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes juristische Klarheit herrschte und sich auch

¹²⁴ Einen Überblick über diese, heute abgeschlossene Debatte gibt Günter 1994. Die Eidesformel lautet: „Ich gelobe (für Wehrpflichtige, für Zeit- und Berufssoldaten: ich schwöre), der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“ Der letzte Halbsatz ist nicht zwingend notwendig.

¹²⁵ Vgl. Hoffmann 1993: 101ff., der diese Argumentation auch mit Zitaten von Betroffenen weiter ausbreitet.

¹²⁶ Vgl. die Begründung in BT: Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1996: 13.

¹²⁷ Laut Auskunft der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Grünen (ibid.) zeigten sich bisher sechzehn Berufs- oder Zeitsoldaten nicht bereit, an Einsätzen im Rahmen des erweiterten Aufgabenspektrums teilzunehmen. Diese Zahl schlüsselt sich wie folgt auf:

- sechs Offiziere,
- zwei Unteroffiziere mit Portepee,
- fünf Unteroffiziere ohne Portepee,
- drei längerdienende Mannschaften.

der politische Wille zur Erweiterung des Einsatzspektrums deutlich herauskristallisierte.¹²⁸

Durch die veränderte deutsche Sicherheitspolitik und die neuen Aufgaben der Streitkräfte werden nunmehr *Einsätze für die Bundeswehr zur Realität*. Deren Soldaten müssen fernab der Bundesrepublik mit ihrem Leben für ein politisches Konzept eintreten, während in ihrer Heimat Frieden herrscht. Diese Konstellation unterscheidet sich prinzipiell von der des Kalten Krieges. Der einzig realistische Einsatzfall war derjenige einer militärischen Zuspitzung der Ost-West-Konfrontation. Wäre dieses Szenario tatsächlich eingetreten, wäre mit höchster Wahrscheinlichkeit die gesamte Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden. Durch das Vorhandensein von nuklearen Waffensystemen und im Sinne eines totalen Krieges wäre eine Eindämmung der Auseinandersetzungen auf die Angehörigen der jeweiligen Streitkräfte kaum möglich gewesen. Eine solche Einschränkung war nach dem Prinzip der gegenseitigen Abschreckung auch gar nicht gewollt. Somit wären im Falle militärischer Feindseligkeiten sowohl die bundesrepublikanische Zivilbevölkerung als auch die Bundeswehrsoldaten in den militärischen Konflikt involviert gewesen. Diese Konsequenz war letztlich Ausfluß der inneren Logik der Blockkonfrontation. Da aber die Wahrscheinlichkeit einer solchen Auseinandersetzung durch das Funktionieren des nuklearen Gleichgewichts als eher gering wahrgenommen wurde und andere Einsätze der Bundeswehr politisch nicht gewollt waren, wurde für die deutschen Streitkräfte der Frieden zum Ernstfall. Diese Ausgangssituation hat sich fundamental gewandelt. Mit den ersten Auslandseinsätzen wird der Einsatzfall real. Während die Bevölkerung der Bundesrepublik im Frieden lebt, sind Soldaten der Bundeswehr in Krisengebieten tätig. Sie setzen sich Gefahren aus, die nicht mit denen in ihrer Heimat identisch sind. Die Entscheidung, Soldat zu sein, birgt heutzutage ein individuelles Risiko in sich.¹²⁹

Einige Beobachter vermuten, daß die seit dem Golfkrieg hohen Zahlen der Kriegsdienstverweigerer auf die Tatsache dieses Risikogefälles zurückzuführen sind.¹³⁰ Diese

¹²⁸ Vgl. Günter 1994: 10.

¹²⁹ Dieses Risikogefälle mag auch ein Grund für das Desinteresse der bundesdeutschen Bevölkerung an sicherheitspolitischen Fragen sein: Der Einsatz der deutschen Streitkräfte betrifft nicht mehr alle, sondern nur noch die Soldaten der Bundeswehr. Zudem haben sich diese freiwillig für die Verwendung in Krisen gemeldet. In einer solchen Auffassung liegt die Gefahr der Auseinanderentwicklung von Gesellschaft und Militär.

¹³⁰ Der Anteil der Kriegsdienstverweigerer an der wehrpflichtigen Bevölkerung eines Jahrganges ist mittlerweile so hoch, daß Räder 1994: 4, von einem „Massenphänomen sozialer Normalität“ spricht.

Vermutung korrespondiert jedoch nicht mit der Gegebenheit, daß Grundwehrdienstleistende grundsätzlich nur in den Hauptverteidigungskräften Dienst tun und ausschließlich zur Landes- und Bündnisverteidigung vorgesehen sind. Als Erklärung für die hohen Verweigererzahlen reicht der Hinweis auf das neue Risiko mithin nicht aus. Vielmehr sind die Gründe hierfür in einer gesellschaftlichen Entwicklung zu suchen, die von den Sozialwissenschaften seit etwa zwanzig Jahren unter dem Schlagwort des *Wertewandels* kontrovers diskutiert wird.

In Kürze besagt diese Theorie, die untrennbar mit dem Namen Ronald Inglehart verbunden ist, daß in den Wohlfahrtsstaaten eine Entwicklung hin zu postmateriellen Werten zu erkennen ist. Zu diesen postmateriellen Werten gehören etwa Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Sie sind Ausdruck einer neuen Qualität der Individualisierung. Hervorgerufen wurde diese Entwicklung durch den erhöhten Bildungsstandard und das wirtschaftliche Wohlergehen. Als Konsequenzen ergeben sich eine Abkehr von Organisationen und Kollektiven und ein verstärkter Individualismus. In diesem Zusammenhang muß nicht genauer auf die wissenschaftlichen Kontroversen über dieses Phänomen und seine Erfassung eingegangen werden. Es genügt festzustellen, daß eine Organisation wie die Bundeswehr nicht unberührt von solchen Tendenzen bleiben kann.¹³¹ Die militärische Binnenstruktur ist trotz der Leitlinien der Inneren Führung geprägt von Unterordnung, Uniformität, Kameradschaft, Befehl und Gehorsam und Hintanstellung persönlicher Bedürfnisse.

Daß in einem solchen Kontrast Spannungen zwischen militärischer Tradition und gesellschaftlicher Entwicklung angelegt sind, liegt auf der Hand.¹³² Dennoch bleibt die Frage, inwieweit sich solche potentiellen Konflikte innerhalb der Streitkräfte bemerkbar machen. Vor allem angesichts der neuen Aufgaben sieht Harald Kohr große Probleme bei der Rekrutierung und im inneren Zusammenhalt auf die Truppe zukommen. Denn

Die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer sind gegenwärtig auf hohem Niveau leicht rückläufig. Zur Entwicklung der Zahl der Zivildienstleistenden vgl. Kuhlmann/Lippert 1991b: Kap. 2.

¹³¹ In seinem Buch „Die Bundeswehr der Zukunft. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel“ nähert sich von Bredow dieser Problematik. Nach seinem Dafürhalten ist die Reaktion der Armee auf die gesellschaftlichen Veränderungen als ambivalent zu charakterisieren. Einerseits nehmen gerade die in den Streitkräften beschäftigten Sozialwissenschaftler in zahlreichen Publikationen Stellung zu den Auswirkungen des Wertewandels auf die Streitkräfte, andererseits verweist von Bredow 1995: 41, auf die „recht unwillige Rezeption innerhalb der Bundeswehr“ selbst. Diese fehlende Resonanz auf die von ihnen publizierten wissenschaftlichen Erkenntnisse, führe - so von Bredow - zu einer „wachsenden Frustration unter den Sozialwissenschaftlern der Bundeswehr“, *ibid.*

im erweiterten Aufgabenspektrum sei die Armee auf Soldaten angewiesen, „für die post-traditionale Werte maßgeblich sind, die aber auch im Notfall zum Kämpfen und Töten bereit sind.“¹³³ Diese aus theoretischen Überlegungen gewonnene Einschätzung steht allerdings im Gegensatz zur bisherigen Wirklichkeit der Einsätze. Es sind bis dato keinerlei Zwischenfälle von Bedeutung bekannt, die aus dem aufgezeigten Konfliktpotential herrühren. Mögliche Erklärungen für diesen Umstand sind der vergleichsweise glimpfliche Verlauf bisheriger Einsätze und die Prinzipien der Inneren Führung, die versuchen, den beschriebenen gesellschaftlichen Tendenzen gerecht zu werden, ohne die militärische Effektivität einzuschränken. Ob sich diese Verbindung auch unter realen Kampfeinsätzen bewährt, bleibt abzuwarten. Die bisherigen Erfahrungen sprechen allerdings nicht gegen das Gelingen dieses Unterfangens.

Der Prozeß der Neudefinition des Soldatenberufes wurde im starken Maße mitgeprägt von General Klaus Naumann. In seiner Leipziger Rede vor Kommandeuren der Bundeswehr forderte er einen Umdenk- und Neuorientierungsprozeß in und durch die Truppe.¹³⁴ Für Wolf-Heinrich Krustmann besitzt dieser Vorgang einen „revolutionären Ansatz.“¹³⁵ Zum ersten Mal in der deutschen Militärgeschichte sollte nicht ein Selbstverständnis von oben verordnet werden, sondern die Truppe sollte aktiv an dieser Auseinandersetzung teilnehmen. Nicht zuletzt der Generalinspekteur selbst beteiligte sich mit vielen Wortmeldungen an dieser von ihm initiierten Debatte. In seinem Buch „Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch“ widmet sich der General unter dem Titel „Fähig zu kämpfen und bereit zu helfen“ auch dem Selbstbild des Soldaten.¹³⁶ Der Verfasser betont in seinen Ausführungen die Rückbesinnung auf traditionelles soldatisches Tun und Denken: „... denn wir wissen, daß der Soldat in letzter Konsequenz ein Kämpfer ist“.¹³⁷ Das Insistieren auf konventionellen militärischen Werten wird häufig verknüpft mit dem Hinweis auf die Realität der neuen Einsätze.

Denn in diesen werden Bundeswehrsoldaten mit Zuständen konfrontiert, die für sie fremd sind. Die Schrecken des Krieges werden real. Nicht mehr der Frieden, der Krieg

¹³² Vgl. Kahr 1996: 17. Ekkehard Lippert prägte für diesen Umstand den Begriff vom Wertespagat.

¹³³ Ibid.: 18.

¹³⁴ Vgl. Naumann 1992: 30f.

¹³⁵ Krustmann 1995: 9.

¹³⁶ Vgl. Naumann 1994: S. 200ff.

¹³⁷ Ibid.: 201. Die gleiche Aussage findet sich in dem Satz: „Soldaten schützen durch Kampf und die Fähigkeit, kämpfen zu können und kämpfen zu wollen“, ibid.: 203.

wird zum Ernstfall.¹³⁸ Der Umgang mit Verwundeten, Toten und sonstigen extremen Situationen wird die Soldaten belasten und viele unter ihnen an die Grenzen ihrer körperlichen und seelischen Belastungsfähigkeit bringen: „In Zukunft werden Tod, Verwundung oder sonstige Gefährdungen wie Verschleppung und Folter Risiken sein, auf die sich der Soldat wieder mehr als bisher innerlich einstellen muß. Auch hat er vorbereitet zu sein, andere Menschen zu töten und das Sterben und Leiden von Kameraden mitanzusehen zu müssen.“¹³⁹ Diese Aussage zeigt symptomatisch die Art und Weise, wie die Bundeswehr intern, aber auch nach außen, darum bemüht ist, diese Realität ihren Soldaten und der Öffentlichkeit näherzubringen. Die Sprache versucht, zukünftige Gefahren zu benennen - und dies äußerst konkret.

Diese Änderungen in der Selbst- und Außendarstellung des Militärs sind als sprachlicher Ausfluß von Militarisierungstendenzen kritisiert worden. Den Protagonisten wird vorgehalten, durch das Benennen von Krisen und militärischen Einsätzen und durch die Betonung soldatischer Tugenden ein Klima zu schaffen, das den Einsatz militärischer Mittel vorbereiten soll.¹⁴⁰ Eine solche Argumentation berücksichtigt jedoch nicht die Pflicht der militärischen und politischen Führung, die Soldaten und die Öffentlichkeit auf mögliche Gefahren und Risiken bei der Anwendung militärischer Gewalt hinzuweisen. Durch die Pflicht zur Fürsorge steht die militärische Führung ihren Untergebenen gegenüber in der Verantwortung, etwaige individuelle Gefahren aufzuzeigen. Dabei darf es nicht zu einer Tabuisierung des Denkens und der Sprache kommen. Tatsächliche Risiken müssen offen angesprochen und direkt benannt werden. Wie eng dabei die Grenze zwischen Aufklärung über die möglichen Folgen von militärischen Einsätzen und Bekundungen, die mit den Prinzipien der Bundeswehr nicht mehr vertretbar sind, bemessen ist, zeigen die Äußerungen von Oberstleutnant Reinhard Herden. Dieser versucht, sich mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen, die auf die Bundeswehr zukommen, wenn diese in UN- oder NATO-Einsätzen vor der Konfrontation mit nicht-regulären Truppen steht, seien es Guerillakämpfer, Terroristen oder mit dem Vokabular Herdens *Krieger*. Der Autor hält eine psychologische Vorbereitung auf die Kampfes-

¹³⁸ Vgl. Rühle 1997a: 7. Hoffmann 1993: 104, führt hierzu aus: „Der mögliche Ernstfall heißt nicht mehr Verteidigung des Vaterlandes, sondern weltweiter Einsatz ohne Bezug zum eigenen Staat. Dies bedeutet aber auch, daß „Soldat-sein“ plötzlich wieder verdrängten Bedingungen unterworfen ist. Nicht länger der Frieden ist der Ernstfall, sondern der militärische Konflikt. Soldatische Professionalität muß sich wieder an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren.“

¹³⁹ Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1996a: 7.

weise dieser Krieger für unabdingbar: „Es wäre jedoch unklug, sie (die deutschen Soldaten, d. Verf.) nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden“¹⁴¹ denn „Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig ist“¹⁴² und „im ungünstigsten Fall provozieren tief-sitzende Skrupel den eigenen Tod.“¹⁴³ Seine Ausführungen gipfeln in der Frage: „Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“¹⁴⁴

Bei der Auseinandersetzung mit diesen Äußerungen muß man Herden immerhin zugehen, daß es notwendig ist, danach zu fragen, ob die Bundeswehr tatsächlich darauf vorbereitet ist, sich in militärische Konflikte zu begeben, in denen der Einhaltung des Kriegsvölkerrechts und anderer abendländischer Kodizes zur Kanalisierung von Gewalt keinerlei Berücksichtigung geschenkt wird. Aber die von Herden favorisierte Vorgehensweise, die darin besteht, daß die deutschen Streitkräfte sich in der Wahl ihrer Mittel ähnlich skrupellos präsentieren wie ihre Gegner, ist mit den eigenen Grundsätzen unvereinbar. Die Erfahrungen, die andere Armeen, etwa die kanadische, belgische und die italienische, mit einem solchen Verhalten in Somalia gemacht haben, sollten eine Lehre für die Bundeswehr sein. Wenn sich die Streitkräfte auf die Ebene der *Krieger* hinab begeben, können sie nur als Verlierer aus diesen Konflikten hervorgehen. Sie unterliegen vielleicht nicht nach den militärischen Kategorien von Sieg und Niederlage, aber die ethische, politische und gesellschaftliche Basis, auf der ihr Tun und letztendlich ihre Existenz ruht, wird ihnen entzogen. Diese mögliche Konsequenz findet in den Äußerungen Herdens keinerlei Berücksichtigung.¹⁴⁵

¹⁴⁰ Vgl. Grässlin 1997: 204 - 207.

¹⁴¹ Herden 1996: 144.

¹⁴² Ibid.: 143.

¹⁴³ Ibid.: 144.

¹⁴⁴ Ibid. Die Äußerungen Herdens kennzeichnet Schäfer 1996: 8, als „Anklänge an Nazi-Ideologie“.

¹⁴⁵ Bei der Beurteilung der Aussagen Herdens muß einschränkend angeführt werden, daß es sich hier scheinbar um einen Einzelfall handelt. Dem Verfasser ist in seiner Auswertung der Bundeswehrzeitschriften kein anderer Text mit ähnlichem Inhalt begegnet. Dennoch verdient der Aufsatz Herdens Beachtung, zeigt er doch exemplarisch die Notwendigkeit, militärisches und politisches Denken zu verknüpfen.

Auf eine andere Entwicklung, die nicht ohne Folgen für das innere Gefüge der Streitkräfte bleiben könnte, macht Ruth Seifert in ihren Publikationen aufmerksam.¹⁴⁶ Sie arbeitet heraus, daß eine Abkehr vom Soldatenbild, wie es bisher in der Bundeswehr proklamiert wurde, stattgefunden hat und zunehmend die soldatische Professionalität bei der Selbstdarstellung in den Vordergrund tritt. Auch diese Tendenz könnte sich bei zukünftigen Einsätzen als kontraproduktiv erweisen. Es bedarf gerade bei den Missionen im internationalen Kontext eines politisch viel klarsichtigeren Soldaten als im Verteidigungsfall. Nicht weniger staatsbürgerliches Bewußtsein als zu Zeiten des Kalten Krieges ist erforderlich, sondern bedeutend mehr. Die Bundeswehr wäre schlecht beraten, setzte sie auf ein neues Soldatenbild, das den unpolitischen, militärischen Professionalisten fördert. Die zukünftigen Einsätze sind von hoher politischer Brisanz und besitzen erhöhten politischen Legitimationsbedarf, so daß Verfehlungen einzelner Soldaten um so weitreichendere Folgen haben können. Gerade wenn die Soldaten in einer unparteiischen Vermittlerposition eingesetzt werden, genügen nicht Befehl und Gehorsam, sondern politische Sensibilität und die Fähigkeit, mögliche Auswirkungen und Folgen ihres Tuns abschätzen zu können, müssen hinzutreten. Dieses Anforderungsprofil stellt hohe Ansprüche an den einzelnen Soldaten und an die verantwortlichen Führer. Dennoch täte die Bundeswehr gut daran, an dem Leitbild der Inneren Führung festzuhalten und dieses auf die neuen Einsätze auszurichten. Denn der militärische Profi ohne politisches Bewußtsein erwies sich in den bisherigen UN- und NATO-Einsätzen als dysfunktional.¹⁴⁷

Gleiche Tendenzen wie Ruth Seifert hat Hilke Brockmann in seiner Untersuchung der Selbstdarstellung der Streitkräfte ausgemacht. Der Verfasser wertete den Inhalt von drei Publikationen der Bundeswehr im Zeitraum von 1977 bis 1994 aus.¹⁴⁸ Als Ergebnis dieser Analyse hält Brockmann eine Trendwende im Eigenbild des Militärs in den Jah-

¹⁴⁶ Vgl. Seifert 1996: 16; dies. 1992 und dies. 1993: 233f.

¹⁴⁷ Siehe Seifert 1996: 19.

Auch für von Bredow steigt die Bedeutung des politisch denkenden Soldaten durch die neuen Einsätze und nimmt keineswegs ab: „Innere Führung bedeutet letztlich die unauflösliche Rückbindung militärischen Handelns an die Prinzipien der Demokratie. Die aber verlieren ihre Geltung nie und an keinem Ort, auch an keinem Kampfort der Welt. Innere Führung wird für Einsätze der Bundeswehr *out of area* besonders wichtig“, in: Bredow 1995: 71f., Hervorhebung im Original.

¹⁴⁸ Vgl. Brockmann 1994. Als Untersuchungsmaterial dienten Hilke Brockmann dabei, die „Bundeswehr aktuell“ (als „Betriebszeitung“ der Streitkräfte), die Broschüre für Wehrpflichtige „Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr“, seit 1990 unter dem Titel „Soldat heute“ und die Anzeigenserien in Zeitschriften.

ren 1989 bis 1991 fest. In der Zeit von 1974 bis 1989 läßt sich in den Veröffentlichungen eine zunehmende Abstraktion des Militärischen ausmachen. Die zivile Verwertbarkeit soldatischer Fähigkeiten steht im Vordergrund. Die Bezugspunkte zum Zivilleben werden hervorgehoben. Soldatsein gilt als „Job“.

Es sind gerade die nichtmilitärischen Seiten der Armee, die gegenüber der Öffentlichkeit herausgestrichen werden. Der Autor sieht hierin ein Eingehen auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse. Die Jahre 1989/91 dienen, so der Verfasser, als Reorientierungsphase. In den Darstellungen läßt sich ein nochmals gesteigerter Abstraktionsgrad ausmachen. Der Zwang zur Legitimierung militärischer Mittel scheint besonders hoch.

Nach den ersten Einsätzen der Bundeswehr im erweiterten Aufgabenspektrum ändert sich diese Situation radikal. Die Streitkräfte stellen das tatsächliche Handeln ihrer Soldaten in den Vordergrund: „Wir sind da.“ Im Gegensatz zur vorhergehenden Dekade wandelt sich nun auch das gewünschte Soldatenbild. Im Mittelpunkt stehen spezifische militärische Werte wie Tapferkeit und die Bereitschaft zum Dienen. „Von den individualistischen Zugeständnissen distanziert sich die Bundeswehr.“¹⁴⁹ Die geleisteten Einsätze dienen als Legitimationsgrundlage. Nicht mehr in der Abstraktion soldatischer Möglichkeiten liegt der Zweck der Bundeswehr, sondern in ihrem tatsächlichen Tun. Das spezifisch Militärische tritt in den Vordergrund.

Im Hinblick auf das von der Bundeswehr propagierte neue Soldatenbild muß aufgrund dieser Erkenntnisse ein zweiseitiges Fazit gezogen werden. Einerseits ist die Notwendigkeit, die Gefahren zukünftiger Einsätze aufzuzeigen und konkret zu benennen, unbestritten und diese Forderung wird auch von führenden Militärs und in der Ausbildung eingelöst. Andererseits genügt eine Reduzierung des Soldatenberufes auf dessen professionelle Dimension nicht dem Anforderungsprofil der neuen Einsätze. Vielmehr müßte verstärkt das politische Bewußtsein der Soldaten geschärft und ausgebildet werden.

Die Erneuerung des militärischen Selbstverständnis ist von solch tiefgreifendem Umfang, daß eine „neue Form des Soldatenberufes“¹⁵⁰ damit einhergeht. Und nicht nur das Bild des gegenwärtigen und zukünftigen Soldaten hat sich fundamental verändert, auch

¹⁴⁹ Brockmann 1994: 298.

das Verhältnis der Streitkräfte zum Erbe deutscher Militärgeschichte unterliegt einem Wandel.

4.4.2 Der Umgang mit der deutschen Militärgeschichte und die gebrochene Tradition

Das Verhältnis zur Vergangenheit ist für viele Organisationen und Institutionen der Bundesrepublik ein sensibles Thema. Der Nationalsozialismus überdeckt durch seine Einzigartigkeit andere Epochen deutscher Geschichte und der Umgang mit diesem Teil der Vergangenheit birgt bis in die Gegenwart ein Höchstmaß an Brisanz in sich. Mit dieser Situation sieht sich auch die Bundeswehr konfrontiert. Die Einschätzung der Wehrmacht, ihrer Soldaten und ihrer militärischen Leistungen steht im Mittelpunkt der Frage nach der militärischen Tradition der deutschen Streitkräfte. Der Verteidigungsminister bezieht in diesem Punkt eine scheinbar deutliche Position: „Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.“¹⁵¹ Als nur scheinbar eindeutig muß diese Äußerung deshalb gelten, da Rüge sogleich eine Einschränkung macht, die die ganze Ambivalenz des Umgangs mit der deutschen Militärtradition symbolisiert: „Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein - wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front.“¹⁵²

Diese Ausführungen zeigen das gesamte Dilemma der Traditionsbildung: Die Wehrmacht kann nicht als Vorbild für die Bundeswehr dienen, andererseits kann auch nicht deren völlige Zurückweisung durch die Bundeswehrführung gewollt sein. Denn es waren zu einem Großteil auch ehemalige Angehörige der Wehrmacht, die beim Aufbau der Bundeswehr mitwirkten. Deshalb findet sich in der Traditionspflege oftmals eine Entkopplung von militärischem Wirken und politischer Eingebundenheit. Daß diese künstliche Trennung von militärischem und politischem Tun höchst umstritten und problematisch ist, zeigen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Benennung

¹⁵⁰ So Ellwein 1994: 31.

¹⁵¹ Rüge 1996c: 9, vgl. auch Rüge 1996a: 11.

¹⁵² Rüge 1996c: 9.

diverser Kasernen.¹⁵³ Auch die Tatsache, daß man sich vornehmlich auf die preußischen Reformer und die Offiziere des Widerstands beruft, kann nicht über den Umstand hinwegtäuschen, „daß es eine ungebrochene deutsche militärische Tradition nicht geben kann“.¹⁵⁴ Für diese Einschätzung gibt es nicht nur Zustimmung in der Truppe. Als ein Beleg mag der Artikel des Kapitäns zur See Dieter Stockfisch zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ gelten.¹⁵⁵ Der Autor sieht bei der gesellschaftlichen Haltung zur Wehrmacht den vielbeschworenen „Zeitgeist“¹⁵⁶ am Werk. Nach einer Darstellung der soldatischen Verdienste von Wehrmichtsangehörigen¹⁵⁷ und einer Infragestellung der Kompetenz der Geschichtswissenschaft¹⁵⁸ kommt er zu folgendem Urteil: „Die Soldaten des Zweiten Weltkrieges verdienen es nicht, von einer Generation geschmäht zu werden, die all das nicht mitgemacht hat und der es erspart geblieben ist.“¹⁵⁹ Ob die damit implizit geforderte Rückbesinnung auf die Wehrmacht als Quell deutscher Militärtradition angesichts des neuen Auftrages erfolgreich sein kann, bleibt allerdings mehr als fraglich. Vielmehr hat die Bundeswehr, die bisher eine Armee ohne eigene militärische Geschichte war, die Möglichkeit, aus ihrem eigenen Tun historische Vorbildhaftigkeit zu schöpfen. In ihren Einsätzen beweisen Soldaten der Bundeswehr ihr Potential. Sie verrichten ihren Dienst im multinationalen Kontext, zur Durchsetzung internationaler Vereinbarungen. Dieses Verhalten sollte in Zukunft musterhaft und sinnstiftend für die Bundeswehr sein. Die deutschen Streitkräfte haben die Chance, sich ihre eigene Tradition zu schaffen und diese in Kontrast zu stellen zu den unrühmlichen Taten deutscher Armeen in der Vergangenheit.¹⁶⁰

¹⁵³ Vgl. Knab 1995. Rühle 1996a: 12, rechtfertigt die Umbenennung von Kasernen, die bisher die Namen der Wehrmachtsgenerale Dietl und Kübler trugen, mit folgender Argumentation: „Wir können diejenigen, die tapfer, aufopferungsvoll und persönlich ehrenhaft gehandelt haben (gemeint sind Wehrmachtssoldaten, d. Verf.) nicht nur auf rein militärische Haltungen und Leistungen beschränken. Entscheidend sind Gesamtpersönlichkeit und Gesamtverhalten.“ Diese Äußerung zeigt eine Änderung in der Traditionspflege an, die sich allerdings noch nicht auf das Gesamtbild der Bundeswehr konsequent ausgewirkt hat.

¹⁵⁴ So Klaus Naumann, zit. nach Buchholtz 1996: 17.

¹⁵⁵ Stockfisch 1996.

¹⁵⁶ Ibid.: 419.

¹⁵⁷ Hierbei beruft sich Stockfisch 1996: 420, vornehmlich auf ausländische Zeugen, die die Kampfkraft der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg loben.

¹⁵⁸ Ibid.

¹⁵⁹ Ibid. Die Aussagen Stockfischs blieben jedoch nicht ohne Widerspruch. Brigadegeneral Vogel vom Streitkräfteamt distanzierte sich von diesen Ausführungen, vgl. Schäfer 1996: 10.

¹⁶⁰ Der von Verteidigungsminister Rühle 1995 gebilligte Traditionserlaß findet durch seine Absage an eine Traditionslinie Wehrmacht - Bundeswehr nahezu ungeteilte Zustimmung. Daß ein solcher Erlaß erst nach dem Ende des Kalten Krieges und den ersten Bundeswehreinsätzen durchgesetzt wurde, zeigt wie schwer sich die Bundeswehr über Jahrzehnte mit ihrer Traditionsbildung getan hat.

5 Situation und Zukunft der deutschen Streitkräfte

Von den Veränderungen in der internationalen Politik war und ist die Bundesrepublik im besonderen betroffen: Der Zusammenbruch des Ostblocks, die Auflösung des Warschauer Paktes und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehen am Anfang einer neuen Epoche deutscher und europäischer Geschichte. Dieser Neubeginn erfordert eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, die sich bisher v. a. in einer Umorientierung in der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik äußert. Die damit einhergehenden Änderungen sind enorm. Vornehmlich die Streitkräfte sind hiervon betroffen und werden diesem Wandel auch weiterhin unterliegen. Dennoch bieten die oben gemachten Darlegungen die Möglichkeit zu einer Bestandsaufnahme, die einerseits die bisher auftretenden Probleme festmacht und andererseits zukünftige Herausforderungen benennt. Deshalb sollen im folgenden die oben aufgeworfenen zentralen Fragestellungen zusammenfassend beantwortet werden.¹⁶¹

Die strukturellen Veränderungen der Bundeswehr seit dem Ende der Systemkonfrontation lassen sich auf die beiden Schlagworte *Multinationalität* und *Differenzierung* zuspitzen.

¹⁶¹ Die Reihenfolge der Beantwortung der Leitfragen entspricht derjenigen in Kap. 2.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts dient die Integration westeuropäischer Militärstrukturen vordringlich drei Zielen. Zum ersten soll einer drohenden Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegengewirkt werden. Zum zweiten ist die Zusammenfügung der Armeestrukturen zu einem nicht geringen Teil den Spar- und Reduzierungsmaßnahmen in den einzelnen Staaten geschuldet und schließlich sollte ein entscheidender Schritt hin zur Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik getan werden.

Die Differenzierung der Struktur korrespondiert mit der Erweiterung des Auftrages. Faktisch hat sich die Bundeswehr damit allerdings zwei nebeneinander bestehende Armeen geschaffen.

Zum einen existieren die Hauptverteidigungskräfte, die zur Landesverteidigung vorgesehen sind. Der Großteil der Grundwehrdienstleistenden leistet hier seinen Dienst. Dieser Teil der Armee ist im Präsenzgrad und in der Einsatzbereitschaft enorm zurückgenommen worden.

Zum anderen bestehen die Krisenreaktionskräfte. Diesen Verbänden gehören Zeit- und Berufssoldaten sowie Grundwehrdienstleistende aufgrund freiwilliger Meldung an. Sie sind auch in Friedenszeiten hochpräsent, unmittelbar einsatzbereit und auf die Erfüllung sämtlicher Aufträge im erweiterten Aufgabenspektrum hin ausgerichtet.

Die Maßnahmen, die die Bundeswehrführung eingeleitet hat, um der Tendenz hin zu einer Zwei-Klassen-Armee entgegenzuwirken, sind nur teilweise geeignet, den Zusammenhalt der Bundeswehr wieder zu stärken. Einerseits ist die Herausbildung von zwei grundverschiedenen Teilen in der neuen Konzeption und Struktur an sich schon angelegt, andererseits schränkt der enge finanzielle Rahmen die Wirkung dieser Gegenmaßnahmen unwillkürlich ein. Denn die vorhandenen, allzu knappen Gelder werden vornehmlich für die Aufstellung und Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte verwendet.

In der materiellen Ausstattung der Streitkräfte offenbaren sich derzeit große Defizite. Die Bundeswehr ist für den Fall der Landesverteidigung noch angemessen ausgestattet. Das vorhandene Material genügt jedoch nicht dem Anforderungsprofil der neuen

Einsatzarten. Die Ursache für dieses Manko ist in den knappen finanziellen Ressourcen zu suchen. Dabei ist nicht nur zu beachten, daß der Verteidigungshaushalt seit einigen Jahren de facto rückläufig ist, sondern außerplanmäßige finanzielle Verpflichtungen belasten diesen zusätzlich. Damit kommt gerade die so notwendige Ergänzung der Ausrüstung nicht recht voran. Die Bundeswehr hat z. Z. erhebliche materielle Defizite, die die Durchführung sämtlicher Aufgaben, die sich aus dem erweiterten Auftrag ergeben könnten, verhindern. Die Behebung dieser Mängel ist auch mittelfristig kaum zu bewerkstelligen. Darüber hinaus führen Sparzwänge v. a. in den Hauptverteidigungskräften zu erheblichen Einschränkungen, die sich auf deren Motivation negativ auswirken und deren Empfindung als „Armee zweiter Klasse“ zu gelten weiter verstärken.

Aus den streitkraftinternen Faktoren Struktur und Ausrüstung lassen sich gewisse Zurückhaltungen bei der Durchführung internationaler Missionen erklären. Die Bundeswehr ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf mittelfristige Sicht nicht in der Lage, alle Aufgaben, die sich aus dem erweiterten Auftrag ergeben können, wahrzunehmen. Zudem läßt sich noch nicht abschließend beurteilen, ob die ausbildungstechnischen und psychologischen Voraussetzungen hierfür schon geschaffen sind.

Der Maßstab für die Qualität der Ausbildung ist der Ernstfall. Über das Bewähren und Versagen der deutschen Soldaten in ihren bisherigen Einsätzen liegen allerdings noch wenig gesicherte Erkenntnisse vor. Zwar gibt es erste Auswertungen der diversen Missionen, man kann auf theoretische Kenntnisse und den Erfahrungsschatz anderer Armeen zurückgreifen, aber eine abschließende Beurteilung der Leistungen und Fähigkeiten der Bundeswehrsoldaten kann in dieser Arbeit nicht vorgenommen werden. Dennoch lassen sich erste Änderungen konstatieren und mögliche Konsequenzen abschätzen.

Die Rolle, die auf deutsche Soldaten in zukünftigen Konflikten zukommen wird, ist nicht mehr so eindeutig wie noch im Kalten Krieg. Der Soldat muß als Vermittler, Beschützer, Verteidiger und Kämpfer agieren können. Diese Differenzierung des Auftrages verlangt eine Differenzierung des Könnens. Nicht-militärische Fähigkeiten müssen gleichberechtigt neben militärische treten. Zusätzlich wächst die Verantwortung der militärischen Führer. Auf ihre Ausbildung ist besonderes Augenmerk zu legen. Die mi-

litärische Führung ist auch gefordert, wenn es um die Motivation der Soldaten geht. Ihnen ist die Sinnhaftigkeit ihres Einsatzes deutlich zu machen und sie sind auf den jeweiligen Konflikt hin gesondert vorzubereiten. Kenntnisse über die politischen Hintergründe und Absichten ihres Tuns sind unablässig, um eventuelles Fehlverhalten zu vermeiden. Da der Legitimationszwang bei einem Auslandseinsatz der Bundeswehr ungleich höher ist als im Falle der Verteidigung, hat die politische und militärische Führung die Pflicht, jeden Einsatz abzuwägen und muß den Gebrauch militärischer Gewalt gegenüber den Soldaten und der Öffentlichkeit rechtfertigen. Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang den Medien zu, da sie das Stimmungsbild in der deutschen Öffentlichkeit zu sicherheitspolitischen Fragen in exorbitanter Art und Weise prägen. Bei den bisherigen Einsätzen gelang es der Bundeswehrführung durch eine hervorragende Medienarbeit, eine Zustimmung oder zumindest stille Duldung in der deutschen Bevölkerung zu erlangen. Dies war angesichts der polarisierten Debatte um eine Erweiterung des Bundeswehrauftrages Anfang der neunziger Jahre nicht unbedingt zu erwarten. Aber ob diese Tendenz auch dann noch anhält, wenn erste Opfer zu beklagen sind, bleibt abzuwarten. Diese Feststellung gilt im gleichen Maße für die Frage nach dem neuen Selbstbild der Armee und ihrer Soldaten.

Die Modifikation des soldatischen Selbstverständnisses ist gefordert, da der heutige Auftrag entscheidend über den Bereich der Landesverteidigung hinausgeht. Damit müssen die Soldaten der Bundeswehr bereit sein, Aufgaben zu übernehmen, die mit ihrer bisherigen Rolle nicht vereinbar waren. Militärische Einsätze fernab der Bundesrepublik in Konflikten, die diese nicht unmittelbar betreffen, werden zur Realität, und damit hält auch die Realität dieser Konflikte Einzug in die Bundeswehr. Ihre Soldaten werden mit dem Krieg und seinen Folgen konfrontiert. Diese Wirklichkeit muß die militärische Führung ihren Soldaten vermitteln und sie auf mögliche persönliche Folgen einstellen und vorbereiten.

Einige der bisherigen Untersuchungen zum Selbstbild der deutschen Armee¹⁶² kommen zu dem Ergebnis, daß in der Außendarstellung der Bundeswehr ein Soldatenbild befördert wird, das sich am klassischen Kämpfertypus orientiert. An der Zweckmäßigkeit dieses Vorhabens sind allerdings starke Zweifel angebracht. Der Typus des militärischen Professionalisten, und dies belegen die Erfahrungen anderer Armeen, hat sich bei den bisherigen Einsätzen im Rahmen der internationalen Konfliktbewältigung als eher ungeeignet erwiesen. Nicht weniger politische Sensibilität ist angesichts der neuen Aufgaben angebracht, sondern mehr. Wenn sich der Soldat über seinen Auftrag und dessen Hintergründe nicht bewußt ist, kann es leicht zu Fehlverhalten kommen, das die Legitimation ganzer Einsätze in Frage stellen kann. Um ein entsprechendes Bewußtsein zu schaffen, muß die Konzeption der Inneren Führung, die noch stark auf das Bedrohungsszenario des Kalten Krieges ausgerichtet ist, erheblich modifiziert und erweitert werden. Das Maß der bisherigen Änderungen wird kaum ausreichen, um den (psychologischen) Anforderungen der neuen Einsätze gerecht zu werden.

Die Auflistung der Gebiete, auf denen sich schon Änderungen vollzogen haben oder diese noch ausstehen, macht das ganze Ausmaß des Wandels in der Bundeswehr noch einmal bewußt. Dabei gibt es sicherlich noch erhebliche Defizite und Mängel und nicht alle bisher ergriffenen Maßnahmen können als zukunftsweisend gelten und ungeteilte Zustimmung finden. Dennoch muß auch festgehalten werden, was die deutschen Streitkräfte bisher schon an Anpassungsleistung vollbracht haben. Die Bundeswehr hat sich und ihre Grundlagen zu einem großen Teil verändert, sie hat die Integration der NVA durchgeführt und sich den neuen Herausforderungen gestellt. Sie leistet ihren Beitrag zu Einsätzen im Rahmen kollektiver Sicherheit. Dies alles bewerkstelligte sie innerhalb von weniger als einer Dekade und unter sicherlich wenig günstigen Begleitumständen. Hier soll besonders an die rückläufigen finanziellen Möglichkeiten, die Reduzierungsmaßnahmen, die Auflösung von Truppenteilen und Standorten und den Abbau des Personalbestandes erinnert werden. Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es erstaunlich, daß der bisherige Transformationsprozeß der deutschen Armee so (relativ) ruhig und reibungslos verlief. Die dafür notwendige Flexibilität wurde der Bundeswehr zuvor

¹⁶² Vgl. Brockmann 1994; Seifert 1992; dies. 1993 und dies. 1996.

So argumentiert auch Linnenkamp 1997, der den Zusammenhang von Ausbildung und Soldatenbild herausstreicht. Der Autor plädiert für „eine neue Balance von professionellen Fertigkeiten und politischer Bildung“ (ibid.: 171).

nicht unbedingt zugesprochen. Ihre Organisation zeigte sich flexibler und belastungsfähiger als erwartet. Dennoch muß angesichts des momentanen Zustands der Streitkräfte angemahnt werden, diese Leistungsfähigkeit nicht zu überfordern. In einigen Bereichen zeichnen sich Schwierigkeiten ab, die langfristige Schäden für das innere Gefüge und den Zusammenhalt der Armee nach sich ziehen können. Worauf die Bundeswehr jetzt angewiesen ist, ist Kontinuität, Planungssicherheit und Schutz vor kurzfristigen Eingriffen in ihre Konzeption. Die Streitkräfte benötigen eine Phase der „Ruhe“, um sich konsolidieren zu können.¹⁶³

Eine solche Entwicklung ist aber wenig wahrscheinlich. Zu viele Faktoren der Bundeswehrplanung sind von politischen Entscheidungen abhängig, die nicht nur das Wohlergehen der Streitkräfte ins Kalkül ziehen werden. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang der Verteidigungshaushalt zu nennen. Dieser könnte auch in Zukunft vor weiteren Kürzungen nicht gefeit sein, was unmittelbaren Einfluß auf die Beschaffungsvorhaben hätte. Denn es sind gerade die Rüstungsprojekte, bei denen sich auch kurzfristig Einsparungen vornehmen lassen. Daß dies, wie oben gezeigt, langfristig wenig sinnvoll ist, spielt bei den politisch motivierten Eingriffen eine untergeordnete Rolle.

Zusätzlich erschweren die derzeitigen Eigenschaften des internationalen Systems die Schaffung von Kontinuität. Noch nie war die Weltpolitik von einem solchen Maß an Unübersichtlichkeit und Ambivalenz geprägt. Dadurch ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, die eigenen Vorhaben ständig an die neue Realität anzupassen. Von den damit einhergehenden Umstellungen wird auch die Bundeswehr betroffen sein. Aber, um dies zum wiederholten Male festzuhalten, dieser Umstand darf nicht als Ausrede für das Fehlen politischer Gesamtentwürfe herhalten.

Ferner scheint die Zukunft der Wehrpflicht ungewiß. Wie in dieser Arbeit dargelegt, ist ihre sicherheitspolitische Legitimierung in Politik und Wissenschaft umstritten. Auch innerhalb der Streitkräfte gibt es Stimmen, die die Aufstellung einer Freiwilligenarmee aufgrund der derzeitigen Einsatzlage favorisieren. Das Schicksal der Wehrpflicht, wie der gesamten Bundeswehrkonzeption, ist in einem nicht geringen Maße auch abhängig

¹⁶³ Dies verlangt auch der Generalinspekteur Bagger 1997: 12.

vom Ausgang der Bundestagswahl 1998 und von der sich daraus ergebenden Regierungskonstellation. Ein Wechsel hin zu einer rot-grünen Mehrheit könnte eine Umorientierung in der Außen- und besonders in der Sicherheitspolitik nach sich ziehen.

Die Folgen solcher Neuausrichtungen abzuschätzen sowie die derzeitigen Entwicklungen der Bundeswehr zu reflektieren, darf nicht alleine Aufgabe der praktischen Politik sein oder den Streitkräften gar selbst überlassen werden. Vielmehr ist in diesem Zusammenhang die Wissenschaft gefordert und im besonderen Maße die Politikwissenschaft. Diese Disziplin muß die zentrale Bedeutung der Armee für die neue deutsche Außenpolitik nicht nur postulieren, sondern ernst nehmen und zum Gegenstand ihrer Betrachtungen machen. Dabei gilt es, auch einen Blick in das innere Gefüge der Armee zu wagen. Zu häufig bleibt diese Perspektive ausgeschaltet, wodurch Fehlwahrnehmungen und Fehlinterpretationen des politischen Geschehens entstehen. Diskursanalysen alleine genügen nicht, um die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu begreifen und zu erklären, so verdienstvoll einige Arbeiten auf diesem Gebiet zweifelsohne auch sind.¹⁶⁴ Vielmehr erscheint es unablässig, in zukünftigen Studien bundeswehrinterne Faktoren stärker in Betracht zu ziehen als bisher.¹⁶⁵ Diese sind in Bezug zu setzen zu der politischen Debatte und den Entscheidungen im sicherheits- und militärpolitischen Sektor. Nur vor dem Hintergrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse wird die Entwicklung der Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges verständlich.¹⁶⁶ Das bisherige Desinteresse der Politikwissenschaft an den Streitkräften ist ein (durchaus verständliches) Resultat der deutschen Geschichte und der Rolle der Bundeswehr in der alten Bundesrepublik. Aber diese Gleichgültigkeit gegenüber militärspezifischen Fragestellungen wird den politischen Realitäten nicht mehr gerecht. Hier tut eine Umorientierung der Politikwissenschaft not.

¹⁶⁴ Zuvorderst sind dabei die Werke von Löwe 1994 und Philippi 1997 zu nennen.

¹⁶⁵ Dabei kann die Politikwissenschaft auf die Erkenntnisse der deutschen Militärsoziologie zurückgreifen. Zwar ist auch diese Disziplin nicht im gleichen Maße vorhanden wie in den USA, aber dennoch ist die Militärsoziologie deutlich weiterentwickelt als die politikwissenschaftliche Forschung zu Fragen der Streitkräfte.

¹⁶⁶ Daß politische Entscheidungen abhängig sind von Entwicklungen und Möglichkeiten der Streitkräfte, darf nicht als Verstoß gegen das Primat der Politik mißverstanden werden. Bei der Anwendung militärischer Mittel wird der Politik durch die Fähigkeiten ihrer Armee Grenzen gesetzt. Wie oben gezeigt, beeinflussen streitkraftinterne Faktoren wie Strategie, Ausrüstung und Ausbildung die Handlungsmöglichkeiten der Politik. Diese hat ihrerseits wiederum Mittel, auf den Zustand der Streitkräfte einzuwirken und diese ihren Vorstellungen anzupassen. Zum Verständnis von Sicherheitspolitik ist es folglich unabdingbar, die gegenseitige Durchdringung der beiden Ebenen Politik und Streitkräfte wahrzunehmen und in die Erklärungsmodelle aufzunehmen.

Damit stellt sich zugleich die Frage, inwiefern das Ausmaß der schon vollzogenen Veränderungen in das Bewußtsein von Politik, Bevölkerung und Militär gelangt ist. Denn bisher hat die Wissenschaft es weder verstanden, diese Entwicklung in all ihren Facetten zu ergründen, noch auf die damit einhergehenden Folgen hinzuweisen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint die Akzeptanz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit groß. Die Politik hat sich auf einen neuen sicherheitspolitischen Konsens verständigt und die gegenwärtigen Einsätze verlaufen recht erfolgreich, weil glimpflich.

Doch wie werden Politik, Öffentlichkeit, Medien und Streitkräfte reagieren, wenn letzteres nicht mehr der Fall ist? Wie wird es um das Ansehen der Armee in der Gesellschaft stehen, wenn erste Opfer zu beklagen sind? Wie wird sich die Berichterstattung ändern, wenn deutsche Soldaten nicht mehr nur in Notwehrsituationen von ihren Waffen Gebrauch machen? Ist der Zusammenhalt zwischen Regierung und Opposition dann noch in gleichem Maße gegeben wie zur Zeit? Wie werden deutsche Soldaten mit dem Umstand zurechtkommen, daß die Stimmung in der Bundesrepublik sich gegen sie wendet und sie nicht mehr die volle Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit und Politik hinter sich wissen? ¹⁶⁷

Über die Antwort auf diese Fragen kann nur spekuliert werden, aber es muß darüber nachgedacht werden. Denn es mangelt der Bundeswehr an Erfahrungen in solchen Situationen. Die bisherigen Einsätze stellten die deutsche Armee auf keine entsprechende Probe.¹⁶⁸ Dies kann sich in der Zukunft ändern. Und dann gilt es danach zu fragen, inwieweit die heute eingeleiteten Schritte tatsächlich in aller Konsequenz durchdacht waren und sich die militärische und politische Führung ihrer Verantwortung stellt. Es steht zu bezweifeln, daß Streitkräfte, Politik und Öffentlichkeit auf ein solches Szenario tatsächlich schon vorbereitet sind. Was die Änderungen in der Sicherheits- und Militärpolitik eines Tages bedeuten und welche Folgen sie nach sich ziehen können, ist noch

¹⁶⁷ Von solchen Überlegungen ließ sich wohl auch Verteidigungsminister Rühle 1997d: 3, leiten, als er nach der erfolgreich verlaufenen Aktion in Albanien vor dem Deutschen Bundestag sagte: „Wir sind glücklich, daß das so gut gelaufen ist. Wir sind uns des Risikos bewußt gewesen, und wir wissen, daß nicht alle Operationen, die wir durchzuführen haben, so glücklich verlaufen werden, und dann ist es wichtig, daß dieses Parlament auch zu solchen Entscheidungen steht, wenn sie notwendig sind.“ Vgl. auch Roth 1996.

¹⁶⁸ Damit sollen keineswegs die Gefährdungen in den bisherigen Einsätzen negiert oder verharmlost werden. Aber diese liefen insgesamt recht glimpflich ab.

nicht ins allgemeine Bewußtsein getreten. Die eigentliche Bewährungsprobe steht der Bundeswehr, der Politik und der bundesdeutschen Gesellschaft erst noch bevor.

6 Literaturverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen

- Bagger, Hartmut: Der deutsche Beitrag zu Kriseneinsätzen - Erfahrungen und Perspektiven, Bad Neuenahr, 28.01.1997.
- Bundesministerium der Verteidigung: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, Bonn, 26.11.1992.
- Bundesministerium der Verteidigung: Ressortkonzept zur Materialplanung Bundeswehr, Bonn 1995.
- Bundesministerium der Verteidigung: Umgliederung des Heeres in die Struktur für das „Neues Heer für neue Aufgaben“, Bonn 1997.
- Rühe, Volker: Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe im Deutschen Bundestag zum Albanien-Einsatz, Bonn 1997d.
- Zentrum Innere Führung: Arbeitspapier 4/94, Erfahrungen der Bundeswehr aus UN-Einsätzen auf dem Gebiet der Inneren Führung, Koblenz 1994.
- Zentrum Innere Führung: Arbeitspapier 3/96, Legitimationsfragen bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, Koblenz 1996a.
- Zentrum Innere Führung: Arbeitspapier 2/96, Umgang mit Verwundung und Tod im Einsatz, 2. Aufl., Koblenz 1996b.
- Zentrum Innere Führung: Arbeitspapier 4/96, Geiselhaft und Gefangenschaft, Koblenz 1996c.

Veröffentlichte Quellen

- Baach, Werner: „Rambos unerwünscht. Das Kommando Spezialkräfte - eine Elitetruppe des Heeres wächst auf“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 11, 40. Jg., 1996, S. 741 – 743.
- Bagger, Hartmut: „Die Streitkräfte der Zukunft. Anspruch und Realität“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 4, 45. Jg., 1996, S. 10 – 20.
- Barandat, Jörg: „Doch mehr als nur Spesen? Auswertung erster Erfahrungen aus dem Einsatz deutscher Soldaten in Somalia“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 4, 38. Jg., 1994, S. 192 – 195.

- Beenders, Gerhard: „Der erweiterte Auftrag des Heeres - Forderungen an Führung und Aufklärung. Defizite und Vorschläge“, in: Wehrtechnik, Nr. 8, 26. Jg., 1994, S. 22 –28.
- Bernhardt, Georg: „Die Zeit ist immer zu kurz. Anmerkungen zur Krisenreaktion“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 1, 44. Jg., 1995, S. 21 – 26.
- Bucher, Ulrich: „Blauhelme - made in Hammelburg“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 9, 39. Jg., 1995, S. 614 – 616.
- Buchholtz, Dieter: „Soldat in bewegter Zeit. General Naumann prägte die Bundeswehr im Umbruch“, in: Informationen für die Truppe, Nr. 1, 40. Jg., 1996, S. 4 – 19.
- Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Jahresbericht 1993 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages und Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung, o.J., Bonn 1994.
- dass. (Hrsg.): Jahresbericht 1994 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages und Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung, o.J., Bonn 1995.
- dass. (Hrsg.): Jahresbericht 1995 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages und Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung, o.J., Bonn 1996.
- dass. (Hrsg.): Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, o.O, o.J., Bonn 1994.
- dass. (Hrsg.): Partnerschaft für den Frieden. Der NATO-Gipfel vom 10. Januar 1994 in Brüssel, Bonn 1994.
- dass. (Hrsg.): Reihe Sichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation: I. Multinationalität, II. Eurokorps, Bonn 1995.
- dass. (Hrsg.): Materialien. Sachstand der bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen im militärischen Bereich, Bonn 1995.
- dass. (Hrsg.): Materialien. Sachstand der bilateralen deutsch-ungarischen Beziehungen im militärischen Bereich, Bonn 1995.
- Burggraf, Volker-Herbert: „Sonderausrüstung für Somalia“, in: Soldat und Technik, Nr. 9, 36. Jg., 1993, S. 533 – 538.
- Clement, Rolf: „Multinational is the Trump Card. The Bundeswehr and Multinational Cooperation“, in: Military Technology, Nr. 11, 19. Jg., 1995, S. 41 – 44.
- ders.: „Bundeswehr light - Ausbildung light. Die Alarmrufe häufen sich“, in: Loyal, Nr. 12, 1996, S. 4 – 7.
- ders.: „Eine neue europäische Sicherheitsordnung“, in: Der Mittler-Brief - Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 3, 12. Jg., 1997, S. 1 – 8.
- ders.: Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte - Jahresbericht 1996 (38. Bericht) Bonn

1997.

ders.: Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 13-5181, Bonn 02.07.1996.

Dieffenbach, Reinhard; Schmidtchen, Hermann: „Zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Die Logistik im neuen Heer für neue Aufgaben“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 1, 40. Jg., 1996, S. 14 – 21.

Fechner, Wolfgang: „Eurokorps. Fundament für eine europäische Sicherheitsarchitektur“, in: Der Mittlerbrief - Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 3, 8. Jg., 1993, S. 1 – 8.

Feld, Werner: „International Implications of the Joint Franco-German Brigade“, in: Military Review, Nr. 2, 70. Jg., 1990, S. 2 – 11.

Feldmeyer, Karl: „Deutschland. Nachbar in der Mitte Europas“, in: Der Mittlerbrief – Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 3, 10. Jg., 1995, S. 1 – 8.

Fraps, Peter; Fritz, Reimund: „Auftrag: Leben retten. Sanitätsdienst der Bundeswehr in Kroatien. Neue Herausforderungen prägen den dritten Einsatz unter der Flagge der Vereinten Nationen“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 10, 39. Jg., 1995, S. 672 – 676.

N.N.: „Das Führungszentrum der Bundeswehr. Einsätze im Ausland“, in: Soldat und Technik, Nr. 3, 39. Jg., 1996, S. 141 – 144.

Gareis, Sven Bernhard: Deutschland und die kollektive Sicherheit. Das Spektrum von Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr in Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit, AIK-Texte 1/96, Strausberg 1996.

ders.: Verständigung und Stabilität in Europa. Stand und Entwicklungsperspektiven der deutsch-polnischen Sicherheitskooperation, AIK-Texte 3/96, Strausberg 1996.

Gerner, Josef: „Das wirksamste Instrument deutscher Sicherheitspolitik. Gedanken zur zukünftigen Bedeutung und Rolle des Heeres“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 1, 38. Jg., 1994, S. 48 – 52.

Gerster, Florian: „Personal ist keine nach Belieben veränderbare Verfügungsmasse. Die Bundeswehr braucht klare Planungsvorgaben und eine neue lagegerechte Struktur“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 79, 06.04.1994, S. 10.

Günter, Edgar: „Der erweiterte Auftrag der Streitkräfte. Gedanken zu Eid und Gelöbnis“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 9, 43. Jg., 1994, S. 472 – 473.

ders.: „Vorrang hat das leichte Heer“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 2, 37. Jg., 1993, S. 179 – 180.

- Harff, Helmut/Seidenspinner, Peter: „Gut trainiert ist (fast) gewonnen“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 2, 39. Jg., 1995, S. 114 – 117.
- Hauke, Rudolf: „Konzeptioneller Nachsteuerungsbedarf im Bereich Feldlager. UN-Missionen im Lichte der Erfahrungen des Somalia-Einsatzes“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 6, 39. Jg., 1995, S. 367 – 370.
- Hausbeck, Volker: „Soldat, Botschafter, Öffentlichkeitsarbeiter. Den ungewohnten Aufgaben, Herausforderungen und Belastungen bei VN-Einsätzen muß bereits im Vorfeld in Ausbildung und Menschenführung Rechnung getragen werden“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 7, 39. Jg., 1995, S. 442 – 447.
- Herden, Reinhard: „Die neue Herausforderung (2). Die Wandlung des Gegners vom Soldaten zum Krieger“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 3, 40. Jg., 1996, S. 140 – 144.
- Herzog, Roman: „Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik ist unvermeidlich“, in: Bulletin, Nr. 20, 15.03.1995, S. 161 – 165.
- Hoffmann, Hans-Viktor: Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1993, Strausberg 1994.
- Joulwan, George A.: „Die Neue Nato“, in: Der Mittlerbrief - Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 1, 10. Jg., 1995, S. 1 – 8.
- Kieschoweit, Jürgen: „Wehrpflicht- oder Berufsarmee oder was?“, in: Truppenpraxis, Nr. 2, 37. Jg., 1992, S. 136 – 140.
- Koch, Gero: „Krisenreaktionskräfte des Heeres. Forderungen an Kampf- und Unterstützungstruppen“, in: Soldat und Technik, Nr. 7, 36. Jg., 1993, S. 401 – 409.
- Kohl, Helmut: „Europäische Sicherheit und die Rolle Deutschlands“, in: Bulletin, Nr. 15, 16.02.1994, S. 133 – 137.
- Koppelin, Jürgen: „Plädoyer für eine Freiwilligenarmee“, in: Internationale Politik, Nr. 4, 51. Jg., 1997, S. 55 – 56.
- Krustmann, Wolf-Heinrich: „Zukünftiges Bild des deutschen Soldaten“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 5, 44. Jg., 1995, S. 9 – 14.
- Lather, Dietger: „Das neue Heer. Die Gliederung“, in: Soldat und Technik, Nr. 3, 39. Jg., 1996, S. 167 – 172.
- Meyer, Wolfgang: „Streitkräfte auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 12, 45. Jg., 1996, S. 20 – 24.
- Millotat, Christian: „Operative Überlegungen für das deutsche Heer in der gegenwärtigen Sicherheitslage“, in: Österreichische Militärzeitschrift, Nr. 1, 33. Jg., 1996, S. 57 – 64.
- Möller, Andreas: „Dienen im Schnellgang“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 12,

39. Jg., 1995, S. 857 – 859.
- Moniac, Rüdiger: „Sicherheit - neu und umfassend“, in: Der Mittlerbrief - Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 3, 9. Jg., 1994, S. 1 – 8.
- Morack, Harald: „Deeskalation als Daseinszweck. Dort, wo auch die show of force und der Widerstand gegen Befragung auf dem Dienstplan stehen: Führerausbildung für UN-Einsätze an der Infantrieschule“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 6, 37. Jg., 1993, S. 613 – 615.
- Naß, Manfred: „Erfahrungen Somalia - Ausrüstung“, in: Soldat und Technik, Nr. 9, 37. Jg., 1994, S. 458 – 462.
- Naumann, Klaus: „Den Wandel annehmen. Perspektiven zur Weiterentwicklung der Bundeswehr in den 90er Jahren“ in: Der Mittlerbrief - Informationsdienst zur Sicherheitspolitik, Nr. 1, 7. Jg., 1992, S. 1 – 8.
- ders.: Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch, Berlin 1994.
- ders.: „Nur die Tat bewegt die Dinge. Militärisches Führen in einer veränderten sicherheitspolitischen Lage“, in: Informationen für die Truppe, Nr. 1, 39. Jg., 1995, S. 4 – 17.
- dass. (Hrsg.): Alliierte Truppen und multinationale Streitkräftestrukturen in Deutschland, Bonn 1996.
- Quast, Karl Heinz: „Das neue Heer. Die Ausrüstung“, in: Soldat und Technik, Nr. 3, 39. Jg., 1996, S. 173 – 179.
- Rieger, Hansjörg: „Der Weg ist das Ziel. Körperliche Leistungsfähigkeit im Heer“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 8, 40. Jg., 1996, S. 540 – 544.
- Roth, Günter: „Die Bundeswehr vor ihrer tiefgreifendsten Zäsur“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 2, 45. Jg., 1996, S. 10 – 11.
- Rühe, Volker: Betr.: Bundeswehr. Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, Herford 1993.
- ders.: „Schützen, retten, helfen. Auftrag und Selbstverständnis des Soldaten in der Bundeswehr von morgen“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 1, 37. Jg. 1993, S. 4 – 6.
- ders.: Interview mit Focus, Nr. 29, 2. Jg., 1994, S. 22 – 23.
- ders.: „Bilanz und Perspektiven“, in: Soldat und Technik, Nr. 1, 39. Jg., 1996, S. 11 – 15.
- ders.: „Die Neue NATO. Vision und angestrebte Entwicklung“, in: Soldat und Technik, Nr. 6, 39. Jg., 1996, S. 351 – 355.
- ders.: „Bundeswehr und europäische Sicherheit“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 1, 45. Jg., 1996, S. 9 – 16.

- ders.: „Führung ist eine unvergleichliche Herausforderung“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 1, 41. Jg., 1997, S. 4 – 8.
- ders.: „Der Einsatz der internationalen Friedenstruppe im ehemaligen Jugoslawien - ein Modell für Zusammenarbeit und Stabilität in Europa“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 1, 46. Jg., 1997, S. 8 – 16.
- ders.: „Stabilität in Europa“, in: Bulletin, Nr. 47, 09.06.1997, S. 501 – 504.
- Saul, Wolfhart: „Pressearbeit Somalia. Aspekte und Hintergründe“, in: Informationen für die Truppe, Nr. 8, 38. Jg., 1994, S. 50 – 53.
- Schmidtchen, Hermann: „Welches Material in welchem Container auf welchem Schiff? Die Versorgung des deutschen Unterstützungsverbandes Somalia gab anfangs manche Rätsel auf – Erste Erkenntnisse aus der Sicht des Heeresamtes“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 3, 38. Jg., 1994, S. 209 – 217.
- Schönbohm, Jörg.: „Perspektiven in der Wehrtechnik“, in: Soldat und Technik, Nr. 5, 37. Jg., 1994, S. 247 – 251.
- Schoeps, Stephan: „Versorgt wie zu Hause“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 4, 40. Jg., 1996, S. 242 – 245.
- Schreiber, Jörg.: „Schon bald Kommandos beim Bund? Das geplante Kommando Spezialkräfte“, in: Baret, Nr. 5, 1995, S. 39 – 41.
- Simon, Gunnar: „Zukunftschancen der deutschen Rüstungsindustrie“, in: Soldat und Technik, Nr. 5, 39. Jg., 1996, S. 274 – 279.
- ders.: „Rüstung auf dem Weg ins Jahr 2000“, in: Soldat und Technik, Nr. 1, 40. Jg., 1997, S. 7 – 11.
- Sollorz, Jürgen: „Ausrüstung für das Heer der Zukunft“, in: Soldat und Technik, Nr. 2, 38. Jg., 1995, S. 73 – 79.
- ders.: „Zur Gestalt des Soldaten in unserem Land“, in: Soldat und Technik, Nr. 7, 39. Jg., 1996, S. 419 – 423.
- Stratenschulte, Joachim: „Am Gelde hängt's. Nicht was das Heer leisten will, sondern was es sich angesichts knapper Ressourcen leisten kann, gibt den Ausschlag“, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 6, 40. Jg., 1996, S. 381 – 385.
- Thelen, Friedrich: „Marginal werden“, in: Soldat und Technik, Nr. 4, 40. Jg., 1997, S. 4.
- Weidemaier, Jürgen: „Das Führungszentrum der Bundeswehr“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 10, 44. Jg., 1995, S. 41 – 42.
- Willmann, Helmut: „Das zukünftige deutsche Heer“, in: Europäische Sicherheit, Nr. 3, 46. Jg., 1997, S. 8 – 14.
- ders.: Interview mit Bundeswehr - aktuell, Nr. 3, 33. Jg., 1997, S. 8 – 9.

Literatur

- Arenth, Joachim; Westphal, Siegrid: „Ziviler Friedensdienst, Europäische Legion oder ‚Weltbürger in Uniform‘? Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 2/94, S. 33 – 44.
- ders.: *Die Wehrpflicht - das legitime Kind der Demokratie? Vom Wehrrecht zur Wehrpflicht in Deutschland*, München 1991.
- ders.: *Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik*, Baden-Baden 1994.
- Baldus, Manfred: „Wehrpflichtige bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr“, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Nr. 17, 48. Jg., 1995, S. 1134 – 1136.
- Becher, Klaus; Kaiser, Karl: *Deutschland und der Irak-Konflikt. Internationale Sicherheitsverantwortung Deutschlands und Europas nach der deutschen Vereinigung*, Bonn 1992.
- Biehl, Heiko: *Die neue Bundeswehr. Wege und Probleme der Anpassung der deutschen Streitkräfte an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges*, unveröffentl. Manuskript 1997.
- von Bredow, Wilfried: *Die Zukunft der Bundeswehr. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel*, Opladen 1995.
- Brockmann, Hilke: „Das wiederbewaffnete Militär. Eine Analyse der Selbstdarstellung der Bundeswehr zwischen 1977 und 1994“, in: *Soziale Welt*, Nr. 3, 45. Jg., 1994, S. 279 – 303.
- Brühne, Achim: *Sicherheitspanorama der Zukunft. Probleme und Perspektiven europäischer und deutscher Sicherheitspolitik*, Frankfurt a.M. 1996.
- Buchholz, Frank: „Ernstfall Frieden - Ernstfall Krieg“, in: *Klein/Prüfert* 1994, S. 47 – 64.
- Busch, Per-Olof: *Konfliktbewältigungsstrategien in der Ausbildung der Bundeswehr. Entwicklung theoriefundierter Kriterien zu ihrer Analyse*, Strausberg 1997.
- Ehrhardt, Hans-Georg; Haglund, David (Hrsg.): „The New Peacekeeping“ and European Security. *German and Canadian Issues*, Baden-Baden 1995.
- Ellwein, Thomas: „Soldat als Beruf“, in: *Sicherheit und Frieden*, Nr. 1, 12. Jg., 1994, S. 27 – 31.
- Frantz, Wolfgang; Klein, Paul; Rosendahl Huber, Axel: *Das Deutsch-Niederländische Korps im Meinungsbild seiner Soldaten. Ergebnisse einer Befragung im Spätsommer 1995*, Strausberg 1996.

- Fuchs, Katrin: „Mit deutschen Soldaten eine neue Weltordnung schaffen? Die Planungen zum Aufbau von Krisenreaktionskräften“, in: Sicherheit und Frieden, Nr. 1, 11. Jg., 1993, S. 36 – 43.
- Funke Manfred: „Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheitspolitik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/92, S. 17 – 26.
- Gorschenek, Guenter; Justenhoven, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Keine Zukunft für die allgemeine Wehrpflicht, Hamburg 1994.
- Grässlin, Jürgen: Lizenz zum Töten? Wie die Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe gemacht wird, München 1997.
- Hacke, Christian: „Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/97, S. 3 – 14.
- Heydrich, Wolfgang; Lemke, Hans-Dieter; Rohde, Joachim (Hrsg.): Die Bundeswehr am Beginn einer neuen Epoche. Anforderungen an die Streitkräfte und ihre rüstungsindustrielle Basis, Baden-Baden 1996.
- Heydrich, Wolfgang: „Sicherheitspolitische und militärische Aufgabenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland“, in: Heydrich u. a. 1996, S. 13 – 34.
- Hoffmann, Oskar: Deutsche Blauhelme bei UN-Missionen. Politische Hintergründe und rechtliche Aspekte, München 1993.
- ders.: „Die Beteiligung der Bundeswehr an der Friedensaufgabe der Vereinten Nationen“, in: Hartmann/Walther 1995, S. 98 – 108.
- Hundt, Ulrich: „Neue Aufgaben, neue Bundeswehr. Neue Innere Führung“, in: Gorschenek/Justenhoven 1994, S. 103 – 125.
- Jacobsen, Hans-Adolf: „Zu den neuen Aufgaben und Aufträgen der Bundeswehr in einer veränderten Welt“, in: Gorschenek/Justenhoven 1994, S. 21 – 42.
- Kirchbach, Hans Peter von: „Neue Herausforderungen an die Ausbildung des Heeres in der Zukunft“, in: Klein/Prüfert 1994, S. 35 – 45.
- Klein, Paul; Lippert, Ekkehard: Die Deutsch-Französische Brigade als Beispiel für die militärische Integration Europas, München 1991.
- Klein, Paul; Prüfert, Andreas (Hrsg.): Militärische Ausbildung heute und in der Zukunft, Baden-Baden 1994.
- Klein, Paul; Zimmermann, Rolf P. (Hrsg.): Die zukünftige Wehrstruktur der Bundeswehr. Notwendige Anpassung oder Weg zur Zwei-Klassen-Armee? Baden-Baden 1997.
- Klein, Paul: Probleme in multinationalen Verbänden am Beispiel der Deutsch-Französischen Brigade, München 1993.

- ders.: „Ende der Nationalarmee? Die Bundeswehr auf dem Weg zur Multinationalität“, in: Informationen für die Truppe, Nr. 10 und 11, 39. Jg., 1995, S. 91 – 97.
- Knab, Jakob: Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995.
- König, Josef: „Kritische Anmerkungen zur künftigen Wehrstruktur“, in: Klein/ Zimmermann 1997, S. 42 – 59.
- Körner, Andreas: „Wehrpflicht am Wendepunkt“, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 6, 14. Jg., 1996, S. 20 – 23.
- Kohr, Heinz-Ulrich: Wertewandel und Soziomoral. Auswirkungen auf die Bundeswehr, Strausberg 1996.
- Krause, Christian: Die Entwicklung der Bundeswehr unter mittel- und langfristigen Aspekten, Bonn 1994.
- Krause, Joachim: „Kooperative Sicherheitspolitik. Strategische Ziele und Interessen“, in: Kaiser/Krause 1996, S. 77 – 96.
- Krause, Ulf von: „Grundzüge der zukünftigen Wehrstruktur der Bundeswehr“, in: Klein/ Zimmermann 1997, S. 11 – 26.
- Kühne Winrich: „Multinationale Friedensmissionen und nationale Interessen“, in: Kaiser/Krause 1996, S. 15 – 28.
- Kuhlmann, Jürgen; Lippert, Ekkehard: Wehrpflicht ade? Argumente für und wider die Wehrpflicht in Friedenszeiten, München 1991.
- dies.: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland, München 1991.
- Lemke, Hans-Dieter: „Kernaufgabe Landesverteidigung im Spannungsfeld von politischen Chancen und militärischen Risiken“, in: Heydrich u. a. 1996, S. 77 – 92.
- Linnenkamp, Hilmar: „Neue Aufgaben der Bundeswehr - alte Ausbildung?“, in: Sicherheit und Frieden Nr. 3, 15. Jg., 1997, S. 166 – 171.
- Löwe, Volker: Peace-Keeping-Operationen der UN. Aspekte einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland, Münster 1994.
- Martin, Mathias; Schäfer, Paul: „Die Bundeswehr als Instrument deutscher Machtprojektion“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1, 39. Jg., 1994, S. 44 – 55.
- Meiers, Franz-Josef: „Germany: The Reluctant Power“, in: Survival, Nr. 3, 37. Jg., 1995, S. 82 – 103.
- Naumann, Klaus: „Salamitaktik“ (Buchbesprechung von Grässlin 1997), in: Die Zeit, 17.01.1997.

- Philippi, Nina: Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland, Frankfurt a.M. 1997.
- Pflüger, Tobias: „Neue Bundeswehr mit neuen Waffen. Außenpolitisch und militärisch gefährlich, teuer und unsozial“, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 6, 14. Jg., 1996, S. 11 – 15.
- ders.: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg?, Köln 1997.
- Räder, Hans-Georg: Kriegsdienstverweigerung im neuen Deutschland. Eine empirische Bestandsaufnahme, München 1994.
- Rohde, Joachim: „Elemente einer deutschen Rüstungsstrategie. Zwischen nationaler Handlungs- und internationaler Kooperationsnotwendigkeit“, in: Heydrich u. a. 1996, S. 159 – 188.
- Royl, Wolfgang: „Das Leistungsprofil des Soldaten im Blauhelmeinsatz“, in: Klein/Zimmermann 1997, 81 – 116.
- Rühle, Hans: „Welche Armee für Deutschland?“, in: Europa-Archiv, Nr. 6, 49. Jg., 1994, S. 161 – 168.
- Schäfer, Paul: „Bundeswehr wohin? Deutschland auf dem Weg zur alten Militärkultur?“, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 6, 14. Jg., 1996, S. 6 – 10.
- Schütze, Walter: „Die besondere Rolle Deutschlands im Bereich der Friedenserhaltung und Konfliktbeherrschung“, in: Ehrhardt/Haglund 1995, S. 137 – 148.
- Seifert, Ruth: Soldatische Subjektivität, gesellschaftlicher Wandel und Führungsanforderungen. Plädoyer für eine Subjektperspektive in der Militärsoziologie, München 1992.
- dies.: Individualisierungsprozesse, Geschlechterverhältnisse und die soziale Konstruktion des Soldaten. Eine theoretische und empirische Studie zur soldatischen Subjektivität und zu ihrer Wechselwirkung mit der Gesellschaft, München 1993.
- dies.: „Die Neukonstruktion des Bundeswehrsoldaten. Subjektive Reaktionen und politisch-gesellschaftliche Implikationen“, in: Wissenschaft und Frieden, Nr. 6, 14. Jg., 1996, S. 16 – 19.
- Souchon, Lennart: Die Renaissance Europas. Europäische Sicherheitspolitik. Ein internationales Modell, 2. überarb. Aufl., Berlin 1994.
- Stürmer, Michael: „Wohin die Bundeswehr? Über Diplomatie, Strategie und Bündnistreue“, in: Internationale Politik, Nr. 4, 50. Jg., 1995, S. 30 – 37.
- Tuschhoff, Christian: „Die politischen Folgen der Streitkräfte-Reform der NATO“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15-16/93, S. 28 – 39.
- Voigt, Tobias: Bibliographie. Ausgewählte Arbeiten zur Nationalen Volksarmee seit

1989/90, Strausberg 1995.